Stadtparlament Winterthur

Protokoll der **11./12. Parlamentssitzung**
des Stadtparlaments im Amtsjahr 2025/2026
vom 10. November 2025

von 16.15 – 18.18 Uhr und 20.00 – 22.20 Uhr

Parlamentssaal des Rathauses, Marktgasse 20

Vorsitz: Ph. Weber (SP)

Protokoll: A. Furrer

Entschuldigt: 11. Sitzung: R. Tobler (FDP)
11./12. Sitzung: F. Künzler (SP), Maria Sorgo (SP), K. Vogel (Die Mitte)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1*		Protokoll der 9./10. Sitzung	
2*	25.113	Wahl einer/eines Delegierten in den Zweckverband RWU anstelle des zurückgetretenen B. Zäch (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026	**M. Sorgo**
3*	25.58 (DPR)	Erneuerung der befristeten Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Winterthur und dem Verein «House of Winterthur»: Bewilligung eines Verpflichtungskredits	**B. Helbling**
4*	25.102 (DPR)	Änderungen des Reglements über die Entschädigung an Behördenmitglieder vom 27. März 2006	**F. Kramer-Schwob**
5*	25.86 (DPR)	Verpflichtungskredit von Fr. 2'157'000 für zwei Ersatzbauten der Quartieranlage Gutschick-Mattenbach (Projekt-Nr. 5001250_13337)	**M. Graf**
6*	25.63 (DFI)	Projekt-Nr. 5021360, Übertragung der Halle 53, Kat.Nr. ST10358, vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen der Stadt Winterthur – Verpflichtungs- und Nachtragskredit von je Fr. 4'083’300	**M. Gnesa**
7*	25.93 (DSS)	Projektierungskredit von Fr. 5.8 Mio. für den Neubau der Sekundarschule «Leonie-Moser» in Oberwinterthur (Projekt-Nr. 5019540)	**A. Würzer**

8*	25.96 (DSS)	Verpflichtungskredit von Fr. 7’370’000 für das Projekt «Schulhaus Rychenberg, Holzmodulbau» (Projekt-Nr. 5020190)	**A. Würzer**
9*	25.85 (DSO)	Projektierungskredit von Fr. 6,975 Mio. für den Ersatzneubau des Alterszentrums Oberi (Projekt-Nr. 5013620_21019)	**A. Geering**
10	25.95 (DBM)	Sondernutzungsplanung: - Aufhebung öffentlicher Gestaltungsplan «Parkplatz Bleuelwies» / Nutzungsplanung: - Zustimmung zur Teilrevision Nutzungsplanung 2024	**L. Merz**
11	25.104 (DBM)	Zonenplan und kommunaler Richtplan: Umzonung und Richtplanänderung Areal Schweikhof (Kat.-Nr. WU6971): Festsetzung	**L. Merz**
12	24.78 (DBM)	Antrag und Bericht zum Postulat J. Praetorius (Grüne/AL), D. Roth-Nater (EVP), L. Jacot-Descombes (SP) und L. Studer (GLP) betr. Begrünung von Verwaltungsliegenschaften	
13	24.79 (DBM)	Antrag und Bericht zum Postulat J. Praetorius (Grüne/AL), D. Rohner (EVP), B. Zäch (SP) und L. Studer (GLP) betr. Fassadennutzung für PV-Anlagen	
14	25.27 (DBM)	Beantwortung der Interpellation N. Ernst (GLP), D. Rohner (EVP) und G. Porlezza (FDP) betr. Synergien nutzen bei der Bereitstellung von Ladeinfrastruktur für die E-Mobilität	
15	25.109 (DPR)	Begründung der Motion N. Ernst (GLP), M. Gnesa (SP), R. Hugentobler (Grüne/AL), A. Würzer (EVP) und B. Oeschger (GLP) betr. einer Vertretungsregelung im Stadtparlament Winterthur	
16	25.108 (DSS)	Begründung des Postulats O. Staub (SP), D. Roth-Nater (EVP), B. Kellerhals (Grüne), M. Bachmann (AL), J. Fehr (FDP), J. Guddal (GLP), Th. Gschwind (SP) und A. Zuraikat (Die Mitte) betr. gerechte Verteilung der städtischen Ressourcen in der Sportförderung	
17	24.44 (DSS)	Beantwortung der Interpellation K. Vogel (Die Mitte), N. Holderegger (GLP), D. Roth-Nater (EVP) und P. A. Werner (SVP) betr. Nutzung der Handys und elektronischen Geräte an den Schulen Winterthurs	
18	24.52 (DTB)	Beantwortung der Interpellation N. Ernst (GLP), A. Geering (Die Mitte/EDU), Ph. Weber (SP), R. Diener (Grüne/AL) und R. Perroulaz (FDP) betr. zukunftsfähiges Konzept Öffentlicher Verkehr (ÖV)	
19	24.90 (DSU)	Beantwortung der Interpellation Ch. Hartmann (SVP) betr. Auflösung unbewilligter Demonstrationen	
20	24.92 (DSU)	Beantwortung der Interpellation B. Oeschger (GLP), K. Vogel (Die Mitte) und D. Romay (FDP) betr. Einsatz von Körperkameras (Bodycams) durch die Stadtpolizei Winterthur	
21	25.11 (DSO)	Beantwortung der Interpellation N. Holderegger (GLP), R. Hugentobler (Grüne/AL), D. Rohner (EVP), St. Gubler (SVP) und B. Helbling-Wehrli (SP) betr. Information von Careleaver und Careleaverinnen über städtische und regionale Unterstützungsangebote	

**an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Parlamentspräsident Ph. Weber: Ich begrüsse heute insbesondere die Vertreter:innen des Quartiervereins Gutschick-Mattenbach, die Interessensvertreter:innen von Kita, Spielgruppe usw. Und ebenfalls haben wir heute Gäste vom «House of Winterthur» anwesend. Aber auch alle anderen Gäste sollen sich herzlich willkommen fühlen. Wir starten die 11. Und 12. Sitzungen des Winterthurer Stadtparlaments.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Ph. Weber: Es haben sich abgemeldet für beide Sitzungen: Fredy Künzler (SP), Maria Sorgo (SP) und Kaspar Vogel (Die Mitte/EDU). Für die erste Sitzung abgemeldet hat sich Raphael Tobler (FDP). Verspätet eintreffen werden Stadtrat Nicolas Galladé (in ca. einer Stunde) und Lea Jacot (SP) kommt auch etwas verspätet, da wissen wir noch nicht, wann sie hier ist.

Filmaufnahmen und Fotografien sind wie immer generell erlaubt.

Erklärungen

Parlamentspräsident Ph. Weber: Zuerst kommt eine Fraktionserklärung. Diese wurde angekündigt von der SVP, das Thema ist die Tösstalstrasse. Die Fraktionserklärung verlesen wird Philipp Angele (SVP).

Ph. Angele (SVP): Die Tösstalstrasse, wir haben es schon gehört, ist unser Sorgenkind. Die SVP hat das Baudepartement immer wieder kritisiert, dass Strassenbauprojekte während der Ferien publiziert werden.
Da haben wir uns bei der Tösstalstrasse vor zwei Wochen schon gefreut – nicht wegen des Inhaltes, sondern weil die Publikation diesmal terminlich fair war.
Leider hat die Dauer dieser Freude nicht lange angehalten. Der Stadtrat hat natürlich noch andere Tricks und Kniffs auf der Seite.
Es gab am Publikationstag keine Medienmitteilung, sondern sie kam mit Verzug. Für uns fühlte sich das an wie: Bei jedem Ast, der auf den Boden fällt, gibt es eine Medienmitteilung – aber bei wesentlichen Themen nicht. Das finden wir enttäuschend.
Die Medien wurden erst 5 Tage später, am Dienstag darauf addressiert –von 30 Tagen Eingabefrist waren bereits 5 verstrichen.
Und jetzt zum eigentlichen Inhalt, was uns eigentlich stört: Neu sind 1.7 km statt 300 Meter Tempo 30. Das nach § 13 aufgelegte Projekt wurde nach unserer Auffassung klar abgeändert. Und wir meinen, man müsste das nochmals auflegen, nach § 13. Noch ein Hinweis: Die Lärmschutzvorgaben haben sich seit der ersten Publikation nicht verändert und diese hätten bereits bei der ersten Ausschreibung berücksichtigt werden müssen.
Die 1’500 Eingaben, welche vor rund 1.5 Jahren nicht berücksichtigt wurden - das ist eine etwas andere Konstellation, aber es geht in die gleiche Richtung wie das mit dem Vorprojekt der Veloschnellroute Seen-Mattenbach. Dieses Projekt ist ja «verunglückt», so kann man sagen, da es ja nicht weitergeführt wird. Dort gab es 99 negative Mitwirkungsbeiträge, also nochmals: 99 negative Mitwirkungsbeiträge! Und diese hat man dann deklassiert als «nicht mehrheitsfähig». Aber das ist wohl etwas anderes als die 1'500 Eingaben, denn dort findet man dann den Konsens.
Und jetzt noch die Krönung, wenn man das Projekt anschaut: Das Projekt Tösstalstrasse wurde noch arrondiert oder ergänzt durch separate Bauprojekte. Diese werden separat behandelt (zum Teil wahrscheinlich auch in anderen Kompetenzstufen). Aber wenn man das

anschaut, so wurde eigentlich der Perimeter nochmals vergrössert, es ist nicht mehr nur die Tösstalstrase. Es ist eigentlich wie eine Verlängerung der Tösstalstrasse, einfach noch in die Quartiere hinaus.
Und jetzt möchte ich noch etwas ergänzen oder erwähnen: Wir haben nicht unbedingt gegen die Bauprojekte einen Einwand, sondern wir finden mehr demokratie-politisch und rechtlich den Weg äusserst bedenklich, wie der Stadtrat die gesetzlich vorgeschriebene Mitwirkung zur Farce macht und sie nur dort berücksichtigen will, wo seine Ideologie stimmt.
Der Stadtrat scheint überzeugt zu sein, dass das Projekt Tösstalstrasse nur mit Tricks und rechtlichen Kniffs durchzubringen ist bei der Bevölkerung. Und das finden wir schade. Danke.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Philipp. Ich sehe, dass Christa Meier eine Replik geben möchte auf diese Fraktionserklärung.

Stadträtin Ch. Meier: Vielen Dank. Vielen Dank vor allem, dass die SVP dem Stadtrat so wahnsinnig viel Innovation zutraut. Ich kann Euch sagen, dieses Projekt ist einfach eine ziemlich trockene, sachliche Angelegenheit und weder mit Tricks noch mit viel Fantasie gespickt. Es wurden einige Dinge moniert. Ich gehe zuerst kurz auf die durchaus berechtigte Kritik ein, dass die Medienmitteilung nicht gleichzeitig mit der Publikation stattgefunden hat. Das ist tatsächlich sehr ärgerlich. Das war keineswegs so geplant. Die Publikationen müssen wir frühzeitig anmelden beim Landboten. Wir informieren auch direkt betroffene Leute schriftlich vor. Das war alles bereits in die Wege geleitet. Und dann ergab sich ganz kurzfristig, dass es noch eine kleine Detailabklärung mit dem Kanton brauchte. Wir haben deshalb, weil wir nicht ganz sicher waren, was das allenfalls heissen könnte, die Medienmitteilung noch zurückgehalten und sie erst am Dienstag machen können. Das ist ärgerlich, das ist selbstverständlich nicht ideal; hat aber keineswegs irgendetwas damit zu tun, dass wir etwas hinter dem Rücken der Bevölkerung hätten machen wollen. Wie gesagt, wir haben die Leute, welche direkt betroffen sind, sogar vorgängig informiert.
Zum Inhalt: Du hast es selbst gesagt, es gibt diese Lärmschutzverordnung des Bundes. Es ist so, dass die Mitwirkungsverfahren nach § 13 in einer ziemlich frühen Phase einer Projektgeschichte stattfinden. Wir haben uns gerade letzte Woche mit den Verkehrsverbänden ausgetauscht und uns darauf geeinigt, dass wir dieses Mitwirkungsverfahren in Zukunft sogar noch ein bisschen früher machen werden. Das deshalb, dass wirklich viele Inputs auch noch einfliessen können in ein Projekt. Aber das hat einfach zur Folge, dass zwischen dem Vorprojekt, das eben das Mitwirkungsverfahren abdeckt, und dem eigentlichen Projekt, das dann nachher in die Auflage geht, tatsächlich noch Präzisierungen kommen. Und dass das auch heissen kann, dass sich ein Projekt auch nochmals verändert. Insbesondere die Lärmschutzabklärung (das ist ein zwingender Teil, den wir machen müssen) machen wir bei der Konkretisierung des Projekts. Und die Lärmschutzabklärung an der Tösstalstrasse hat einfach ganz klar gezeigt, dass eine Kombination von Tempo 30 und lärmarmem Belag mit Abstand die beste Wirkung hat. Und wir haben deshalb schlicht keine andere Wahl, als diese Mittel auch zu ergreifen, weil die Lärmschutzverordnung einerseits sagt, dass man die Leute vor Lärm schützen muss, aber andererseits auch sagt, dass die Städte angehalten sind, dort, wo es möglich ist, den Lärm an der Quelle zu beheben. Und erst dann, wenn das nicht möglich ist, oder bei den Betroffenen, bei denen das nicht möglich ist, zum Beispiel mit Lärmschutzfenstern zu reagieren.
Es ist also nicht ein Umgehen von demokratischen Prozessen, sondern eine ganz normale und natürliche Entwicklung eines Projekts.
Du hast noch den Seitenschlenker zum Mattenbach gemacht: Das Mattenbach-Projekt haben wir sistiert und sind es neu am Planen. Es ist also nicht so, dass man dort die 99 Einwendungen ignoriert hätte, sondern diese haben dazu geführt, dass wir das Projekt sistiert haben und jetzt komplett neu aufgleisen.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Christa.

Traktandenliste

Parlamentspräsident Ph. Weber: Somit kommen wir jetzt als Erstes zur Bereinigung der Traktandenliste.
Im Zusammenhang mit der Traktandenliste generell habe ich noch eine Bitte an Eure Fraktionen: Wenn schon in der Woche vor der Sitzung bekannt ist, dass es Anträge gibt zu gewissen Geschäften, die uns bis dahin noch nicht bekannt waren, sind wir froh, wenn wir das mitbekommen bis am Freitagmorgen. Denn für die Planung, insbesondere der Abstimmungen, welche wir in die Anlage eingeben müssen, sind wir froh, wenn wir alles schon wissen, das bekannt ist. Natürlich können spontane Dinge am Wochenende immer noch passieren.
Eine Anmerkung zur heutigen Traktandenliste: Aufgrund der Dringlichen Interpellation, welche wir zuerst abhandeln werden, haben sich alle Traktanden auf der gedruckten wie auch der versendeten Traktandenliste um 1 erhöht. Ich probiere, insbesondere für das Protokoll, mich auf die neue Traktandennummer zu berufen. Sie entschuldigen mich sicher sehr, falls mir das einmal misslingen würde.
Zur Behandlung ohne Diskussion sind folgende Traktanden vorgesehen: Das ist einerseits jetzt neu das Traktandum 5, welches ohne Diskussion vorgesehen ist. Jetzt gibt es aber einen Antrag dazu. Wir würden beliebt machen, dass man vor allem zu diesem Antrag kurz Stellung nimmt. Natürlich kann man das nicht von jeder und jedem verlangen… Bei Traktandum 11 und 12 hat sich ergeben, dass diese definitiv ohne Diskussion stattfinden werden.
Gibt es noch Ergänzungen oder Einwände zur heutigen Traktandenliste? - Wenn das nicht der Fall ist, ist die Traktandenliste genehmigt.

Traktandum 1

Parl.-Nr. 2025.118: Dringliche Interpellation betreffend Priorisierung der Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Schweiz durch den Bund / Vertretung der Interessen Winterthurs durch den Stadtrat

---

Parlamentspräsident Ph. Weber: Dringliche Interpellation betreffend Priorisierung der Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Schweiz durch den Bund / Vertretung der Interessen Winterthurs durch den Stadtrat. Die Dringliche Motion wurde durch Felix Helg als Ersteinreichender eingereicht.
Das Prozedere ist folgendermassen: Felix Helg wird die Dringlichkeit dieser IP begründen, welche Sie alle auf dem Internet einsehen können und wahrscheinlich auch per Mail erhalten haben. Wir stimmen dann ab über die Dringlichkeit und dann kann Christa Meier entscheiden, ob sie sofort oder auf die nächste Sitzung antwortet. Und je nachdem gibt es dann noch eine Diskussion, wie üblich bei Interpellationen.
Somit bitte ich als Erstes Felix Helg, die Dringlichkeit der Interpellation zu begründen.

F. Helg (FDP): Bekanntlich ist der Bund – namentlich aus finanziellen Überlegungen – daran, die Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Schweiz zu priorisieren und so auf der Zeitachse neu zu verorten. Im Oktober ist das ETH-Gutachten dazu als Entscheidgrundlage für den Bundesrat publiziert worden und wurde auch in den Medien breit diskutiert. Die Projekte, welche Winterthur betreffen, fallen dabei weit zurück (es geht da um die N1-Spurerweiterung mit der Option eines Tunnels von Töss bis Wülflingen; es geht um den Umbau des Bahnhofs Oberwinterthur; und es geht um eine neue Bahnhaltestelle Grüze Nord). Schon bald werden die ersten Weichen gestellt, wenn der Bundesrat im ersten Halbjahr 2026 die Vernehmlassungsvorlage verabschieden wird.
Es ist darum äusserst wichtig, dass der Stadtrat die Interessenlage von Winterthur zeitgerecht und effizient gegenüber dem Bund vertritt. Dazu soll sich der Stadtrat im Rahmen der

Antwort auf die Dringliche Interpellation rasch äussern. Dies begründet dementsprechend die Dringlichkeit der Interpellation.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Felix. Wie gesagt, kommen wir jetzt direkt zur Abstimmung über die Dringlichkeit, obwohl sich jemand für ein Votum angemeldet hat. Das kann man nicht an dieser Stelle von sich geben. Ich bitte auch gleich alle stimmberechtigten Anwesenden, die Karte einzustecken, damit wir richtig abstimmen können. Herzlichen Dank.
Sie sehen es vorne: Wenn Sie der Dringlichkeit zustimmen möchten, drücken Sie A. Wenn Sie das ablehnen möchten, drücken Sie B.
Abstimmungsergebnis: Mit 52:2 Stimmen haben Sie der Dringlichkeit zugestimmt.
Ich frage Christa Meier, ob sie sofort beantworten oder schriftlich beantworten möchte?
Christa Meier beantwortet sofort, somit kommen wir dann nach der Antwort in eine ganz normale Diskussion.

Stadträtin Ch. Meier: Wir haben in den nächsten Monaten die Aufgabe, uns als Stadt für unsere Infrastrukturprojekte einzusetzen. Da hilft es, wenn wir alle zusammen am gleichen Strick ziehen – und zwar im Idealfall auch in die gleiche Richtung. Deshalb jetzt schon ganz herzlichen Dank für diese Interpellation.
Wir haben uns bereits vor der Veröffentlichung des Berichts vom Ueli Weidmann eingehend mit den möglichen Szenarien befasst. Deshalb konnten wir am 9. Oktober, als diese Medienkonferenz stattfand, auch sehr schnell mit einer doch ziemlich fundierten Medienmitteilung reagieren.
Zusammen mit dem Departement Technische Betriebe hat mein Departement den UVEK-Bericht und die daraus resultierenden Positionen für Winterthur in den letzten Wochen eingehend analysiert und wir sind bereits in einem sehr engen Austausch mit dem Kanton (namentlich der Volkswirtschaftsdirektion und dem Amt für Mobilität), mit den SBB, dem ZVV und dem ASTRA.
Wir alle schätzen die Situation und den Handlungsbedarf gleich ein.
Bei den beiden Bahninfrastruktur-Projekten «Bahnhof Oberwinterthur» und «Bahnhof Grüze Nord» wirft die Klassierung des ETH-Berichts auf jeden Fall sehr grosse Fragen auf. Besonders problematisch ist aus unserer Sicht, dass der Bericht die jeweiligen Projekte sehr einzeln und isoliert betrachtet, aufgrund des aktuellen Planungsstands und einer doch sehr lokal beurteilten Notwendigkeit. Der Bericht ist nicht mit dem Angebotskonzept von SBB und ZVV abgestimmt, was doch sehr schwer einzuordnen ist. Insbesondere der sehr enge Zusammenhang mit dem Kapazitätsausbau am Bahnhof Stadelhofen, welcher ohne die entsprechenden Projekte, welche diese Kapazität dann auch abnehmen können in den angrenzenden Regionen (z.B. in Winterthur), schlicht nichts bringt, ist in diesem Bericht nicht berücksichtigt.
Bei Winterthur Süd ist unsere Einschätzung ein bisschen weniger vernichtend. Prio 2 ist zwar klar nicht Prio 1, aber es ist doch immerhin Prio 2. Das bedeutet, dass der Bedarf unumstritten ist, dass aber der Umsetzungshorizont erst ab ca. 2045 als sinnvoll erachtet wird.
Zurzeit ist das ASTRA daran, das «Generelle Projekt» gemäss dem kantonalem Richtplaneintrag mit dem Ebnet-Tunnel zu überarbeiten. Diese Arbeiten sind in vollem Gang und durch den Weidmann-Bericht nicht tangiert. Das neue «Generelle Projekt» wird voraussichtlich im Frühjahr 2026 vorliegen. Daraus soll bis ca. 2035 ein baureifes Projekt erarbeitet werden.
Ob dann tatsächlich noch vor 2045 mit der Umsetzung gestartet werden könnte, ist aktuell sehr schwer einzuschätzen, es wäre aber auf jeden Fall eine ziemlich sportliche Annahme.
Was gilt es nun zu tun?
Wir sind, wie schon erwähnt, in einem sehr engen Austausch mit dem Kanton, SBB, ZVV und ASTRA und sind daran, für alle drei Projekte ein hieb- und stichfestes Argumentarium zu erarbeiten, welches die unmittelbare Notwendigkeit dieser Projekte für unsere Stadt und unsere Region verdeutlicht.

Das heisst für Winterthur Süd, dass die laufenden Arbeiten am «Generellen Projekt», aber auch an allen flankierenden Projekten, forciert vorangetrieben werden. Und zwar zusammen mit dem Kanton und dem ASTRA.
Bei den beiden Bahnhöfen gilt es, den Projektierungsstand einerseits gut zu kommunizieren (wir haben nämlich z.B. bei Grüze Nord erfahren, dass offensichtlich Herrn Weidmann diese Projektpläne nicht vorliegen), andererseits aber auch noch weiter zu konkretisieren. Und insbesondere, den Zusammenhang zum Angebotskonzept von SBB und ZVV klar zu thematisieren.
Für die anstehenden Monate sind wir gut gerüstet. Wir sind daran, ein professionelles Lobbying aufzubauen. Dafür haben wir gute Voraussetzungen: Grüze Nord ist dannzumal dank unserer sehr guten Lobbyarbeit in den STEP 35 aufgenommen worden und Winterthur Süd ist dank der super Zusammenarbeit von Vertreterinnen und Vertreter aus Winterthur, vom Kanton und aus dem Kantonsrat in den kantonalen Richtplan aufgenommen worden. Wir haben also Argumente und wir haben die nötigen Kontakte. Diese gilt es jetzt wieder zu aktivieren und noch weiter zu verfeinern.
Alle drei Projekte sind für Winterthur von zentraler Bedeutung und es muss das Ziel sein von uns allen, sie allesamt, also alle drei Projekte, am Schluss dieses Prozesses eine Prio 1 haben. Dafür sind wir auf allen Ebenen auf eine breite Unterstützung durch Eure und unsere politischen Vertreter:innen im Kanton und beim Bund angewiesen. Wir alle sind Botschafterinnen und Botschafter für unsere Interessen. Darum: Nochmals danke für diese Interpellation, danke auch für die Petition, die ebenfalls unterwegs ist und danke überhaupt, dass Ihr Euch zusammen mit uns für Winterthur stark macht!

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Christa. Somit kommen wir jetzt zur Diskussion der eben gehörten Antwort. Da hat wieder als Ersteinreichender als Erstes Felix Helg das Wort.

F. Helg (FDP): Besten Dank an die Departementsvorsteherin und Vertreterin des Stadtrats für diese Antwort heute Abend. Es ist beruhigend, dass sich das Departement auch schon mit den technischen Details auseinandergesetzt hat, so wie es Christa Meier gesagt hat, auch schon im Vorfeld, bevor das dann überhaupt an die Öffentlichkeit gekommen ist. Und dass man da jetzt auch eine Grundlage hat, um das Lobbying vorantreiben zu können. Es ist ebenfalls beruhigend, dass die Zusammenarbeit mit dem Amt für Mobilität, mit der Volkswirtschaftsdirektion, mit dem ZVV gut funktioniert und dass man da etwas beitragen kann, dass es hoffentlich auch beim Bund, wo ja dann die Entscheide fallen, gehört wird. Und dass man da ein professionelles Lobbying aufbaut, ist sicher auch eine gute Sache.
Ich denke, wahrscheinlich ist es auch wirklich wichtig, dass man auf oberster Ebene einen guten Draht findet, also auf Ebene Bundesrat, der nachher ja diese Vernehmlassungsvorlage ausarbeitet oder verabschiedet. Dort hat es momentan noch keine Vertretung des Kanton Zürich, aber nichtsdestotrotz muss man versuchen, dass man sich dort auch gut einbringen kann, oder über Parlamentarier und Parlamentarierinnen in National- und Ständerat, dass man da die Interessen von Winterthur, der 6.-grössten Stadt, welche mit der N1 sehr viel dazu beiträgt, dass der Verkehr in der Schweiz von Ost nach West gut fliesst, dass man da wirklich auch etwas erreichen kann in Bern. Besten Dank nochmals.

M. Gnesa (SP): Das erwähnte Gutachten der ETH, das haben wir gehört, ist für mehrere Projekte, die in Winterthur wichtig sind, mehr als enttäuschend. Namentlich für die Entwicklung in Winterthur-Süd, aber auch betreffend des Umbaus des Bahnhofs Oberwinterthur oder die neue Bahnhaltestelle Grüze Nord.
Wir appellieren deshalb an den Stadtrat, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten für die Interessen der Stadt und der Bevölkerung von Winterthur stark zu machen. Nach der Antwort von Christa Meier ist dies bereits im Gang und wir sind sehr beruhigt, dass es so ist. Der Stadtrat hat die Unterstützung nicht nur unserer Fraktion, sondern sämtlicher Fraktionen, was selten ist und unterstreicht, wie wichtig es uns allen ist, dass wir uns mit vereinten Kräften gegen die

Zurückstellung in weite Zukunft von Verkehrsinfrastrukturprojekten wehren, welche für die Bevölkerung sehr wichtig sind.

R. Diener (Grüne/AL): Ich will es ganz kurz machen und nicht wiederholen, was schon gesagt wurde. Wir stehen hinter all diesen Voten. Ich möchte auch ganz herzlich der Departementsvorsteherin danken für die ausführlichen Erklärungen. Ich glaube, es ist klar: Wir werden uns alle gemeinsam für genau diese Projekte einsetzen.
Nur eine ganz kleine Ergänzung noch, einfach historisch ein Mümpfeli: Wir hatten im Jahr 2012, also vor 13 Jahren, in diesem Rat bereits ein Postulat eingereicht, welches die zusätzlichen Haltekanten in der Grüze forderte. Anschliessend und aufgrund anderer Aktivitäten wurde dann der Stadtrat aktiv und startete sein Lobbying. Und ich hatte Freude, dass sich das so entwickelt hat. Und ich bin natürlich auch enttäusch, dass die Priorität jetzt so zurückgefallen ist. Ich möchte da auch nochmals, weil das das Projekt mit dem tiefsten Prioritätenlevel ist aufgrund dieser Liste, nochmals dringlich darauf hinweisen: Da ist es wichtig, dass wir die Unterstützung auch tatsächlich haben, dass sich da etwas bewegt, damit wir nicht nochmals 13 Jahre warten müssen, bis da signifikant Bewegung ins Spiel kommt. Danke vielmals für die Aufmerksamkeit.

M. Wäckerlin (SVP): Herzlichen Dank, Felix, für Deine Interpellation. Und herzlichen Dank für die Antwort auch von unserer Seite. Von mir kommen da jetzt doch ein bisschen kritischere Zwischentöne.
Es ist klar, dass in der Antwort versucht wird, das möglichst positiv zu formulieren. Aber ich habe doch ein bisschen den Eindruck erhalten, als würde man sich da relativ spät um die Winterthurer Interessen kümmern. Und erst jetzt müsse man nachholen, was man vorher ein bisschen versäumt hat. Also vielleicht wäre es da angeraten, sich in Zukunft weniger auf verkehrsbehindernde Massnahmen in der Stadt zu fokussieren und sich mehr um die wirklich wichtigen Projekte für die Stadt zu kümmern. Vielen Dank.
Wir nehmen die Antwort so zur Kenntnis, wohlwissend, dass sie relativ schnell erbracht werden musste. Vielen Dank.

B. Oeschger (GLP): Ich danke Dir, Felix Helg, ganz herzlich für diese Dringliche Interpellation. Und ich freue mich ganz herzlich über die breite Unterstützung der Fraktionen. Die genannten Projekte sind zentral für die Entwicklung von Winterthur.
Und deswegen müssen wir jetzt zusammenstehen, Stadt und Land. Damit bringen wir eine geballte Masse auf die Waage. Und da möchte ich auch die Geschwindigkeit der Exekutive in dieser Sache loben. Denn mit dieser gebündelten Masse und dieser Geschwindigkeit schaffen wir einen grossen Impuls für einen gewaltigen Kraftstoss nach Bern.
Die Einflussmöglichkeiten vom Lokalen auf nationale Projekte, das haben die Bieler:innen mit dem Westast eindrücklich demonstriert. Deshalb sage ich: Am Ostast der Schweiz schaffen wir das auch.
Damit wir die Stimmen der Bevölkerung von Stadt und Land vereint nach Bern tragen können, haben wir eine parteiunabhängige Petition lanciert. Und ich danke allen, die das jetzt schon unterschrieben haben. Ich werde das nachher aufstellen und es können dann alle beim Hinausgehen den QR-Code scannen und diese Petition auch noch unterschreiben.
Gerade als Vertreter einer jungen Generation danke ich Euch für den Einsatz für diese bedeutsamen Infrastrukturprojekte, die für Winterthur, aber auch für die ganze Ostschweiz von grosser Bedeutung sind.
Ich danke für die Antwort, für den Einsatz, Christa Meier. Wir nehmen diese Antwort positiv zur Kenntnis. Wir ziehen zusammen mit Dir und dem Vorsteher der Technischen Betriebe am gleichen Strick in die gleiche Richtung. Und wir werden uns wie die Winterthurer Löwen für diese Projekte einsetzen.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Es ist natürlich opportun, dass man die Interpellation jetzt gleich auch benutzt, um ein bisschen PR in eigener Sache zu machen, ich mache das auch. Auch

wir waren beim erwähnten Postulat hautnah dabei, wir haben das damals schon unterstützt, damals für die Haltestelle Grüze Nord. Der Stadtpräsident himself ging nach Bern, um zu weibeln. Und wir sind sicher, dass der Stadtrat das weiterhin tun wird.
Ich möchte aber trotzdem auch inhaltlich noch kurz etwas sagen: Die Stadträtin Meier sagte, dass der Ausbau des Stadelhofens nur Sinn macht, wenn man die Angebotsstrategie von ZVV und SBB gesamthaft anschaut, und dort drin sind Grüze Nord und der Bahnhof Oberi ein wesentlicher Teil. Ich möchte das ergänzen: Auch MehrSpur Winterthur-Zürich oder Zürich-Winterthur (je nachdem, wo man steht), und auch der Ausbau des Bahnhof Winterthur, den wir am Planen sind, machen nur Sinn, wenn man auch die beiden Bahnhofswerke erweitert. Es ist ein Ziel, dass man den Hauptbahnhof entlasten kann von den Passantenströmen, weil man dort wirklich einen sehr hohen Druck hat. Und das soll unter anderem mit dem Bahnhof Grüze Nord möglich sein. Er ist deshalb wirklich wichtig und er ergänzt auch die Leonie-Moser-Brücke, die wir bald fertig haben werden.
Ja, und beim Autobahnausbau oder der Untertunnelung Winterthur Süd oder Töss, wie es so schön heisst: Auch das ist wichtig. Man könnte sagen, wir haben jetzt Pannenstreifenbewirtschaftung, wir haben schon mehr Kapazität. Aber es geht auch um Stadtreparaturen, es geht auch um eine Aufwertung von Töss und es geht um neue Möglichkeiten für Töss, inklusive einer neuen Haltestelle in Winterthur-Töss für die Bahn.
Alles wichtige Projekte aus lokaler Sicht. Und deshalb ist es auch so immens wichtig, dass der Stadtrat, zusammen mit dem Kanton, zusammen mit dem ZVV, der SBB und dem ASTRA, dieses Lobbying macht. Dorthin geht, das professionell tätigt. Und wir sind froh, dass wir dazu ein Bekenntnis gehört haben.
Und ich bin sicher: Wo wir können, werden wir mit unseren Fraktionen, mit unseren Parteien da gerne einspringen und unterstützen. Vielen Dank.

D. Rohner (EVP): Ich möchte auch nicht gross alles wiederholen, aber danke vielmals für die Stossrichtung, welche Ihr da eingeschlagen habt im Stadtrat. Ich glaube, es geht in die richtige Richtung. Die Zusammenarbeit, die man sucht, zusammen mit dem ASTRA, mit dem Kanton, mit der SBB.
Wir haben heute Abend einige Male das Wort «Lobbying» gehört, dass man diese Zusammenarbeit sucht. Und dort glaube ich auch, dass man diese Kraft gut hinbringt, oder eine noch stärkere Kraft, wenn wir nicht nur für Winterthur denken, sondern im grösseren Raum. Wer profitiert denn sonst noch alles von diesen einzelnen Verkehrsknoten oder von diesem Autobahnausbau? Das ist die Region, das sind einzelne Gemeinden, vielleicht sogar Kantone. Und dass man darüber hinaus noch weiterdenkt, wenn man noch ins Boot nehmen kann und so mit geballter Kraft nach Bern gehen kann, um ein gutes Resultat hinzubringen.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Vielen Dank. Damit haben sich die Redner:innen erschöpft. Also die Rednerliste, die Redner:innen hoffentlich nicht jetzt schon. Deshalb meine Frage an Christa Meier, ob sie nochmals replizieren möchte? – Christa Meier ist auch erschöpft. Also hoffen wir, dass sie sich schnell erholt. Somit ist dieses Traktandum abgehandelt.

2. Traktandum
Protokoll der 9./10. Sitzung

Parlamentspräsident Ph. Weber: Wir kommen zum Traktandum 2, das sind die Protokolle der letzten beiden Sitzungen, der Sitzungen 9 und 10 vom 15.09.2025. Gibt es Ergänzungen oder Einwände zu diesen Protokollen? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit sind die Protokolle abgenommen und herzlich verdankt bei Andrea, die sich wie immer freut, wenn vorbereitete Voten bereits im Vornherein an sie gemailt werden. Vielen Dank.

3. Traktandum
Parl.-Nr. 2025.113: Wahl einer/eines Delegierten in den Zweckverband RWU anstelle des zurückgetretenen B. Zäch (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026

Parlamentspräsident Ph. Weber: Wahl einer/eines Delegierten in den Zweckverband RWU anstelle des zurückgetretenen Benedikt Zäch (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026. In Abwesenheit der IFK-Präsidentin Maria Sorgo hat der Vizepräsident Christian Hartmann das Wort.

Ch. Hartmann (IFK): Die Interfraktionelle Konferenz schlägt vor: Marilena Gnesa (SP).

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Christian. Gibt es Vermehrungen zu diesem Vorschlag? – Das ist nicht der Fall. Somit gratulieren wir Dir, Marilena, herzlich zu dieser Wahl und wünschen viel Freude im Rest dieser Amtsdauer.

4. Traktandum
Parl.-Nr. 2025.58: Erneuerung der befristeten Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Winterthur und dem Verein «House of Winterthur»: Bewilligung eines Verpflichtungskredits

---

Parlamentspräsident Ph. Weber: Erneuerung der befristeten Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Winterthur und dem Verein «House of Winterthur»: Bewilligung eines Verpflichtungskredits. Vorgestellt wird das Geschäft von der Referentin der Aufsichtskommission, Bea Helbling.

B. Helbling (AK): Das Geschäft betrifft die Erneuerung der befristeten Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Winterthur und dem «House of Winterthur» für vier Jahre ab 2026 und die Bewilligung des Verpflichtungskredits.
Das «House of Winterthur» ist seit seiner Gründung als Public-Private-Partnership organisiert – getragen von Stadt, Region und Wirtschaft. Es vereint Tourismus, Kultur, Bildung und Wirtschaft unter einem Dach. Und es ist die Plattform, über die Winterthur und die Region nach aussen gemeinsam auftreten. Es übernimmt Aufgaben in der Standortförderung und im Stadtmarketing.
Der Stadtrat beantragt eine Kürzung des jährlichen Betriebsbeitrags und die Verschiebung von Aufgaben zur Stadt.
Die Aufsichtskommission hat sich in mehreren Lesungen intensiv mit dieser Weisung auseinandergesetzt.
Die Weisung zeigt auf, dass der Stadtrat die bisherige Zusammenarbeit zwischen Stadt und «House of Winterthur» sehr kritisch beurteilt.
Eine Standortanalyse hat ergeben, dass die Zusammenarbeit zwischen der Stadt und HoW über Jahre nicht optimal funktionierte – Schnittstellen waren unklar, es gab Doppelspurigkeiten und die Resultate bei Ansiedlung und Bestandespflege blieben hinter den Erwartungen zurück.
Zudem war die Sichtbarkeit der Stadt in der Wirtschaft zu gering. Das «House of Winterthur» an sich, so konnte man es in der Weisung lesen, habe sich eventuell auch zu breit aufgestellt – von Kultur über Tourismus bis Wirtschaft – und damit eventuell den Fokus verloren.
Aus diesen Gründen beantragte der Stadtrat, die Verantwortung für Ansiedlung und Bestandespflege künftig bei der Stadtentwicklung anzusiedeln und den Beitrag an «House of Winterthur» um jährlich 100’000 Franken zu reduzieren.

Die Kommission führte vier Lesungen durch, darunter eine Anhörung mit dem Präsidium und der Geschäftsleitung von «House of Winterthur», mit Vertreter:innen aus der Wirtschaft (Junge Altstadt, Handelskammer und KMU-Verband), natürlich auch mit der Stadtentwicklung und der Verwaltung.
Es war der Kommission wichtig, ein umfassendes Bild zu gewinnen – von Stadt, Wirtschaft und «House of Winterthur» gleichermassen.
Die Kommission anerkennt die Kritik des Stadtrates: In der Vergangenheit waren die Resultate in der Ansiedlung und Bestandespflege unzureichend und die Zusammenarbeit mit der Stadt funktionierte nicht immer.
Wir teilen diese Analyse in grossen Teilen. Aber die Kommission anerkennt auch, dass mit der neuen Leitung und klareren Strukturen im «House of Winterthur» Bewegung entstanden ist. Man könnte sagen: Das «House of Winterthur» ist auf einem guten Weg.
Die Kommission sieht Potenzial, die Aufgaben weiterhin beim «House of Winterthur» zu belassen. Aber nur, wenn Stadt und das «House of Winterthur» künftig verbindlich und enger zusammenarbeiten – und die Leistungen messbar werden.
Diesen Entscheid sehen wir in der Kommission als klaren Auftrag: Die Zusammenarbeit mit der Stadt muss funktionieren und die Leistungen müssen sichtbar werden.
Die AK spricht sich deshalb – entgegen dem Antrag des Stadtrats – für eine Weiterführung der bisherigen Aufgabenteilung gemäss Leistungsvereinbarung 2022 aus und für die regionale Ausrichtung des Vereins und möchte auch den jährlichen Betriebsbeitrag belassen.
Diese Weiterführung ist mit klaren Erwartungen verbunden, ich habe es vorhin schon gesagt. Es soll in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Winterthur und mit KPIs passieren. Das «House of Winterthur» soll unter der neuen Führung zeigen, dass es Wirtschaft, Kultur und Tourismus erfolgreich verbinden kann.
Die AK möchte ihm die vier Jahre Chance geben. Es geht nicht um ein Zurück zum Alten, sondern um eine partnerschaftliche Weiterentwicklung, mit mehr Verbindlichkeit, Zusammenarbeit und Verantwortung auf beiden Seiten.
Die AK stimmt der Weisung 2025.58 Erneuerung der befristeten Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Winterthur und dem Verein «House of Winterthur» und der Bewilligung eines Verpflichtungskredits mit folgenden Änderungen zu:
1. Es wird ein jährlicher Betriebsbeitrag von 860'000 Franken bewilligt.
2. Die regionale Ausrichtung des Vereins «House of Winterthur» und die Aufgabenverteilung wird gemäss Leistungsvereinbarung 2022 beibehalten. Insbesondere für Ansiedlung und Bestandespflege liegt die Verantwortung weiterhin beim «House of Winterthur», in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Winterthur.
3. Bis 31. März 2026 werden Messgrössen definiert und der zuständigen Kommission präsentiert und beim jährlichen Controlling geprüft.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke für das Vorstellen des Geschäfts, Bea. Somit kommen wir in die Diskussion. Als Erstes haben die Mitglieder der Aufsichtskommission das Wort. Da hat sich zuerst gemeldet Samuel Kocher (GLP).

S. Kocher (GLP): Danke, Bea, für die Präsentation der Vorlage.
Die Grünliberalen unterstützen die Haltung und den Vorschlag der Aufsichtskommission, so wie sie in der Medienmitteilung vom 23. September 2025 kommuniziert wurde. Die Weiterführung der bisherigen Leistungsvereinbarung mit dem «House of Winterthur» ist aus unserer Sicht richtig und wichtig.
Wir anerkennen die laufende Umstrukturierung beim «House of Winterthur» und sehen darin eine Chance für eine wirkungsvollere Standortvermarktung. Die aktuelle Leitung verdient unser Vertrauen und soll die Gelegenheit erhalten, ihre strategischen und operativen Vorstellungen umzusetzen. Die Einführung von klaren Messgrössen zur besseren Überwachung und Zielsetzung ist ein sinnvoller Schritt zur Sicherung von Transparenz und Wirkungskontrolle für alle Beteiligten.

Die Stadt Winterthur ist aufgefordert, «House of Winterthur» in dieser Phase eng, kollegial und konstruktiv zu begleiten. Standortvermarktung ist zu bedeutend, als dass es durch institutionelle Reibungen oder Kompetenzfragen gefährdet werden dürfte. Eine kooperative Haltung ist auch das richtige Signal an die Partner von «House of Winterthur» und stärkt das Vertrauen in die Standortstrategie der Stadt Winterthur.
Die grünliberale Fraktion steht deshalb hinter der beantragten Budgeterhöhung und unterstützt die Erneuerung der Leistungsvereinbarung mit einem Betriebsbeitrag von 860'000 Franken jährlich. Wir setzen uns für eine zukunftsgerichtete, nachhaltige und strategisch abgestimmte Standortförderung ein, bei der die Stadt und das «House of Winterthur» ihre jeweiligen Stärken einbringen und gemeinsam für Winterthur wirken können. Dieser Entscheid schliesst nicht aus, dass es zukünftig trotzdem zu Anpassungen in der Zusammenarbeit zwischen «House of Winterthur» und der Stadt Winterthur kommen darf, wenn das sinnvoll erscheint. Besten Dank.

Ch. Hartmann (SVP): Ich möchte mich ganz herzlich bei Bea für die Präsentation bedanken. Es ist nämlich kein einfaches Geschäft und das für Leute, die sich nicht mehrere Sitzungen lang in der Aufsichtskommission damit beschäftigt haben, so darzustellen, dass man das versteht, ist nicht einfach. Und ich glaube, das ist gut gelungen. Herzlichen Dank.
Die SVP stellt sich hinter den Antrag der Aufsichtskommission, und das mit Überzeugung. Es ist ja nicht so, dass in den vergangenen Jahren «House of Winterthur» von Kritik seitens der SVP ausgenommen worden wäre. Da hat einiges nicht geklappt. Es ist auch eine Idee, die Standortförderung und die Tourismusförderung in einem Haus zu vereinen, die es so nicht an jeder Ecke zu kopieren gibt. In Winterthur hat man das gewagt. Das schleuderte am Anfang, hat sich ein bisschen stabilisiert.
Auf alle Fälle hat man ungefähr 2023 beschlossen, «House of Winterthur» zu reorganisieren. Das machte man mit ausdrücklicher Zustimmung des Stadtrates, der ja auch im Vorstand vertreten ist. Man hat den Vorstand verkleinert; man hat keine Interessensvertreter mehr, sondern Fachleute in diesem Vorstand. Und auch das Stadtparlament war einverstanden, seine zwei Vertreter im Vorstand des «House of Winterthur» zurückzuziehen. Das ist letztlich eine Entpolitisierung, es ist eine Stärkung der fachlichen Kompetenz. Diese Reorganisation, die selbstverständlich mehrere Phasen hat, soll Mitte 2026 abgeschlossen sein. Die Resultate sind aber heute schon sichtbar, gehen in die richtige Richtung und die SVP-Fraktion ist überzeugt, dass das gut kommt.
Die grosse Frage aber ist – und die ist nicht beantwortet, auch nach vier Lesungen in der Aufsichtskommission: Warum wollte der Stadtrat diese Reorganisation, die er vorschlägt, eigentlich? Er war 2023 einverstanden damit, dass man «House of Winterthur» reorganisiert. Und zwei Jahre später, einfach weil jetzt zufälligerweise die Leistungsvereinbarung abläuft, hat er eine komplett andere Sicht darauf, wie sich «House of Winterthur» vernünftigerweise organisieren soll. Das verstehen wir nicht.
Das versteht auch die Aufsichtskommission nicht. Die Aufsichtskommission hat in der Medienmitteilung vom September bekanntgegeben, dass sie einstimmig (also 11:0) eine andere Sicht hat als der Stadtrat. Das ist immerhin bemerkenswert, hat doch jeder Stadtrat auch noch Fraktionsvertreter in dieser Kommission. Da muss also irgendwo der Wurm drin sein.
Wir sind, Bea hat das gut gesagt, der Ansicht, «House of Winterthur» soll die Zeit erhalten, diese Reorganisation fertigzumachen. Dann hat man eine Periode von 1 – 2 Jahren, in der man zuschauen soll, wie sich das entwickelt. Und damit man am Schluss nicht mehr darüber reden muss, ob das jetzt gut war oder nicht gut war, beantragt die Kommission ja auch, dass man Messgrössen (neudeutsch: Key Performance Indicators) bestimmt, damit wir am Schluss darüber reden können, wie das gelaufen ist und wirklich härtere Zahlen und Fakten haben, um zu entscheiden, ob das geklappt hat oder nicht.
Die SVP-Fraktion ist nicht bereit, endlos zuzuschauen bei «House of Winterthur». Wir sind der Meinung, die Reorganisation ist gut. Wir sind der Meinung, der Antrag der AK führt in die richtige Richtung. Aber wir sind auch der Meinung, dass wenn das nicht eine Lösung gibt,

dann muss man sich tatsächlich über andere organisatorische Lösungen für die Tourismusförderung und für die Standortförderung unterhalten. Denn wir sind überzeugt: Die Stadt Winterthur braucht beides. Und was wir da haben, ist einfach eine organisatorische Lösung, die wir gerne zu Ende geführt haben.
Die Zeit drängt. Dies Leistungsvereinbarung mit «House of Winterthur» läuft Ende Dezember ab. Die Aufsichtskommission beantragt Euch heute Beschlüsse, welche eine Veränderung dieser Leistungsvereinbarung zur Folge haben. Und wir bitten alle Beteiligten, daran effektiv so intensiv zu arbeiten, dass das problemlos auf 1. Januar in Kraft gesetzt werden kann.
Es ist ja nicht nur so, dass «House of Winterthur» Löhne zahlen muss, es erbringt ja auch Leistungen. Es hat externe Partner, es muss geplant werden. Es ist ja nicht so, dass sich Tourismusförderung einfach so ergibt, sondern es gibt Aktionen, die geplant werden müssen. Dafür muss klar sein, wie die Organisation ist, es muss klar sein, wie die Finanzierung ist. Und da legen wir hohen Wert darauf, dass das per Januar problemlos passieren kann. Vielen Dank.

M. Zundel (Grüne/AL): Besten Dank für die Vorstellung des Geschäfts und vielen Dank an alle die diversen Stakeholder, von denen einige hier sind, welche uns ihre Ansichten in der AK nähergebracht haben.
Auch wir von den Grünen/AL sind der Meinung, dass der Leistungsausweis des «House of Winterthur» im Bereich der Standortförderung in den letzten Jahren nicht allzu viele Erfolge auszuweisen hatte. Jedoch sind wir auch der Meinung, dass es zu früh wäre, die Standortförderung bereits jetzt wieder zurück in die Stadt einzugliedern. Nachdem wir gezeigt bekommen haben, dass das aktuelle Team von «House of Winterthur» unter der Führung von Jakob Bächtold die gewünschte Traktion auf das Papier bringen kann.
In einer weltpolitisch und weltwirtschaftlich schwierigen Situation wird es nicht einfach werden, einen Wirtschaftsboom in Winterthur hinauf zu beschwören. Deshalb sehen wir es auch als zentralen Punkt, geeignete Messwerte gemeinsam zwischen Stadt und «House of Winterthur» zu definieren, um die Leistung mit anderen Regionen und Städten im Kanton Zürich vergleichen zu können.
Wir sind jedoch zuversichtlich, dass Jakob Bächtold und sein Team in Zusammenarbeit mit der Stadtentwicklung Winterthur wieder als Powerhouse für Ingenieurskunst und Technologiestandort in der Welt präsentieren können und wüschen ihnen viel Erfolg dabei.
Die Grünen/AL unterstützen deshalb auch die Anträge der AK.
Eine Bitte hätte ich noch, die ich selbst interessant fände, weil ich nicht mehr weiss, wo die Zuständigkeit dafür ist: Nämlich vermisse ich immer noch die längst angekündigte Wirtschaftsstrategie für die Stadt Winterthur. Falls sich bei dieser Strategie mit dem Entscheid von heute Abend die Zuständigkeit verschieben würde, bin ich kulant und warte nochmals drei Monate – aber eigentlich sollte dieses Papier irgendwo mal irgendwann auftauchen. Da wäre ich froh um eine Antwort, wo das ist. Merci vielmal.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Danke auch an Bea für die gute Präsentation. Erst im Mai 2017 hat die Winterthurer Stimmbevölkerung Ja gesagt zum integrierten Stadtmarketing und Ja zum «House of Winterthur». Damit wurde der Weg frei für die Zusammenführung der zwei eigenständigen Organisationen: Standortförderung Region Winterthur und Winterthur Tourismus. Fusionen brauchen Zeit, bis sich zwei Kulturen finden und die Leistungen optimal erbracht werden können. So wurde auch erst im Mai 2023, das wurde schon mehrmals erwähnt, der Vorstand des «House of Winterthur» verkleinert und neu aufgestellt unter dem Präsidium von Beat Schwab. Jetzt zu sagen, wir brechen einen Teil der Übung ab und wir nehmen die Standortförderung zur Stadt, ist aus Sicht der Mitte/EDU-Fraktion der falsche Weg. Ganz abgesehen davon, dass wir überzeugt sind, dass eine Trennung von Standortmarketing und Standortförderung schwer nachvollziehbar und schwer begründbar ist. Damit würden wir die Chance, wichtige Synergiepotenziale auszunützen, verunmöglichen.
Der Stadtrat schreibt in seiner Weisung zu Recht: Die Zufriedenheit der Wirtschaft mit dem Standort nimmt ab. Nur noch 70 Prozent sind zufrieden. Dass die Stadt die Wirtschaftspolitik

ernst nimmt, ist richtig und wichtig, Wirtschaftspolitik ist ein wichtiger Eckpfeiler. Und es braucht wirklich echte Zeichen der Stadt, dass sie an der Wirtschaft und an Arbeitsplätzen interessiert ist. Dazu braucht es aber auch attraktive Verkehrswege und flexiblere Lösungen bei Parkplatzproblemen, abgesehen von raschen und unkomplizierten Verwaltungsdienstleistungen, wie z.B. Baubewilligungen.
Und da ist die Zurücknahme der Standortförderung zur Verwaltung das falsche Zeichen.
Die Mitte/EDU will, dass das «House of Winterthur» weiterhin für den gesamten Bereich der Standortförderung und für die Region verantwortlich ist. So gibt es auch keine unnötigen Abgrenzungsdiskussionen bei Anfragen, die oft über die Greater Zürich Area reinkommen, von Interessenten nach Unternehmensstandorten, ob diese jetzt vom «House of Winterthur» oder von der Stadt bearbeitet werden sollen.
Aber wir wollen, dass das «House of Winterthur» wie bisher mit der Stadt zusammenarbeitet und vor allem wollen wir, wie es Christian auch erwähnt hat, griffige Kennzahlen. Und wir wollen Kennzahlen sowohl für den Tourismusbereich wie die Standortförderung. Kennzahlen, die aufzeigen, was erreicht wurde, was nicht und vor allem wäre dann spannend zu wissen, wieso nicht. Was war am Schluss entscheidend, dass z.B. weniger Touristen oder weniger Unternehmungen nach Winterthur gekommen sind?
Die Mitte/EDU-Fraktion stimmt den Anträgen der Aufsichtskommission zu.

F. Kramer-Schob (EVP): Danke vielmals, Bea, für die übersichtliche Präsentation.
Ich habe in den letzten Jahren immer wieder gesagt, dass es mich nicht so sehr interessiert, wie viele Socken das «House of Winterthur» verteilt im Rahmen seiner Marketingmassnahmen; vielmehr möchten wir als EVP Ansiedlungen und zufriedene Unternehmen in Winterthur. Und auch das, davon sind wir überzeugt, kann man messen. Und wenn es im Jahresbericht dazu nicht viele Zahlen hatte in den letzten Jahren, dann haben wir eben den Verdacht, dass es manchmal auch nicht so viel Gutes darüber zu berichten gab. Das muss ändern!
Und vorweggenommen: Wir sind zuversichtlich, dass das auch ändern kann. Mit der neuen Geschäftsleitung und dem neuen Vorstand im «House of Winterthur» und mit der Umstrukturierung, an der man noch dran ist, hat man ein paar mutige Entscheidungen getroffen und wir glauben, dass das gut kommen kann.
Ziele aus Sicht der EVP müssen auf jeden Fall sein, dass neue Unternehmen angesiedelt werden können und dass wir zufriedene ansässige Unternehmen haben. Was andere Gemeinden können, das können wir doch auch! Wir möchten auch noch eine lebendige Altstadt dazu. Wir möchten Winterthur weder als Schlafstadt noch als Stadt mit nur staatsnahen Betrieben, sondern als lebendigen Wirtschaftsstandort.
Der Stadtrat hat dem «House of Winterthur» im Mai ein Misstrauensvotum ausgesprochen, so schrieb das der Landbote damals. Als EVP möchten wir das gerne kehren und sagen, dass wir dem «House of Winterthur» nochmals unser Vertrauen aussprechen. Das ist kein blindes Vertrauen. Wir führen ein Controlling ein. Wir wollen Zahlen und wir wollen auf jeden Fall Ergebnisse. Wir sehen aber das Potenzial, dass das «House of Winterthur» erfolgreich sein kann und wir sind bereit, nochmals darauf zu setzen.
Als EVP glauben wir auch nicht, dass die Stadt das Ansiedlungsgeschäft besser kann. Das Ansiedlungsgeschäft gehört zur Kernaufgabe einer Standortförderungsorganisation. Und weil wir das Ansiedlungsgeschäft beim House lassen, heisst das natürlich auch, dass sie den bisherigen Unterstützungsbeitrag brauchen.
Das «House of Winterthur» hat immer noch keinen unterzeichneten Vertrag – und der bisherige läuft sehr bald ab. Wir erwarten, dass sich die Stadt und das «House of Winterthur» nun sehr, sehr schnell an einen Tisch setzen und als ebenbürtige Verhandlungspartner einen Vertrag aushandeln, welcher die Vorgaben der Aufsichtskommission dann auch erfüllt.
Wir freuen uns sehr, dass dieses Geschäft im Parlament heute zum Abschluss kommt und hoffen, dass es auch für das «House of Winterthur» sehr bald zu einem guten Abschluss kommen kann. Danke vielmals.

B. Helbling (SP): Auch die SP unterstützt den Antrag der Aufsichtskommission.
Wir haben es jetzt schon einige Male gehört und wir möchten es betonen: Die vom Stadtrat veranlasste Standortanalyse hat gewisse Mängel gezeigt. Ich möchte aber auch betonen: Gerade in der touristischen Vermarktung hat «House of Winterthur» sehr gute Arbeit geleistet.
Aber – und darauf zielen wir von der Aufsichtskommission und auch von der SP her – bei der Ansiedlung von neuen Unternehmen und der Bestandespflege ist es wichtig, dass dort jetzt wirklich ein neuer Fokus passiert. Wir haben wirklich die Hoffnung mit der neuen Führung, dass da etwas geändert hat. Es hat Bewegung gegeben, es ist eine Neuorientierung passiert. Und wir wollen dem «House of Winterthur» diese Chance geben.
Wir haben es schon gehört, es geht darum, dass man jetzt zusammen – Stadt und «House of Winterthur» - schaut, dass das funktioniert, dass man klare Zuständigkeiten hat und dass die Ansiedlungen und die Bestandespflege professionell bearbeitet werden. Wir wollen den Fokus da vor allem auch auf die Zusammenarbeit als zentrales Element nochmals betonen. Das kann nur dann erfolgreich sein, was das «House of Winterthur» und die Stadt machen, wenn man gemeinsam auftritt, sich gegenseitig informiert und die Kräfte bündelt – im Interesse von Winterthur, der Wirtschaft und der Bevölkerung.

J. Fehr (FDP): Ich darf das Votum von Raphael Tobler halten, welcher an der ersten Sitzung abwesend ist.
Herzlichen Dank, Bea, für die gute Vorstellung des Geschäfts. Wir können uns den Vorrednerinnen und Vorrednern mehrheitlich anschliessen.
Wir haben vom Stadtrat immer wieder gehört, dass es gut läuft mit dem «House of Winterthur» und dass es noch 2-3 kleine Stellschrauben braucht, die man richtig justieren muss, bis es perfekt läuft.
Dass dann später der Antrag kommt, dass das Budget und die Aufgaben vom «House of Winterthur» stark überarbeitet werden müssen, war für uns überraschend.
Das Budget ist ein Thema. Wichtig ist aber auch die Aufgabe der Wirtschaftsförderung und -ansiedlung. Da gibt es doch berechtigte Zweifel, ob die Stadtverwaltung das besser kann. Zumal die Stadt in den letzten Jahren leider im Bereich der Wirtschaftsfreundlichkeit und der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht immer geglänzt hat.
Und es hätte auch eine fatale Wirkung auf die Mitglieder des «House of Winterthur», wenn man diese Änderung vollzieht. Sowohl die umliegenden Gemeinden wie auch die Wirtschaftsunternehmen zahlen ja einen nicht unwesentlichen Beitrag daran. Der Entzug der Wirtschaftsförderung wäre aus unserer Sicht der schleichende Niedergang vom «House of Winterthur» - denn welche umliegende Gemeinde oder welches Unternehmen würde in der neuen Konstellation dann noch Mitglied vom «House of Winterthur» bleiben?
Wir sprechen uns also klar dafür aus, dass der Vertrag analog wie bisher verlängert wird. Was nicht heisst, dass wir als FDP mit dem «House of Winterthur» vollumfänglich zufrieden waren. Das haben wir auch ab und zu so kommuniziert. Aber wir glauben daran, dass das «House of Winterthur» nach der Umstrukturierung in den letzten Jahren und in den kommenden Monaten wieder zu einer schlagkräftigen Organisation wird. Selbstverständlich werden wir auch da ein Auge darauf werfen.
Wir als FDP schliessen uns dem Antrag der AK somit an. Vielen Dank.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich habe zwei Seelen in meiner Brust: Auf der einen Seite freut es mich sehr, dass das «House of Winterthur» grosses Vertrauen geniesst. Es sind einige Voten gefallen, die vor 2-3 Jahren noch ein bisschen anders getönt haben. Jetzt steht man voll und ganz hinter dem House und das ist sehr wichtig. Denn das «House of Winterthur» haben wir gegründet in der Stadt Winterthur, um die Region zusammenzuhalten, um Städte, um Unternehmen, um Gemeinden aneinander zu binden. Und es hat auch ausgelöst, das darf man nicht vergessen, dass der Kanton Zürich das erste Mal bei uns Standortförderungsbeiträge bezahlt hat. Also die Basis, die wir dort gelegt haben, würde ich immer noch als sehr gut bezeichnen.

Nachher gab es eine etwas schwierigere Zeit. Und es gab sofort Kritik: Ist das überhaupt richtig, ein «House of Winterthur»? Braucht es eigentlich diesen Zusammenschluss der Organisation?
Heute: Alles wie weg. Und ein grosses Vertrauen an die Führung des House, an das «House of Winterthur». Und das freut mich sehr.
Wir haben im Stadtrat nicht einfach einen Antrag gestellt, bei dem es darum ging, das House zu beerdigen. Sicher nicht. Wir haben eine Analyse gemacht. Wir haben in Hinblick auf die Erneuerung der Leistungsvereinbarung geschaut, wie das in der Vergangenheit wirklich gelaufen ist. Und wir sahen dort, dass wir gerade bei der Unternehmensansiedlung noch etwas mehr Potenzial gehabt hätten. Das hätte man besser machen können. Wir hatten auch die Meinung, dass man das mit der Veränderung der Arbeitsteilung noch besser machen könnte. Wir haben im Rahmen der Analyse auch mit anderen Städten gesprochen. Und diese haben uns eigentlich hauptsächlich die Antwort gegeben, sie könnten uns nicht verstehen, dass man Unternehmensansiedlung und Unternehmensbetreuung nicht bei der Stadt hat. Wir sind näher bei gewissen Prozessen, wir sind näher bei gewissen Themen. Wir haben mehr Informationen.
Tatsache ist, dass wir zusammenarbeiten müssen, das House und wir in der Stadtentwicklung. Und dort, zurückgeschaut, ist auch nicht alles immer optimal gelaufen. Aber wir haben uns immer bemüht, dass man diese Schnittstelle gut definieren kann. Es ist nicht immer gelungen. Und von daher waren wir auch der Meinung, eigentlich leisten wir mit dieser Arbeitsneueinteilung sogar mehr für die Standortförderung Winterthur insgesamt, weil wir mit der Stadtentwicklung das noch ein bisschen besser können.
Ich höre, dass da ein gewisses Misstrauen da ist. Aber wir haben uns von der Analyse überzeugen lassen und sagten deshalb, wir schlagen diese Arbeitsteilung anders vor.
Es wäre um den Lead gegangen. Oder es ist uns um den Lead gegangen. Das hiess nicht, dass man nicht mehr zusammenarbeitet. Die Zusammenarbeit war immer Kern der Aufgabe dieser Standortförderung. Und das wird es auch in Zukunft sein.
Ich danke also für die Rückmeldungen, für das Vertrauen. Wir sind immer noch der Meinung, dass unsere Absicht beim Antrag an das Parlament gut war.
Jetzt haben wir noch formelle Herausforderungen: Das Parlament ist zuständig für Verpflichtungskredite. Also für die Zahl von 100'000 Franken, welche jetzt das Parlament höher ansetzen wird als wir im Stadtrat. Für den Vertrag, für die Ausformulierung des Vertrags, nehmen wir das mit, das Ihr jetzt eingebt und müssen uns überlegen im Stadtrat, wie wir damit umgehen. Denn die Kompetenz für diesen Vertrag ist nicht beim Parlament. Das wird noch eine Diskussion geben bei uns im Stadtrat, wie wir damit umgehen, dass wir diese zwei formellen Elemente bei dieser Rückmeldung aus dem Parlament haben.
Ich bin nach wie vor zuversichtlich, dass wir diesen Vertrag bis Ende Jahr haben werden. Es ist also nicht so, dass wir erst jetzt darübergehen und Gespräche führen. Gespräche haben wir schon viele geführt. Wir haben auch Ideen, wie man das machen könnte. Das fängt also nicht erst heute an, denn das Ziel ist, dass wir bis Ende Jahr einen Vertrag haben, so dass das «House of Winterthur» per 01.01.2026 zuarbeiten kann. So, wie wir es alle hoffen, dass das eine gute Sache wird. Wie gesagt, es braucht das House und es braucht eine hervorragende Zusammenarbeit mit dem Stadtrat, mit der Stadtentwicklung, mit dem Amt für Stadtentwicklung. Und wir von unserer Seite, wir werden diese gute Zusammenarbeit sicherlich beförderlich behandeln. Ich danke herzlich.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Mike. Weil auch an dieser Stelle keine Erklärungen mehr möglich sind von Parlamentsmitgliedern, können die Leute, die sich für ein Votum angemeldet haben, nach der Abstimmung eine persönliche Erklärung halten, falls sie das wünschen. Aber wir kommen jetzt zur Abstimmung. Und da es doch ziemlich eindeutig tönte, denke ich, wir können auf eine Abstimmung über die einzelnen Anträge aus der Kommission verzichten. Wir würden als Erstes jetzt den Kommissionsantrag inklusive der drei Änderungen, welche Sie vorne nochmals sehen, dem Stadtratsantrag gegenüberstellen. Und am

Schluss stimmen wir bei der Schlussabstimmung dann über den obsiegenden Antrag ab. Ist das so gut für alle? – Ja. Dann können wir zur Abstimmung schreiten.
Zuerst geht es darum, wenn Sie A drücken, dass Sie die ursprüngliche Fassung des Stadtrats annehmen. Wenn Sie B drücken, möchten Sie die veränderte Fassung von der AK annehmen.
Abstimmungsergebnis: Ihr habt Euch einstimmig mit 55:0 bei 0 Enthaltung für die Fassung der AK entschieden.

Der Korrektheit halber müssen wir jetzt darüber abstimmen, ob Ihr die Fassung der AK als Ganzes annehmen möchtet. Wenn ja, dann drückt Ihr A. Falls Ihr das jetzt noch ablehnen möchtet, dann drückt Ihr B.
Abstimmungsergebnis: Wie erwartet ist auch die Schlussabstimmung einstimmig mit 55:0 angenommen worden.
Somit ist dieses Geschäft beendet. Es haben sich aber, wie schon erwähnt, Personen für eine persönliche Erklärung angemeldet. Als Erster war das Christian Hartmann (SVP).

Ch. Hartmann (SVP): Ich spreche als Präsident der Aufsichtskommission. Wir haben es gehört: Wir machten vier Lesungen, wir führten weitere Diskussionen. Ich hatte den Eindruck, dem Stadtrat wäre es möglich gewesen, herauszulesen, in welche Richtung die Diskussion geht. Ganz sicher war es klar, als wir im Nachgang zum Beschluss vom 22. September am 23. September eine Medienmitteilung verschickt haben, welche der Stadtrat ebenfalls erhalten hat. Ich bin konsterniert zu hören, dass sich der Stadtrat erst jetzt anfängt zu überlegen, wie er diesen Beschluss umsetzen möchte. Es war in der Kommission einstimmig. Man konnte aus dem nicht ableiten, dass es heute 55:0 ist. Aber man hätte, ohne sich weit aus dem Fenster zu lehnen, annehmen können, dass es eine Mehrheit geben wird für den Antrag der Aufsichtskommission. Und ich hoffe jetzt einfach darauf, dass der Stadtrat entsprechend Gas gibt.
Was der Stadtpräsident gesagt hat betreffend der Arbeitsteilung, das ist korrekt. Aber es wäre durchaus möglich gewesen, bereits in Vorleistung zu gehen im Antizipieren des Beschlusses, den wir jetzt heute gefällt haben. «Gouverner, c'est prévoir» - aber ja, das hat ja vielleicht auch nicht immer geklappt.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Christian. Ebenfalls noch angemeldet für eine persönliche Erklärung hat sich Franziska Kramer-Schwob. Und da ich annehme, dass es um das gleiche Thema geht, würde ich Mike Künzle am Schluss das Wort geben, falls er es überhaupt noch wünscht. Ist das in Ordnung? – Dann geht das Wort an Franziska Kramer-Schwob (EVP).

F. Kramer-Schwob (EVP): Wir haben klare Zuständigkeiten. Aber was der Stadtpräsident am Schluss gesagt hat, das stimmt nicht. Wir sind verantwortlich für den Kredit. Den Kredit haben wir unter Bedingungen oder Auflagen gesprochen. Und diese sind rechtlich so gültig. Und wir haben schon die starke Erwartung, dass der Stadtrat sich dann an das halten wird.

Stadtpräsident M. Künzle: Wir haben die Erwartungen gehört. Ich habe einfach darauf hingewiesen, wie die Kompetenzen sind. Und die Kompetenzen kann man nicht mit einer Medienmitteilung aushebeln. Wir haben Euch zugehört. Ihr habt einen Antrag gestellt, der über Eure Kompetenz hinausgeht. Und wir werden das behandeln. Ich zerstöre überhaupt keine Hoffnungen. Und natürlich haben wir über diese Themen schon gesprochen. Ich sagte, wir fangen nicht erst jetzt mit der Arbeit an - bis Ende Jahr steht der Vertrag.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Vielen Dank, Mike. Da sich jetzt niemand mehr angemeldet hat, erkläre ich in meiner Kompetenz dieses Traktandum als beendet und gehe zum nächsten über.

5. Traktandum
Parl.-Nr. 2025.102: Änderungen des Reglements über die Entschädigung an Behördenmitglieder vom 27. März 2006

Parlamentspräsident Ph. Weber: Änderungen des Reglements über die Entschädigung an Behördenmitglieder vom 27. März 2006. Das Wort zur Vorstellung des Geschäfts für die AK hat Franziska Kramer-Schwob, der ich das Wort erteile, sobald der Saal sich ein bisschen beruhigt hat.

F. Kramer-Schwob (AK): Wir haben in diesem Reglement über die Entschädigungen an Behördenmitglieder einen Mechanismus, der vorsieht, dass unter bestimmten Voraussetzungen die Behördenentschädigungen an die Teuerung angepasst werden. Das hängt vom Zürcher Index ab und das hängt auch davon ab, dass auch das Personal Teuerungszulagen bekommen hat. Dieser Mechanismus ist im Laufe des Jahres 2023 eingetreten, so dass aufgrund des Gesetzes ein Anspruch bestand, die Behördenentschädigungen der Teuerung anzupassen. Die Parlamentsleitung hat bereits im Jahr 2024 den Stadtrat darauf aufmerksam gemacht, dass es Zeit wäre, das anzupassen. Anfangs 2025 hat die Parlamentsleitung nochmals einen entsprechenden Brief geschrieben.
Die Anpassung an die Teuerung ist in der alleinigen Zuständigkeit des Stadtrates. Der Stadtrat hat dann entschieden, dass er nebst der Anpassung der Teuerung noch materielle Anpassungen für die Entschädigung für die Kader des Wahlbüros und eine Überführung der Entschädigungsregelungen in eine Wahlbüroverordnung revidieren möchte. Und das Gesamtpäckchen würde dann in die Zuständigkeit des Parlaments fallen. Und deshalb kam das ins Parlament.
Die Aufsichtskommission hat dieses Geschäft in drei Lesungen behandelt und befürwortet die Teuerungsanpassung. Heute ist der letzte Tag, an dem wir über die Teuerungsanpassung entscheiden können, damit es auf 1. Januar 2026 noch in Kraft treten wird. Und weil die Zeit nicht reichte, um diese Gesamtrevision, bei welcher auch strukturelle Veränderungen Thema wurden, sauber anzuschauen, hat die Aufsichtskommission entschieden, dass sie dem Parlament vorschlagen möchte, dass man das in zwei separaten Schritten macht. Und zwar entscheiden wir heute Abend über die Teuerungsanpassung und bitten den Stadtrat, nochmals mit einer Weisung zu kommen mit der ganzen strukturellen Revision dieses Reglements, die auch noch vorgesehen ist. Wir stehen in der Aufsichtskommission alle dahinter, dass diese strukturelle Anpassung auf jeden Fall thematisiert werden soll. Und wir bitten den Stadtrat, möglichst rasch eine Weisung dazu zu bringen. Uns ist ganz wichtig, dass die Wahlbüromitglieder fair entschädigt werden. Sie sind – in Pandemie-Worten gesagt – auf jeden Fall systemrelevant für unsere Demokratie und äusserst wichtig. Und sie verdienen unsere Anerkennung und Wertschätzung. Und das kommt auch dazu: Die Teuerung, die wir heute sprechen würden gemäss unserem Vorschlag, kommt selbstverständlich allen, auch den Wahlbüromitgliedern, zugute.
Das Parlament beantragt deshalb heute Abend eine teuerungsbedingte Anpassung von sämtlichen Entschädigungen, d.h. Sitzungsgeldern, Grundbeiträgen an die Fraktionen, Schulbesuchen der Schulkommissionen, Entschädigungen an die Sozialhilfebehörde und die Arbeit der Wahlbüros. Die Aufsichtskommission schlägt vor, dass man auf den nächsten runden Betrag erhöht. Die Ausgangslage ist, dass man rein rechnerisch auf 33 Franken statt heute 30 Franken käme. Die Aufsichtskommission schlägt aber 35 Franken vor. Und das rechnet man bei mehrstündigen Sitzungen entsprechend hoch.
Bei der Essensentschädigung kam ein Antrag auf 40 Franken. Dieser war umstritten. Eine Mehrheit hat sich für 40 Franken ausgesprochen. Über die Gründe der Uneinigkeit werden wir nachher noch mehr hören.
Nicht angepasst werden im Moment die Grundentschädigung des Parlaments und der IFK-Protokollführung, weil man das in den letzten Jahren schon angepasst hat.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Franziska. Dann ist uns jetzt zu diesem Traktandum ein Änderungsantrag gemeldet worden von der Fraktion Grüne/AL. Begründet wird dieser von Andreas Büeler.

A. Büeler (Grüne/AL): Namens der Fraktion Grüne/AL stelle ich einen Antrag zum Artikel 8a, der vorne eingeblendet ist. Der Antrag ist einfach, dass man die Essensentschädigung von 30 auf 35 Franken erhöht und nicht auf 40 Franken, wie es Franziska gerade vorgestellt hat. Die Begründung ist genau die gleiche, wie es Franziska ja sehr gut für das gesamte Geschäft vorgestellt hat und wie es für alle anderen Artikel auch konsequent durchgezogen wurde. Der von uns vorgeschlagene Betrag entspricht der reinen Teuerungsanpassung (welche wir nach geltendem Recht schon lange zugute gehabt hätten, plus der Rundung). Aber noch ohne inhaltliche Anpassungen am Reglement. Wir wollen dem Grundsatz auch beim einzigen Artikel, wo die Aufsichtskommission davon abgewichen ist, treu bleiben. Und der Antrag hilft der Transparenz, weil wir nur so separat darüber abstimmen können.
Die Teuerung mag beim Essen zwar überdurchschnittlich sein, aber da fängt schon die inhaltliche Debatte an. Und diese wollen wir in Ruhe und seriös führen bei der strukturellen Revision. Wir finden nämlich, das wirkliche Problem sind die viel zu tiefen Entschädigungen für die eigentliche Parlamentsarbeit. Das hält tatsächlich viele Leute, die es sich nicht leisten können, auf Teilzeitarbeit zu wechseln, von der Politik ab. Nicht die 35 Franken Essensentschädigung – die reichen nämlich schon, wenn man ein bisschen schaut, was man isst und wo. Und wo eine überproportionale Erhöhung von der Bevölkerung wohl nicht goutiert werden würde.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Andreas. Erfreut stelle ich fest, dass sonst niemand das Wort wünscht zu diesem Geschäft. Somit erhält, falls gewünscht, direkt der Stadtpräsident das Wort.

Stadtpräsident M. Künzle: Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass das mit der Teuerungsanpassung, das ja auch wir vorgeschlagen haben, jetzt umgesetzt werden kann.
Wir hatten die Wahlbüros im Fokus, das habt Ihr in der Kommission gemerkt, es steht ja auch im Antrag. Und da wäre es sicherlich berechtigt gewesen, dass wir bei den Wahlbüros eine Anhebung machen. Sie haben das verdient, wenn man schaut, was sie an diesen Abstimmungswochenenden a) arbeiten und b) für eine Verantwortung haben. Es hat mich sehr gefreut vorhin, Franziska, dass unsere Wahlbüros «systemrelevant» sind. Ich bin gleicher Meinung. Es ist eine ganz wichtige Behörde und sie sorgt dafür, dass unsere Demokratie hochgehalten wird. Es ist für die Demokratie in der Schweiz eine ganz wichtige Behörde. Und deshalb sind wir der Meinung, wir müssen dort hinauf, wir müssen das höher ansetzen.
Dass man in diesem Zug, wie Ihr es vorschlägt, dann auch noch bei anderem nochmals darüber geht - dann sei es so. Danke.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Mike. Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen.
Der Modus ist folgendermassen: Wir stimmen zuerst über den Änderungsantrag ab. Da geht es quasi darum, ob Sie 40 oder 35 Franken für das Nachtessen haben möchten. Wer A drückt, möchte 40 Franken; wer B drückt, möchte 35 Franken.
Danach stimmen wir über alle anderen Artikel dieses AK-Antrags in globo ab und danach gibt es noch eine Schlussabstimmung über das ganze Geschäft.
Wir kommen also jetzt zur Abstimmung. Wie gesagt: A ist der Antrag der AK, B ist der Änderungsantrag der Grünen.
Abstimmungsergebnis: Mit 46:8 Stimmen bei 0 Enthaltungen haben Sie diesem Änderungsantrag der Grünen zugestimmt und es gibt 35 Franken für das Nachtessen.

Als zweite Abstimmung kommen wir zu allen übrigen Artikeln. Da es dort keine Änderungsanträge gab, mache ich beliebt, dass wir in globo über die restlichen Artikel abstimmen. – Da hat niemand etwas dagegen, wie ich sehe.
A = Zustimmung zu allen anderen Artikeln, B = Ablehnung aller anderen Artikel.
Abstimmungsergebnis: Mit 54:0 bei 0 Enthaltungen haben Sie einstimmig allen anderen Artikeln zugestimmt.

Jetzt müssen wir als Letztes noch eine Schlussabstimmung machen, nämlich über Ziffer 1, dass das Reglement geändert wird gemäss dem neuen Antrag und Ziffer 2, dass die Änderungen am 1. Januar 2026 in Kraft treten. Da möchte ich beliebt machen, dass wir in globo über Ziffer 1 und 2 abstimmen.
Wenn Sie dem Ganzen zustimmen möchten, drücken Sie A. Wenn Sie das Gesamtpaket ablehnen möchten, drücken Sie B.
Abstimmungsergebnis: Mit 54:0 bei 0 Enthaltungen ist das ebenfalls einstimmig, dass das Reglement geändert wird und am 1. Januar 2026 so in Kraft tritt.
Somit wäre das Geschäft beendet.
Ich sehe, dass nochmals eine persönliche Erklärung angemeldet worden ist, und zwar von Michael Gross (SVP).

M. Gross (SVP): Ich muss doch noch kurz etwas sagen zu diesem Geschäft, denn es sah jetzt etwas seltsam aus, dass nur die SVP für die 40 Franken ist… Wir haben nicht mal den Antrag gestellt für die 40 Franken! Aber diejenigen, welche den Antrag gestellt haben, hat wohl der Mumm verlassen. Das ist 6:5 in der AK durchgekommen und wir haben uns an die AK gehalten.
Es scheint jetzt, dass wir schon im Wahlkampf sind und dass wegen dieser 5 Franken die Leute das Gefühl haben hier drin, sie würden dann die Stimme der Bevölkerung nicht erhalten.
Weshalb haben wir das gemacht? Weil es in der Inflation einen Unterschied gibt, ob es ein Lohnbestandteil ist (dort kann man den Warenkorb nehmen) oder ob es eine Spesenpauschale ist für Gastronomie. Dort war die Inflation viel höher und deshalb hat dieser Antrag (der nicht von uns gekommen ist!) bei uns Unterstützung gefunden. Ich spreche nicht mehr länger, denn sonst ist das, was es jetzt weniger kostet, schon aufgefressen durch das, was wir hier an Zeit verbraucht haben. Danke vielmals.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Ich danke Dir für diese Erklärung. Somit kommen wir zum nächsten Traktandum.

6. Traktandum
Parl.-Nr. 2025.86: Verpflichtungskredit von Fr. 2'157'000 für zwei Ersatzbauten der Quartieranlage Gutschick-Mattenbach (Projekt-Nr. 5001250_13337)

Parlamentspräsident Ph. Weber: Verpflichtungskredit von Fr. 2'157'000 für zwei Ersatzbauten der Quartieranlage Gutschick-Mattenbach (Projekt-Nr. 5001250_13337). Vorgestellt wird das Geschäft vom Referenten der SBK, Marco Graf.

M. Graf (SBK): Ich darf Euch heute Abend das Geschäft Quartieranlage Gutschick-Mattenbach präsentieren.
Die Stadt Winterthur hat 14 Quartieranlagen im Eigentum des Departements Präsidiales. Dort gab es im Jahr 2019/2020 eine Bestandesanalyse mit einer Grobkostenschätzung. Die Umsetzung, welche der Sanierungsbedarf hervorbringt, ist für 2021 bis 2028 vorgesehen.
Diese Anlage befindet sich an der Scheideggstrasse, beim Win4-Areal. Die Bedeutung davon ist relativ wichtig: Wir haben dort 1'300 Nutzungen pro Jahr, in diesem Jahr gehen wir sogar

von bis zu 1'700 Nutzungen aus. Die Quartieranlage bietet einen extrem grossen Nutzen für die sozialen Aspekte. Sie wird auch gut genutzt für die Angebote des Quartiersvereins, Kinder- und Jugendarbeit, Mittagstisch, Spielgruppe, Kurse, Veranstaltungen, Vermietungen etc. Bei dieser Ansicht sieht man, wie gut die Anlage genutzt wird. Sie ist sehr intensiv in Betrieb. Die Ausgangslage dieser Anlage: Sie ist aus dem Baujahr 1976, baulich sehr veraltet und nicht mehr zweckmässig. Dazu kommen auch noch die fehlende Barrierefreiheit und der tiefe energetische Standard.
Das Ziel des ganzen Projekts ist eine zukunftsorientierte Infrastruktur mit modernen und flexiblen Quartierinfrastrukturen. Vor allem wichtig ist, dass das Quartierleben erhalten bleibt. Es ist vorgesehen, dass es nachher drei Gebäude sind mit einem gedeckten Dach, mit dem alles verbunden wird. Jedes Gebäude kann dann aber einzeln genutzt werden.
Hier sehen wir eine Visualisierung, wie das Ganze eingebettet ist dort im Quartier.
Die Instandsetzung ist am Gebäude links und rechts und in der Mitte gibt es einen Neubau. Zwischen den Gebäuden ist dann die Überdachung, diese Fläche kann man auch nutzen - für was auch immer.
Hier haben wir eine Visualisierung, wie das Ganze am Schluss aussehen könnte oder sollte.
Die Gesamtkosten dieses Projekts betragen momentan 4.768 Millionen Franken. Die Aufteilung der Kosten: Gebundene Kosten 2.361 Millionen, neue Ausgaben 2.407 Millionen Franken. Und heute befinden wir über 2.157 Millionen.
Die ursprüngliche Kostenschätzung war bei 2.55 Millionen im Jahr 2020. Die Stadt hat versucht, Einsparungen vorzunehmen. Man hat bei den sanitären Anlagen etwas einsparen können, mit der Flächenoptimierung, man hat Re-use-Materialien verwendet und den Verzicht auf eine Remise im Aussenbereich.
Da ist der zeitliche Ablauf ersichtlich. Die Projektierung war im 1. Quartal 2025 abgeschlossen. Das Baugesuch wird eingereicht, wenn wir heute befunden haben. Die Realisierung ist von Anfang 2027 bis Sommer 2028 vorgesehen und die Inbetriebnahme ist im Juni 2028 geplant.
Zu dieser ganzen Anlage hat man in der SBK einen Zusatzantrag: Die SBK beantragt zusätzlich 130'000 Franken für die Remise. Damit kommt man auf ein Total von 2.287 Millionen. Danke.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Marco. Somit starten wir in die Diskussion. Zuerst haben die Mitglieder der Stadtbaukommission das Wort. Zuerst hat sich gemeldet für die FDP-Fraktion: Romana Heuberger.

R. Heuberger (FDP): Vielen Dank, Marco, für die Präsentation dieser Vorlage.
Freizeitanlagen sind zentrale Begegnungsorte in unseren Quartieren und leisten einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenleben. Wir haben die Belegungsdaten der Freizeitanlage im Gutschick-Quartier genau angeschaut. Marco hat diese vorhin gezeigt: Da passt eigentlich kein Blatt mehr dazwischen. Es ist eindrücklich, wie stark diese Anlage ausgelastet ist und welche Arbeit der Quartierverein leistet. Für dieses Engagement dankt die FDP-Fraktion allen Freiwilligen, die sich da engagieren, sehr herzlich.
Die Anlage platzt aus allen Nähten und ist in einem sehr schlechten Zustand. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Dass sich die Kosten – inklusive der gebundenen Ausgaben, welche Marco jetzt nicht präsentiert hat - aber gemäss dem ursprünglichen Plan aber doch um einiges erhöht haben, muss uns ein bisschen zu denken geben. Und das ist ja leider nicht das erste Mal, dass die ersten Kostenschätzungen ziemlich daneben lagen. Was das für die Investitionsrechnung bedeutet, für die im Budget 2026 und in den Folgejahren doch einige Beträge eingestellt sind, macht mir ein bisschen Sorgen. Zudem ist heute schon klar, dass das Versprechen des Stadtrats aus dem Jahr 2021, als er sagte, dass er in 10 Jahren mit 10 Millionen 10 Quartieranlagen sanieren will, nie aufgehen wird.
Dass aber ausgerechnet bei der Anlage Gutschick auf eine Remise für das umfangreiche Material verzichtet werden soll, ist nur im Kontext der damaligen Versprechen zu verstehen. In

den Erwartungen, die man mit dem damaligen Versprechen vielerorts in vielen Quartiervereinen geschürt wurden. Und mit dem Signal, das man gegenüber den anderen Quartiervereinen aussendet, wenn man jetzt diese Anlage dermassen teuer sanieren würde.
Wir würden es begrüssen, wenn die Stadt bei überteuerten und unnötigen Strassenneubauten und verkehrstechnischen Umgestaltungen von Strassenräumen sparen würden. Oder bei den zahlreichen, oft wenig zielführenden Gutachten ein bisschen genauer hinschauen würde – statt dort zu sparen, wo Begegnung, Gemeinschaft und Lebensqualität entstehen.
Aber aufgrund des mittlerweile doch hohen Investitionsstaus der Stadt sind wir auch gezwungen, auch in der Investitionsrechnung Prioritäten zu setzen. Deshalb wird ein Teil der FDP-Fraktion dem zusätzlichen Antrag der Kommission nicht zustimmen. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die FDP-Fraktion der Meinung ist, dass die vorhandenen Mittel ja auch noch reichen sollen, um die Bedürfnisse der anderen Quartiervereine decken zu können.
Wir werden aber dem Antrag des Stadtrats, dem ursprünglichen Verpflichtungskredit, alle zustimmen. Vielen Dank.
K. Frei-Glowatz (Grüne/AL): Danke an Marco, auch von meiner Seite, für das Vorstellen des Geschäfts. Die Fraktion Grüne/AL begrüsst den Verpflichtungskredit von 2.157 Millionen ausdrücklich für die Ersatzbauten der QGM an der Scheideggstrasse 19. Das QGM käme, gäbe es ein solches, wahrscheinlich heute schon in das Guinessbuch der Rekorde der Quartieranlagen. Es ist nämlich die grösste stadteigene Quartieranlage. Seit Jahren verzeichnet sie über 1'000 Nutzungen pro Jahr (wir haben es schon gehört) und dieses Jahr werden über 1'700 erwartet. Sie ist ein Treffpunkt für alle Generationen mit Angeboten aller Art, Veranstaltungen etc. und das – auch das haben wir schon gehört – an 365 Tagen pro Jahr. Also, es ist ein hoher, ein unheimlich hoher sozialer Wert da. Und gerade für ein Quartier mit erhöhten sozialen Herausforderungen, aber auch für die ganze Stadt, ist die Wichtigkeit unbestritten.
Das neue Konzept überzeugt uns durchgehend, bis auf einen Wermutstropfen – dazu komme ich noch ganz am Schluss. Drei eigenständige Gebäude werden ausgerüstet mit einer eigenen Küche, nur zwei werden neu gebaut, und Toiletten (auch diese in jedem Gebäude angeordnet). Dies bietet viel Flexibilität und unabhängige Nutzungsmöglichkeiten. Kinder und Jugendliche und Erwachsene können sich so, falls gewünscht, in separaten Gebäuden treffen.
Auch die Nachhaltigkeit wurde im Projekt mitgedacht. Die bestehende Metall- und Holzbauweise wird weitergeführt. Sie ist ressourcenschonend, wartungsarm und langlebig. Wo immer möglich wird Re-use angewendet und somit entspricht das neue QGM mindestens ein Stück weit der Kreislaufwirtschaft. Auf die Dächer kommt PV und der sanierte Kopfbau bekommt neue Fenster und eine verbesserte Fassadendämmung, so dass man auch im QGM im Winter nicht mehr nach draussen heizen muss. Und – als Supplement für ein schon sehr tolles Projekt – wird als tolles Verbindungsglied dieser drei Baukörper ein sogenanntes japanisches Engawa gebaut. Ich spreche es wahrscheinlich falsch aus, aber ich habe das auch erst jetzt gelernt, dass man dem so sagt, es ist ein überdachtes Holzdeck. Das finden wir total gelungen und man sah es auch in der Visualisierung. Wenn es nur schon halb so schön wird, wie es gezeigt wurde, wird das sicher ein Juwel.
Jetzt aber noch zum Wermutstropfen im Aussenraum, zu dieser Remise. Mir ist Mani Matter eingefallen: «Was isch es Sandwich ohne Brot – s'isch nüt als Fleisch. Was isch es Sandwich ohne Fleisch – s'isch nüt als Brot.» Was so viel heisst: Zum einen gehört das andere zwingend dazu.
Also, zu einem qualitativ guten und lange Zeit nutzbaren Aussenraum gehört doch einfach eine Remise. Wir wissen alle, wie rasch Sitzplatzmobiliar oder Aussenspielzeug kaputt geht, wenn es im Wetter anstatt im Trockenen liegt. Und gerade wenn der Aussenraum und Spielplatz in Koordination mit dem Sportamt und Win4 erfolgt, muss es – so meinen wir - doch möglich sein, eine Remise zu finanzieren.
Auf dass das Gutschick-Sandwich dann auch wirklich auf einer trockenen Bierbank genossen werden kann bei der Einweihung. Vielen Dank.

M. Nater (GLP): Merci an Marco Graf für die Vorstellung des Geschäftes. Und ich begrüsse natürlich auch die Vertreter aus dem Quartier Mattenbach-Gutschick oder Gutschick-Mattenbach.
Das Quartierzentrum bildet das Herz des Quartiers und ist auch entsprechend wichtig für das Quartier. Wie auch schon gesagt wurde, ist es die grösste stadteigene Quartieranlage mit über 1'300 Nutzungen pro Jahr, das heisst pro Tag sind ungefähr 4 oder mehr Nutzungen. Die Angebote sind für alle Generationen und reichen von Quartierverein, Kinder- und Jugendarbeit, Mittagstisch, Spielgruppen, Kurse, Veranstaltungen, Vermietungen.
Das Projekt wird ein Mehrwert und ein Aufbruch für das Quartier sicherstellen und ein Zentrum sein, welches das Quartier verbindet. Hier hat ein guter Austausch bei der Planung stattgefunden und es wurde trotz begrenzter Finanzen eine gute Lösung erreicht.
Auch hat der Treffpunkt eine hohe Bedeutung für das friedliche Zusammenleben in einem multikulturellen Quartier. In diesem Quartier gibt es erhöhte soziale Anforderungen (gemäss Weisung) und genau darum ist der Nutzen auch für Gesamt-Winterthur besonders gross. Umso erstaunlicher war es nachher für die GLP, dass vor ein paar Wochen noch für die Zeit während dem Bau des Quartierzentrums noch keine definitive Ersatzlösung vorhanden war, welche einen Raum für die vielen Nutzungen während dieser Bauzeit bieten kann. Es ist also wichtig, dass die 1'300 Nutzungen pro Jahr nahtlos weitergeführt werden können. Vielleicht hat der Stadtrat schon heute mehr Informationen, da es aus unserer Sicht nicht geht, dass ein Quartierzentrum ein Jahr auf Sparflamme läuft.
Im Weiteren war für die GLP nicht verständlich und auch für das Quartier, wie wir gehört haben, wieso die Remise nicht gebaut werden soll. Daher haben wir von der GLP den Antrag eingebracht, diese Remise trotzdem zu bauen und die Streichung dieser 130'000 Franken zurückzuziehen. Wenn diese Remise gestrichen würde, würde das bedeuten, dass die Bänke für Veranstaltungen nicht sauber gelagert werden können, dass die Reinigung schwieriger ist, dass es keinen Stauraum gibt. In der Remise ist auch eine zusätzlichen WC-Anlage enthalten, was für das Betreiben des Quartierzentrums mit sehr viel Nutzen verbunden ist. Die Stadt hat also ein optimiertes Quartierzentrum geschaffen und im nächsten Schritt wird ein wichtiger Teil entfernt. Wir von der GLP begrüssen gerade in Winterthurer Bauprojekten Einsparungen, aber in diesem Fall hier wird man einfach die Baukosten mit einer Kostenverlagerung in den Betrieb schieben. Das wäre etwa das Gleiche, wie wenn eine Küche geplant wird und im Nachhinein werden alle Schränke wieder eingespart und aus dem Bauprojekt gestrichen. Das würde auch niemand machen.
Zu guter Letzt noch ein Wort zur Kreislaufwirtschaft. Wir sind froh, dass dies Eingang gefunden hat in die Planung und das sogar ein Gewinn dadurch möglich ist. Diese Erfahrungen sind sehr wertvoll für eine Stadt wie Winterthur, wo immer mehr Häuser saniert werden.
Die Nutzer von der neuen Quartieranlage Gutschick-Mattenbach sind daher sehr dankbar, dass der GLP-Antrag jetzt zu einem Kommissions-Antrag geworden ist, und dass die Streichung dieser Remise-Einsparung unterstützt wird und sie dadurch eine vollständige Quartieranlage erhalten.
Wir von der GLP stimmen dem Kredit mit dem Antrag zu.

A. Würzer (EVP): Danke, Marco, für die Präsentation. Wie man gesehen hat, ist die Quartieranlage Gutschick diskussionslos sanierungsbedürftig – und das mit einer aus unserer Sicht sehr hohen Dringlichkeit. Deshalb danken wir dem Stadtrat auch für das Projekt, das aus unserer Sicht insgesamt sehr gelungen daherkommt – ich kann mich da meiner Kommissionskameradin Kathrin Frei-Glowatz vollumfänglich anschliessen.
Das Quartier und die Quartierarbeit war uns von der EVP schon immer ein wichtiges Anliegen.
Es handelt sich, wie schon erwähnt, um die grösste der stadteigenen Quartieranlagen und mit knapp 1'300 Nutzungen pro Jahr auch um die am stärksten frequentierte. Trotzdem wollen wir festhalten, dass die Quartieranlage die vergangenen Jahre einen unfreiwilligen Schrumpfungsprozess durchlaufen hat.

Durch die Ausbreitung von Win4 ist definitiv keine Win-Win-Situation für alle Beteiligten entstanden. Es geht uns aber auch gar nicht darum, in diesem Fall zu kritisieren, was Win4 leistet. Vieles ist auch sehr, sehr gut. Es ist einfach eine nüchterne Feststellung, dass Aussenraum dieser Quartieranlage ersatzlos weggefallen ist. Aussenraum, den vor allem auch die vielen Jugendlichen aus dem Quartier als Aufenthaltsraum genutzt und geschätzt haben. Es ist klar: Der Raum wird an diesem Standort so nicht 1:1 ersetzbar sein. Und da nehme ich sehr gerne den Ratskollegen Benedikt Oeschger als Werbetrommelhauer-Vorbild: Auch aus diesem Grund haben wir eine kommunale Volksinitiative für das Gebiet Allmend Grüzefeld lanciert und danken herzlich für jegliche Unterstützung – ob in Gedanken oder auch nur schon finanzielle Beiträge sind willkommen.
Aber zurück zur Vorlage: Umso wichtiger ist es jetzt, dass man auf der verbliebenen Fläche das Bestmöglichste herausholt. Deshalb haben wir auch besonders kritisch, zusammen mit unseren GLP-Gspänli, auf die vollzogenen Kürzungen im Projekt geschaut, oder – wie es in der Weisung heisst – auf die konsequente Verzichtsplanung. Auch wenn wir dem Stadtrat dankbar sind, dass er möglichst haushälterisch mit den Kosten umzugehen versucht, so sind wir klar der Meinung: An diesem Ort, mit dieser Bedeutung und mit dieser Geschichte ist es falsch, hier den Rotstift anzusetzen. Gerade im Gutschick-Quartier ist der Zugang zu Freiraum und einer qualitativ hochwertigen Quartieranlage für das Zusammenleben und eine gesunde Quartierentwicklung entscheidend.
Wir danken deshalb der GLP für den Antrag, der ein Kommissionsantrag geworden ist. Hätten sie ihn nicht gestellt, hätten wir ihn gestellt. Wir unterstützen deshalb die Vorlage so, zusammen mit dem Kommissionsantrag. Besten Dank.

S. Gfeller (SP): Danke, Marco, für das Präsentieren. Wir sind hocherfreut, welche breite politische Unterstützung die Quartierzentren erfahren. Das ist also ganz schön! Danke Euch allen!
Das Quartierzentrum Gutschick-Mattenbach ist, wie schon gesagt, die am stärksten genutzte Anlage, das müssen wir nicht mehr wiederholen. Und wir haben auch gesehen: Die heutige Anlage ist alt, bedingt flexibel und längst an ihrer Belastungsgrenze. Man erkennt: Diese Investition ist keine Option, sie ist notwendig.
Das Projekt schafft endlich die räumliche Flexibilität, welche die vielseitigen Nutzungen brauchen. Damit stärken wir den sozialen Zusammenhalt und erhalten einen Ort, der für das Quartier identitätsstiftend ist. Auch wenn die Anlage aus unserer Sicht eher eine Minimallösung als ein Befreiungsschlag ist, so unterstützen wir das Vorhaben in einer Gesamtbetrachtung. Denn die Benutzenden, die vielen engagierten Helfer:innen und die gesamte Bevölkerung des Quartiers verdienen eine zeitgemässe Infrastruktur.
Wir unterstützen zudem den Zusatzkredit für die Remise, denn der Platz im Quartierzentrum ist begrenzt. Ein solcher Schopf kann helfen, das Hauptgebäude zu entlasten und schafft wertvollen Stauraum.
Wichtig ist für uns auch eine funktionierende Übergangslösung während des Umbaus. Ein Zeltbau, wie er als Beispiel präsentiert wurde, sehen wir nur für bedingt praktikabel. Wir hoffen, dass dort gute Lösungen kommen.
Wir müssen ausserdem endlich ehrlich über die Gesamtfinanzierung sprechen. Der Slogan mit den «10 Quartierzentren für 10 Millionen in 10 Jahren» war zwar sehr griffig, doch er passt einfach nicht mehr in die Zeit. Die Planungs- und Baukosten sind massiv gestiegen und auch die Bedeutung und Nutzung der Anlagen hat sich verändert. Wer heute weiter an der alten Zahl festhält, erzeugt eine künstliche Verknappung und spielt am Ende die Quartiere gegeneinander aus. Das wollen wir nicht. Wir wollen, dass die Stadt sinnvoll plant und bei der sozialen Infrastruktur nicht auf Kosten einzelner Quartiere spart.
Wir sagen Ja zum Verpflichtungskredit und zum Kommissionsantrag. Danke.

M. Graf (SVP): Es wurde eigentlich schon ziemlich alles gesagt. Es ist natürlich unbestritten, dass diese Anlage gemacht werden muss, das sehen wir natürlich genauso. Mit dieser Remise, dort sehen wir es aber ein bisschen anders. Und zwar mit folgender Begründung: Man

hat jetzt dort eine gute Anlage entworfen, die Dächer hat, wo alles Platz hat. Und jetzt investieren wir dort nochmals 130'000 Franken in diese Anlage. Und die nächste Quartieranlage, wo etwas gemacht werden sollte, muss dann einfach den Kürzeren ziehen. Das finden wir nicht in Ordnung. Dort fragen wir schon die linke Seite, was denn da der soziale Gedanke dahinter ist, einfach für einen so viel auszugeben und die anderen können dann schauen, was noch übrigbleibt. Danke.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Diese Quartieranlage wird tatsächlich rege und gut genutzt. Das zeigt auch die Vertretung, die heute Abend hier ist aus dem Quartier. Ihr setzt Euch für das Quartier ein, auch in dieser Anlage. Herzlichen Dank, dass Ihr da seid für die Leute, dass Ihr diese Anlage füllt und für das Leben nutzt.
Ja, diese Anlage braucht eine Aufwertung. Es ist ein wichtiger Treffpunkt für das Quartier. Und wie gesagt, die Auslastung ist permanent hoch. Und die Anlage ist tatsächlich in die Jahre gekommen. Wir haben dank der EVP dort ja auch einmal als Parlament zu Gast sein können bei einer Wahlfeier von jemandem und durften dort 1:1 erleben, wie es dort aussieht. Gleichzeitig haben wir aber auch die städtischen Finanzen, die wir im Auge haben müssen. Und ja, man tut es jetzt als Slogan ab. Wir haben 14 Quartieranlagen in Winterthur. Und man möchte dort, wo es nötig ist, sanieren. Und man hat einmal ein Kostendach definiert. Ob man das einhalten kann oder nicht, wird sich zeigen, aber ein Ziel zu haben, ist sicher immer gut. Und dass jetzt die einen Fraktionen sagen, ja nein, hier in diesem Fall wollen wir nicht sparen, das verstehe ich. Die anderen Fraktionen, die zum Teil sagen, ja grundsätzlich sparen sollten wir schon, aber nicht hier – da muss ich doch fragen: Ja, wo sparen wir dann? Wenn wir die Traktandenliste heute anschauen, haben wir total 100 Millionen Investitionen, die wir heute besprechen, wenn wir beim Alterszentrum Oberi nicht nur die Projektierung anschauen, sondern dann auch die Umsetzung später. 100 Millionen – und wir wollen nicht sparen.
Der Stadtrat hat gemerkt, dass bei diesem Projekt, bei dieser Quartieranlage, die Kosten höher wurden als ursprünglich geplant. Er hat eine Verzichtsplanung gemacht, oder eine Sparübung. Ich gehe stark davon aus, dass das zusammen mit den Betreibenden gemacht wurde. Die Quartieranlage wird grösser als sie früher war, aber nicht ganz so gross, wie sie in den Planungsschritten einmal gedacht wurde. Die Remise soll unter anderem wegfallen. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Planenden darauf geachtet haben, dass die Sachen, die man braucht, die man in dieser Remise lagern wollte, jetzt an einem anderen Ort lagern kann und nichts im Regen draussen stehen muss.
Man könnte auch bei Mani Matter weiterstudieren und sagen, ein Sandwich ohne Fleisch ist besser für das Klima, weil es weniger graue Energien in den Bauten hat. Ein Sandwich ohne Fleisch ist auch gut für das Portemonnaie.
In dem Sinn: Die Mitte/EDU-Fraktion unterstützt den Stadtratsantrag, ohne die Änderung der Kommission.

Stadtpräsident M. Künzle: Es kommt auch aus unserer Küche. Ich kann einfach so viel sagen: Wir sind eine wachsende Stadt. Und in einer wachsenden Stadt haben die Quartiere eine immer grössere Bedeutung. Und die Freizeitanlagen in diesen Quartieren, deren Bedeutung steigt eben auch noch mehr.
Und deshalb – ich halte immer noch an dem Slogan fest: 10 Jahre, 10 Millionen. Und da mussten wir ein bisschen darauf schauen bei den einzelnen Anlagen. Schon die ersten beiden waren teurer als eigentlich abgemacht. Aber wir wollten, dass man die Freizeitanlagen jetzt wirklich angeht. Es wäre schnell entschieden gewesen, einfach zu sagen, das ist nicht so wichtig. Nein, wir sind im Gegenteil der Meinung, es ist enorm wichtig. Alle Freizeitanlagen, die wir haben in der Stadt.
Aber wenn es eine hat, welche absolut wichtig ist für das Quartier, dann ist es die im Gutschick. Das Gutschick hat verdient und hat es nötig, dass es eine solche Quartieranlage hat. Wir wissen es vom Scanning über die ganze Stadt, dass dort nicht immer einfache Situationen herrschen. Und wer schon einmal an einem normalen Samstagnachmittag über die Anlage im Gutschick gegangen ist… Wie es gesagt wurde: Kein Blatt hat mehr Platz. Es hat so

viele Leute und so viele Veranstaltungen und parallele Veranstaltungen, dass wir gar nicht darum herumkommen, dort etwas Richtiges hinzustellen.
Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt, weil es eine der wichtigsten ist von diesen 14 Anlagen, welche wir bei uns im Portfolio haben.
Hinter einer solchen Quartieranlage steht ein Quartierverein. Und hinter dem Quartierverein stehen seine Mitglieder. Seine Mitglieder, und das kann man nicht häufig genug unterstreichen, das ist Freiwilligenarbeit. Also die Leute, die dort hinten sitzen (ich gehe davon aus, die meisten davon) haben keinen Lohn aus dieser Anlage, sondern sie sind Mitglieder in diesem Quartierverein und haben eine Aufgabe im Zusammenhang mit dem Gutschick, mit dieser Freizeitanlage. Und das müssen wir auch mitnehmen: Es braucht solche Leute, damit eine solche Anlage überhaupt betrieben werden kann.
Vielleicht noch etwas zum Aussenraum: Auf den Aussenraum haben wir schon geschaut. Natürlich ist die Tennishalle von Win4 ziemlich nah gekommen. Aber wir haben mit ihnen auch Kompromisse gesucht – und ich denke auch gefunden. Auf der einen Seite wird die Fläche, welche verloren geht, in eine andere Richtung angehängt. Es gibt also Ersatz. Und das Dach der Tennishalle haben sie tiefer gesetzt, damit der Übergang nicht so abrupt und brutal ist. Also man hat da aufeinander geschaut und hat das Beste herausgeholt, damit wir jeden Quadratmeter, sowohl für den Sport wie auch für die Freizeitanlage, nutzen können.
Und die Remise, das war wirklich so, wie es geschildert wurde. Wir mussten uns überlegen im Rahmen der Gesamtüberlegungen, ob es die Remise braucht oder nicht. Wir machen jedes Mal bei den Freizeitanlagen auch Verzichtsplanungen, damit die Kosten im Griff bleiben. Und meiner persönlichen Meinung nach hätte man die Remise auch anders in den nächsten Jahren erstellen können - und vielleicht nicht für 130'000 Franken.
Aber insgesamt: Ich bin froh, wie gut das Geschäft aufgenommen worden ist, wie gut es Unterstützung bekommt aus allen Fraktionen. Das freut mich. Und ich hoffe, dass es auch mit den anderen Freizeitanlagen so weitergehen wird. Danke vielmals.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Mike. Somit sind wir abstimmungsreif. Es gibt zwei Abstimmungen. Zuerst stimmen wir ab über die Erhöhung, welche von der SBK beantragt wird, über die plus 130'000 Franken. Als Zweites gibt es die Schlussabstimmung über den Kredit, entweder über den ursprünglichen oder dann über den höheren.
Ihr seht vorne schon die erste Abstimmung, bei der es um den Erhöhungsantrag geht.
Mit A stimmt Ihr der Erhöhung zu, mit B lehnt Ihr sie ab.
Abstimmungsergebnis: Mit 38:17 Stimmen bei 0 Enthaltungen habt Ihr dem Erhöhungsantrag zugestimmt.

Jetzt muss auch noch die zweite Abstimmung gewonnen werden, damit Ihr dort hinten feiern könnt. Jetzt geht es um das gesamte Geschäft, um die Schlussabstimmung über den Kredit, der jetzt erhöht ist und 2.287 Millionen beträgt.
Wenn Ihr diesen als Gesamtes annehmen möchtet, drückt Ihr A. Wenn Ihr ihn ablehnen möchtet, drückt Ihr B.
Abstimmungsergebnis: Mit 55:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen ist dieser Kredit einstimmig durch.
Jetzt dürft Ihr ausnahmsweise jubeln.

Somit ist dieses Geschäft abgeschlossen. Und auch wenn ich Angst habe, dass wenn wir 13 Minuten länger Pause machen, dass das Geld definitiv nicht reicht, um noch einen Snack oder einen Glühwein dazu zu nehmen, schlage ich vor, dass wir die Sitzung an dieser Stelle schon unterbrechen. Ich wünsche Euch «en Guete» und wir treffen uns wieder um 20 Uhr.

Nachtessenspause.

7. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.63: Projekt-Nr. 5021360, Übertragung der Halle 53, Kat.Nr. ST10358, vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen der Stadt Winterthur – Verpflichtungs- und Nachtragskredit von je Fr. 4'083’300

Parlamentspräsident Ph. Weber: Projekt-Nr. 5021360, Übertragung der Halle 53, Kat.Nr. ST10358, vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen der Stadt Winterthur – Verpflichtungs- und Nachtragskredit von je Fr. 4'083'300. Das Geschäft wird vorgestellt von der Referentin der AK für dieses Geschäft: Marilena Gnesa.

M. Gnesa (AK): Ich darf Ihnen heute Abend das Geschäft 2025.63 vorstellen. Es geht um die Übertragung der Halle 53 vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen der Stadt Winterthur. Es ist ein Verpflichtungs- und ein Nachtragskredit von je 4.0833 Millionen Franken. Ich werde etwas zur Vorgeschichte sagen, zur vorgesehenen Widmung gemäss Weisung des Stadtrates, dann zu den weiteren Schritten und ganz kurz zur Behandlung in der Aufsichtskommission.
Zur Vorgeschichte: Im Jahre 2015 erwarb die Stadt Winterthur die Halle 53 am Katharina Sulzer-Platz von der Implenia AG zu einem Kaufpreis von 1 Million Franken ins Finanzvermögen mit dem Zweck, einen Veranstaltungsort mit überregionaler Ausstrahlung zu realisieren.
Nach einer Machbarkeitsstudie wurde im Jahre 2017 eine zweistufige, öffentliche Ausschreibung zur Findung einer Trägerschaft und Nutzungskonzeption durchgeführt. Es sollte eine lebendige und attraktive Nutzung für das Umfeld, die Stadt und die Region Winterthur gefunden werden, eine nationale Ausstrahlung wäre wünschenswert.
Den Zuschlag erhielt im Jahre 2018 das «Team 1» (Beat Rothen AG, Denkstatt sàrl, Michael Hauser GmbH). Das Siegerteam gründete dann als Trägerschaft die «Halle 53 GmbH», welche die Halle betreiben und für die Finanzierung einen Investor suchen sollte.
Die SISKA Immobilien AG hat den Mietvertrag der damals gegründeten «Halle 53 GmbH» per 1. Oktober 2022 als Investorin übernommen. Das Mietobjekt darf nur als Eventhalle gemäss Jurybericht 2018 und damit verbundenen Nutzungen gebraucht werden. An dieser Absicht hat sich seit dem Kauf 2015 also nichts geändert.
Die Halle 53 (Baujahr 1891) hat eine Grundfläche von rund 5’500 m^2 und befindet sich in der Zentrumszone 7 (Z7) mit Gestaltungsplanpflicht.
Es liegt auch bereits ein Gestaltungsplan vom 8. Dezember 2001 vor, der die Schutzwürdigkeit der Halle 53 festlegt. Die Schutzwürdigkeit bezieht sich vor allem auf die Fassade und die Volumetrie.
Stand heute: Heute dient die Halle 53 temporär als Parkhaus.
Die Halle befindet sich in einem schlechten baulichen Zustand und es besteht dementsprechend ein grosser Sanierungsbedarf. Die geschätzten Kosten dafür liegen bei 15 Millionen Franken.
Es geht dabei darum, nur die notwendigsten und wichtigsten baulichen Massnahmen zu machen, um damit die Halle 53 als Kalthalle instand zu stellen, es soll ein Rohbau gemacht werden (also z.B. Fensterersatz, Dachkorrosionsschutz). Dabei handelt es sich um gebundene Ausgaben, da diese notwendig sind für den Erhalt der Halle.
Der Ausbau erfolgt dann aber, nach der Instandstellung durch die Stadt, durch die Investorin selbst, ohne Kostenbeteiligung der Stadt.
Zu sagen ist noch, dass diese Instandstellung notwendig ist, um die Halle überhaupt erhalten zu können, weil die Halle wirklich in einem ganz schlechten Zustand ist.
In der Weisung des Stadtrates wird der Übertrag der Halle 53 vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen beantragt, die sogenannte Widmung. Die Zuordnung musste aufgrund von übergeordneten rechtlichen Grundlagen überprüft werden.
§ 121 Abs. 2 Gemeindegesetz sieht vor, dass die Vermögenswerte in Finanz- und Verwaltungsvermögen gegliedert werden. Das Finanzvermögen umfasst die Vermögenswerte, die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert werden können. Das

Verwaltungsvermögen umfasst die Vermögenswerte, die unmittelbar der öffentlichen Aufgabenerfüllung dienen.
Die Umwandlung vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen gilt als Ausgabe. Bei der Umteilung wird der aktuelle Buchwert der Liegenschaft vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen übertragen (§ 133 Abs. 1 GG). Der aktuelle Buchwert beträgt 4'083'300 Franken und für diesen Übertragungswert ist eine Ausgabenbewilligung nötig.
Die Umwandlung führt zu einer Verminderung des Finanzvermögens und muss gemäss Verordnung zum Gemeindegesetz als Verpflichtungskredit beschlossen werden. Für die Bewilligung von Verpflichtungskrediten ist gemäss Gemeindeordnung das Stadtparlament zuständig.
Hinweisen möchte ich noch auf das Merkblatt des Gemeindeamtes Zürich, wonach auch ein mögliches Baurecht, das im Rahmen einer öffentlichen Aufgabenerfüllung oder aufgrund öffentlicher Interessen eingeräumt wird, dazu führt, dass das baurechtsbelastete Grundstück im Verwaltungsvermögen zu führen und zu bilanzieren ist.
Zum vorgesehenen Verwendungszweck habe ich schon vorher etwas erwähnt. Die Halle 53 soll ausdrücklich kulturellen und gesellschaftlichen Zwecken dienen. Es ist vorgesehen, daraus eine Eventhalle mit überregionaler Ausstrahlung zu machen; unter Beachtung des Denkmalschutzes. Man muss einfach darauf achten, dass diese Halle, also die Hülle und die Volumetrie, unter Schutz stehen.
Die Baurechtsnehmerin oder Mieterin muss diese Zweckbestimmung zwingend einhalten, das ist so im Vertrag vorgesehen.
Nach dem eben Gesagten erfüllt die Halle 53 eine öffentliche Aufgabe im Sinne von § 121 Abs. 4 GG. Die Übertragung ins Verwaltungsvermögen durch das Stadtparlament mittels Kreditbeschluss ist gemäss Weisung des Stadtrates zwingend.
Als weitere Schritte sind folgende vorgesehen: Ist die Übertragung der Halle 53 vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen bewilligt und der Beschluss rechtskräftig, erfolgt die Planung und die Realisierung der Instandsetzung (durch die Stadt Winterthur). In einem zweiten Schritt würde dann die Investorin, die SISKA Immobilien AG, die einen langfristigen Mietvertrag besitzt, den Ausbaus des Rohbaus zu einer Eventhalle planen und finanzieren (auf ihre eigenen Kosten). Für diesen letzten Punkt ist eben die Übertragung der Halle vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen erforderlich – und das ist das, was der Stadtrat in der Weisung beantragt.
In der Aufsichtskommission wurde das Geschäft «Widmung der Halle 53 vom Finanz- zum Verwaltungsvermögen» an drei Lesungen behandelt. Es wurde ziemlich intensiv diskutiert, dazu hören wir bestimmt in den folgenden Voten noch etwas.
Das Geschäft wurde in der AK mit 6:5 Stimmen abgelehnt.
Das war meine Präsentation. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Marilena. Somit starten wir in die Diskussion, als Erstes sind die Mitglieder der Aufsichtskommission an der Reihe. Und als Erster hat sich gemeldet Samuel Kocher (GLP).

S. Kocher (GLP): Die vorliegende Weisung des Stadtrats zur Übertragung der Halle 53 vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen lehnen wir ab.
Gerne möchte ich den Entscheid noch ein bisschen tiefer begründen.
Die Sanierung der Halle 53 ist unabhängig von ihrer vermögensrechtlichen Zuordnung möglich. Die dringend erforderlichen Instandsetzungsarbeiten wie Korrosionsschutz, Fensterersatz und Dachsanierung können auch im Finanzvermögen durchgeführt werden. Eine Widmung ist dafür nicht Voraussetzung.
Zum jetzigen Zeitpunkt liegt uns kein bekannter Vertrag vor, der die geplante kulturelle, gastronomische und arbeitsbezogene Nutzung sicher und langfristig garantiert. Ohne klare und transparente Vereinbarung besteht das Risiko, dass die Stadt später in eine finanzielle Verantwortung gedrängt wird, wie zum Beispiel durch neue Subventions- oder Investitionsforderungen.

Mit der Widmung würde die Stadt gleichzeitig eine neue öffentliche Aufgabe begründen. Dies kann weitreichende finanzielle und organisatorische Folgen haben, insbesondere, wenn sich die geplante Nutzung nicht wie erwartet realisieren lässt. Die Stadt würde sich damit inhaltlich verpflichten, ein kulturelles Angebot zu schaffen, zu finanzieren und zu unterhalten.
Zudem: Im Finanzvermögen bleibt die Stadt handlungsfähig. Auch kulturelle Nutzungen sind möglich, ohne dass eine formelle Widmung erfolgt. Dies erlaubt eine pragmatische Weiterentwicklung des Projekts, ohne sich frühzeitig festzulegen oder rechtlich zu binden.
Eine spätere Rückwidmung ist rechtlich sowieso komplex und politisch schwer vermittelbar. Die Stadt würde sich mit der Widmung auf einen Weg festlegen, der nur mit erheblichem Aufwand und Unsicherheiten revidierbar wäre.
Die Gespräche mit der Investorin sind noch nicht abgeschlossen. Es fehlt ein konkretes Nutzungskonzept, das die Voraussetzungen für eine Widmung erfüllt. Eine solche Entscheidung sollte erst getroffen werden, wenn vollständige Klarheit über die zukünftige Nutzung und die entsprechende vertragliche Absicherung besteht.
Zusammenfassend halten wir fest, dass wir die Idee einer vielfältigen Nutzung der Halle 53 mit Kultur, Gastronomie und Arbeitsplätzen unterstützen. Aber wir sind überzeugt, dass dieser Ansatz weiterzuentwickeln auch ohne die beantragte Widmung möglich ist. Die Stadt soll die Gespräche mit der Investorin weiterführen und erst dann über eine Widmung entscheiden, wenn ein tragfähiges Konzept vorliegt. Besten Dank.

F. Kramer-Schwob (EVP): Ich glaube, wir sind uns im Parlament weit einig, dass wir uns eine belebte Halle 53 wünschen, zum Beispiel mit Kultur, Gastro, Events, vielleicht auch etwas Bildung.
Nicht einig geworden sind wir uns über den Weg dazu. Verschieben wir die Halle ins Verwaltungsvermögen, schaffen wir eine neue öffentliche Aufgabe. Wir schaffen uns als Winterthurerinnen und Winterthurer eine neue Aufgabe. Und nach Meinung der EVP sollten wir damit sehr zurückhaltend sein. Wir haben schon relativ viele grosse Aufgaben, schöne Aufgaben, wichtige Aufgaben und auch teure Aufgaben. Und neue Aufgaben brauchen immer Ressourcen, auch finanziell. Wir wissen, wir haben da nicht so viel Spielraum. Und dort, wo wir frei sind zu entscheiden, sind wir für Vorsicht. Wir haben als Stadt schon sehr viele Aufgaben und raten davon ab, noch mehr zu schaffen - und dann später zu schauen, wie wir die finanzieren.
Wir lehnen den Antrag deshalb ab. Wir sind gleichzeitig aber ganz klar dafür, dass die Stadt SISKA Immobilien ein Baurecht einräumt, damit die SISKA möglichst bald ein Projekt realisieren kann. Und auch die nötigen Sanierungen sind selbstverständlich zu machen.
Die SISKA soll den Bedarf von Winterthur abklären können und etwas schaffen, das dann auch funktioniert. Vielleicht muss sie dafür auch nochmals die Nutzung abklären. Und wir hoffen, dass im Baurechtsvertrag dann der SISKA auch die Freiheit eingeräumt wird, weit zu denken und etwas zu machen, das sich bewähren wird. Wir sind dafür, dass SISKA Immobilien grossen Spielraum erhält, um etwas Gutes für unsere Stadt zu machen; mit Kultur und Events, vielleicht ein bisschen Gewerbe, Büros, Bildung oder Gastro. Danke vielmals.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Die Halle 53 hat schon eine lange Geschichte. Persönlich hatte ich, notabene damals noch nicht im Gemeinderat, schon keine Freude, als die Stadt 2015 die Halle für eine Million gekauft hat. Auch wenn ich damals mehrmals gehört habe, es werde die Steuerzahlenden nicht mehr als die Million kosten. Zwei Jahre später, damals war ich dann im Gemeinderat, erfolgte die Ausschreibung des Wettbewerbs. Gewonnen hat das Projekt Rothen mit einer breiten Abstützung und Verbindung der Nutzung. Es sah vor: Kultur, Gastronomie und Arbeit.
Die Mitte/EDU-Fraktion findet es gut, wenn die drei Bereiche Kultur, Gastronomie, Arbeit weiterhin möglich sind. Wir wollen an diesen Bereichen festhalten und einem Investoren, also der SISKA, den notwendigen Handlungsspielraum offenlassen. Eine Verschiebung in das

Verwaltungsvermögen ist für uns deshalb jetzt nicht angezeigt. Zudem wollen wir keine potenziellen Grundlagen schaffen für weitere finanzielle Verpflichtungen der Stadt. Das haben wir bereits mehrmals von den Vorrednerinnen und -rednern gehört.
Wir wissen ja bereits: Die anstehenden Instandhaltungskosten der Halle 53 sind 15 Millionen. Und es somit bereits jetzt klar: Der Steuerzahler zahlt mehr als die ursprüngliche versprochene Million.
Die Mitte/EDU-Fraktion lehnt die Umwidmung der Halle 53 ins Verwaltungsvermögen ab. Wir erwarten aber vom Stadtrat, dass er mit der SISKA einen auch für die Steuerzahlenden guten Vertrag unterzeichnet und die Instandhaltung der Halle zügig vorantreibt, damit die SISKA ihr Projekt möglichst zeitnah umsetzen kann und so die Bevölkerung - wenn schon nicht mehr vom schönsten Parkhaus – so doch von einem attraktiven diversen Angebot profitieren kann.

M. Zundel (Grüne/AL): Die Halle 53 wird ziemlich sicher das letzte Kernstück sein, welches beim neuen, alten Sulzerareal fertig gebaut wird.
Schon beim Erwerb der Halle im 2015 oder beim Abschluss des Mietvertrags 2019 hätte man die Halle ins Verwaltungsvermögen übertragen können und der Kultur widmen. Jetzt haben wir das Jahr 2025 und wir könnten endlich unsere Hausaufgaben nachholen.
Für uns als Grüne/AL gibt es keinen Zweifel, dass eine Kulturhalle mit weiteren Nutzungen in diesem hochattraktiven Quartier mit der Nähe zum Bahnhof ein grosser Gewinn für die Stadt Winterthur sein wird.
Die Halle wird wegen dieser buchhalterischen Angelegenheit ziemlich sicher nicht schneller fertig gebaut sein, jedoch habe wir dann endlich mal klare Tatsachen geschaffen. Interessanterweise haben wir ja auch aus den vorangehenden Voten herausgehört, dass eine Zuteilung zur Kultur eigentlich erwünscht ist.
Die Grüne/AL stimmt dem Antrag zu. Weiteres folgt dann noch von einem Kollegen, welcher etwas mehr von Kultur versteht als ich.

M. Gross (SVP): Die SVP unterstützt den Ablehnungsantrag der Aufsichtskommission. Was das aber heisst, wissen wir ja nicht seit der letzten Sitzung… Ich bin gespannt, wie die Leute abstimmen.
Grundsätzlich sind die Argumente schon gemacht, ich muss nicht alles wiederholen. Im Gegensatz zu den Grünen glauben wir, dass eine selbsttragende Nutzung statt einer zusätzlichen Belastung für die Stadtfinanzen wichtig ist, auch für die Halle wichtig ist, weil die Stadtfinanzen sonst schon sehr viele Sachen tragen müssen.
Der zweite Punkt, den wir haben, ist eine offene Nutzung statt eine einseitige Zweckbindung. Eine jetzige Zweckbindung zugunsten der Kultur ist unnötig und verbaut nur mögliche alternative Nutzungen. Die Halle eignet sich grundsätzlich, und das möchten wir auch nicht in Abrede stellen, für Kultur oder eine gemischte Nutzung, aber man sollte das doch offenhalten und nicht jetzt schon alles verbauen, wenn man noch nicht weiss, was mit dieser Halle passiert.
Und aus unserer Sicht ist kein Aktivismus oder Aktionismus nötig, dass man es jetzt überträgt. Es bringt keine Vorteile und keine Nachteile (ausser die einseitige Zweckbindung), aber es bringt keine Vorteile, wenn man es jetzt überträgt, man kann genauso gut weiterplanen. Von daher hoffen wir, dass jetzt alle so abstimmen, wie sie in der Kommission abgestimmt haben, dann sollte das gut kommen.

M. Gnesa (SP): Ich habe es schon vorher in der Präsentation erwähnt: Schon beim Kauf der Halle im Jahr 2015 sah die Stadt eine Nutzung des Gebäudes für Kulturveranstaltungen und überregionale Veranstaltungen vor. Und auch das Siegerprojekt aus dem Wettbewerbsverfahren sah eine Verbindung von Nutzungen aus den Bereichen Kultur, Gastronomie und Arbeit. Im Mietvertrag wurde dasselbe vereinbart, also eine Eventhalle mit kultureller Nutzung. Eigentlich hätte die Halle bereits beim Kauf 2015 und der genannten vorgesehen, bezweckten Nutzung dem Verwaltungsvermögen zugeteilt werden müssen. Es handelt sich also nach

unserer Ansicht um eine buchhalterische Angelegenheit. Es geht darum, dass ein Vermögenswert dem richtigen Vermögen zugeteilt wird.
Nach wie vor ist eben die kulturelle Nutzung der Halle 53 vorgesehen, daran hat sich nichts geändert. Dabei handelt es sich um öffentliche Interessen, also um kulturelle und gesellschaftliche Interessen. Geht man von den genannten Zwecken aus, so haben wir es mit der Erfüllung von öffentlichen Aufgaben zu tun. Und folgerichtig wäre die Zuteilung zum Verwaltungsvermögen, eigentlich rechtlich gesehen zwingend.
Auch mit der Widmung wird der Handlungsspielraum der Stadt nicht geschmälert, davon sind wir überzeugt. Es geht wirklich darum, dass man die Halle der richtigen Vermögensmasse zuteilt. Und es geht nicht um eine Verschmälerung des Handlungsspielraums der Stadt. Und es ist auch nicht ersichtlich, weshalb die Stadt mit dieser Widmung zusätzliche Verpflichtungen eingehen sollte. Es geht wie gesagt nur um die richtige Vermögenszuteilung.
Dass die Sanierung, die notwendige und dringende Sanierung, unabhängig ist von der Zuteilung zum Finanz- oder Verwaltungsvermögen und rasch gemacht werden muss, das ist richtig. Aber es handelt sich um eine imposante, denkmalgeschützte Baute unweit vom Hauptbahnhof auf dem ehemaligen Sulzerareal Stadtmitte, die frühere Giessereihalle. Das ist wirklich eine herausragende Zeitzeugin der Industriegeschichte. Und wir als Fraktion finden es sehr wichtig, dass diese Halle, wie der Stadtrat es seit dem Kauf im Jahr 2015 konsequent vorsieht, für kulturelle Anlässe zugunsten der Bevölkerung genutzt wird. Und wir sind der Meinung, dass die Zuteilung zum Verwaltungsvermögen bei dieser Ausgangslage folgerichtig ist.
Für die SP-Fraktion ist die Realisierung von kulturellen Nutzungen in der Halle 53 sehr zu begrüssen und unbedingt weiter zu verfolgen. Wir stimmen dem Antrag des Stadtrates aus diesem Grund zu.

R. Tobler (FDP): Die FDP lehnt den Antrag des Stadtrats ebenfalls ab. Michi, Du kannst Dich glücklich schätzen. Die Begründung ist sehr einfach, wie die einen oder anderen schon gesagt haben: Wir wollen nicht, dass die Immobilie, bevor überhaupt klar ist, was damit passiert, in den Aufgabenbereich der Stadt verschoben wird. Nach dem aktuellen Stand ist das auch überhaupt nicht zwingend, man hätte die Zeit vielleicht besser schon mal in die Sanierung investiert. Die Immobilie kann problemlos weiterhin im Finanzvermögen bleiben.
Und der Wunsch ist schon, dass die Immobilie so schnell wie möglich hergerichtet wird, damit nachher – wie das genannt wurde – die Investorin (welche da vermutlich nicht sehr viel Geld herausziehen wird, sondern einen guten Nutzen macht an der Stadt Winterthur) entsprechend weiterarbeiten kann. Und sobald dann klar ist, was in diesem Projekt genau passiert, wie es umgesetzt wird und wann und was und wie die Beträge aussehen, kann man immer noch über eine allfällige Verschiebung entscheiden. Und bis dahin ist das überhaupt kein Thema aus unserer Sicht.
Und warum das so ist: Eine heutige Verschiebung in das Verwaltungsvermögen bringt keine Vorteile, es ist nicht notwendig. Aber sie würde, und das wurde auch schon genannt, das Risiko mit sich bringen, dass die Stadt sich unter Umständen weitere Aufgaben aufhalst, für den Betrieb, für den Unterhalt, für was auch immer. Und auf einmal dann – als Überraschung! – weitere Gelder gebraucht werden. Und das wollen wir klar ablehnen.
Aus diesem Grund folgen wir da selbstverständlich dem Antrag der AK. Danke.

B. Kellerhals Vogel (Grüne/AL): Als Mensch der Kultur muss ich mich bei dieser Debatte doch auch noch zu Wort melden.
Winterthur gilt ja als Kulturstadt, darauf darf man ruhig stolz sein. Winterthur ist aber nicht in erster Linie aus dem Grund eine Kulturstadt geworden, weil sie besonders grosszügig mit Subventionen die Kultur fördern würde, sondern weil es hier eine wunderbare Tradition gibt, dass wohlhabende Winterthurerinnen und Winterthurer immer wieder namhaft Geld in die Kultur investiert haben. Natürlich sind die Kultursubventionen der Stadt für viele Betriebe ganz wichtig und existenziell, aber man darf auch sagen, dass die Stadt sich oft eigentlich auch mit privaten Federn schmückt.

Allerdings kommt ihr eine sehr wichtige Aufgabe zu: Die Stadt sorgt für gute Rahmenbedingungen, so dass die Kultur erblühen kann. Und genau darum geht es in dieser Vorlage: Die Stadt schafft mit dieser Übertragung ins Verwaltungsvermögen die Voraussetzung, dass überhaupt Kultur entstehen kann in der Halle 53. Und sie gibt damit ein ganz wichtiges Commitment ab: «Ja, wir möchten definitiv, dass dort Kultur stattfindet», und gibt so auch der SISKA Immobilien AG Klarheit, wie sie weiterplanen kann.
Die Halle 53 hat wirklich mehr verdient, als ein Parkhaus zu sein. Es bietet sich die einmalige Chance, dort einen spannenden Ort u.a. für Kultur zu schaffen, mit einer Ausstrahlung weit über Winterthur hinaus. Die Lage ist – wir haben es gehört - sehr attraktiv, zentral beim Bahnhof, in einem aufstrebenden, lebendigen, neuen Quartier. Die Halle hat Winti-DNA, weil sie den Charme der alten Industriestadt verkörpert. Das Musikkollegium hat mit seinem fantastischen «Grand-Rituel»-Festival vor dreieinhalb Jahren bewiesen, dass diese Halle ein lebendiger neuer Kulturort werden kann, ein Begegnungsort für alle, für Alt und für Jung. Heute könnten wir einen Schritt vorwärtsmachen, damit diese Chance genutzt werden kann.
Leider habe ich aus den Voten der rechten und mittleren Ratsseite sehr viel Angst herausgehört. Aber Angst, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist kein guter Ratgeber. Mit der Annahme dieser Vorlage wird schliesslich de facto im Moment kein Rappen ausgegeben. Eine Ablehnung aber wäre ein destruktives und mutloses Signal an die Kultur in Winterthur. Liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Sparallianz-Parteien, überlegt Euch gut, ob Ihr das wirklich wollt. Wer zur Kulturstadt Winterthur steht, stimmt dieser Vorlage zu! Danke.

R. Tobler (FDP): Ja, da muss ich noch etwas sagen, obwohl ich natürlich schon wirklich Angst habe. Ich muss einfach sagen, Benjamin, Du hast Dich zu wenig mit dieser Thematik beschäftigt. Ich muss eingestehen, ich habe vor einem Monat auch nicht genau gewusst, was Finanzvermögen ist und was Verwaltungsvermögen, und habe mich dann nochmals ganz vertieft eingelesen. Das kann ich Dir auch empfehlen.
Du hast sonst natürlich sehr viele sehr gute und richtige Sachen gesagt. Private und Kultur finanzieren, Musikkol.egium super, Kulturstadt auch. Das ist tatsächlich alles gut.
Du hast aber auch falsche Sachen gesagt. Angst haben wir nicht per se. Wo ich aber Angst habe, das ist, dass die Stadt heute schon 1.6 Milliarden Schulden hat und auf einmal noch mehr Geld ausgeben müssen wird. Du kannst aber gerne als Privatperson, wie Du das gesagt hast, das Geld hinlegen. Dann kann man das nachher machen.
Und es ist schlichtweg falsch, was Du gesagt hast mit diesem Übertrag, dass dieser heute geschehen muss. Das ist einfach nicht richtig. Kultur kann auch heute schon entstehen. Nach meinem Kenntnisstand und ohne jetzt zu nahe an das Amtsgeheimnis der AK zu ritzen: Ich persönlich habe nicht das Gefühl, dass es irgendjemanden gibt, der gegen Kultur in der Halle 53 ist. Aber, wie schon gesagt: Wir von der FDP wollen nicht, dass das dort völlig voreilig und gar nicht relevant heute Abend übertragen wird und es allenfalls später dann eine Überraschung geben wird.
Ihr dürft aber gerne nochmals kommen, Kaspar mit seinem Antrag und Du dann auch nochmals, selbstverständlich – in 3-4 Jahren, wenn es dann konkret darum geht, was man mit dieser Halle machen will. Vielen Dank.

M. Wäckerlin (SVP): Ich möchte einfach nochmals daran erinnern: Es geht nicht darum, ob wir irgendeinen Kredit für diese Halle sprechen. Sondern es geht um eine rein finanztechnische Frage. Und das hat nichts damit zu tun, ob man diese später als Kulturhalle nutzen will oder nicht.
Und wir haben im Finanzvermögen durchaus Immobilien, die wir aus strategischen Gründen halten, weil wir vielleicht mit ihnen in Zukunft etwas machen wollen. Und das ist hier genau das Gleiche. Das Problem mit dem Verwaltungsvermögen ist genau das, was die Leute gesagt haben. Es ist wirklich eine rein finanztechnische Frage, über die wir heute abstimmen.

A. Büeler (Grüne/AL): Nur eine kurze Replik an Raphael: Nur weil jemand eine andere Meinung hat, heisst das nicht, dass er sich zu wenig mit der Sache auseinandergesetzt hat. Danke.

M. Zundel (Grüne/AL): Um an dem anzuschliessen, Raphael: Die Überraschungen, von denen die ganze Zeit geredet wird – das wären dann wieder Anträge, welche ins Parlament kommen würden, wenn aufgrund der Halle zusätzliche Kosten kommen würden. Das wäre nicht eine Überraschung. Wir könnten dann hier immer noch Nein sagen. So viel zu Deinem Kernargument.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Michael. Ich nehme an, dass die Inputs von Raphael, welche ohne Anmeldung passieren, nicht mehr relevant sind. Somit ist die Diskussion geschlossen. Jetzt hat zu diesem Geschäft das Wort noch der Vorsteher des Departements Finanzen und Immobilien, Kaspar Bopp.

Stadtrat K. Bopp: Vielen Dank für die angeregte Diskussion. Bevor ich auf die eigentliche Frage, nämlich die Widmung, eingehe, möchte ich noch ganz kurz die Bedeutung und die Chance in den Vordergrund rücken, welche diese Halle bietet. Alles andere würde dieser Halle aus meiner Sicht nicht gerecht werden.
Eine so grosse und auch so wunderschöne Halle – sie ist nicht in einem so guten Zustand, aber es ist eine wunderschöne Halle – an einem so zentral gelegenen Ort in einem (das wurde wortwörtlich auch schon so gesagt) «aufstrebendem Quartier», die wir haben, und die auch diverse Male schon zeigen konnte, was sie leisten kann mit grosser Ausstrahlung: «Le Grand Rituel», Jungkunst, Afro-Pfingsten und und und. Diese Halle konnte schon diverse Male unter Beweis stellen, was sie leisten kann.
Als öffentliche Hand eine solche Halle zu besitzen, das ist eine Chance – aber das ist aber zugleich auch eine Verpflichtung. Wir wollen als Stadtrat, dass diese Halle noch besser Veranstaltungen aufnehmen kann. Dass sie gleichzeitig aber auch für Gastro und für Arbeitsplätze da sein kann und diese beherbergen kann. Wir sind der Überzeugung, das wäre ein riesiger Mehrwert für die ganze Stadt, wie es gesagt wurde und auch in der Präsentation gezeigt wurde, mit grosser Ausstrahlung.
Und das Siegerprojekt übrigens, das aus dem Wettbewerb 2017 hervorging, das kann genau das auch leisten. Und es ist ja auch so, dass wir eine Investorin finden konnten – auch diese wurde genannt -, und das ist grossartig und ich glaube, das ist nicht selbstverständlich. Und ich glaube, das müssen wir im Auge behalten. Das Projekt oder die Idee, die da ist, ist noch nicht in trockenen Tüchern. Es ist noch ein langer Weg mit vielen Unsicherheiten, den wir vor uns haben. Aber wir als Stadtrat möchten ihn gehen, weil wir vom Nutzen für die Bevölkerung wirklich überzeugt sind. Und deshalb bin ich auch froh um die sehr vielen positiven Äusserungen. Auch um die vielen Äusserungen, die sich zur Kultur bekannt haben. Es gab Einzelne, welche die Kultur ein bisschen in den Hintergrund gestellt haben. Aber alle haben eigentlich den gesellschaftlichen Nutzen, die Belebungsfunktion, welche die Halle haben soll, in den Vordergrund gestellt.
Das Gemeindeamt des Kantons Zürich hat ein Merkblatt herausgegeben, auf dem sie ausführen, was ins Verwaltungsvermögen gehört und was ins Finanzvermögen gehört. Und dort sagen sie unter anderem: Ein Kriterium, ein Hinweis darauf, dass etwas ins Verwaltungsvermögen gehört, sind (und jetzt lese ich das 1:1 vor) «Baurechte in Zusammenhang mit kulturellen, gesellschaftlichen oder sportlichen Zwecken». Also genau das, was Ihr jetzt alle gesagt habt. Eure Debatte ist eigentlich der beste Beweis: Das gehört so eigentlich heute gewidmet.
Diese Widmung hätte uns klar in diesem Vorgehen gestärkt und unterstützt, das hätten wir uns selbstverständlich gewünscht. Was man aber auch sagen muss: Das Gegenteil verhindert dieses Projekt vorerst mal nicht, das ist sicher die positive Botschaft.
Wenn Ihr das heute nicht widmet, wie wir das als starke Unterstützung wahrnehmen würden, werden wir weiterhin daran arbeiten und diese Widmung voraussichtlich zu einem späteren Zeitpunkt nochmals hier hineinbringen; so habe ich das jetzt auch aus der Debatte heraus so

verstanden. Das würden wir dann zwar mit deutlich mehr Freiheiten – und übrigens auch mit einer deutlich höheren Kreditkompetenz – machen (im Finanzvermögen hat der Stadtrat sehr viel mehr Möglichkeiten, um selbst Dinge zu entscheiden, als wenn man es heute gewidmet hätte), aber wir würden das eben auch mit ein bisschen weniger Sicherheit machen, weil das explizite Bekenntnis des Parlaments, dass man hier drinnen kulturelle Nutzung will dort, das fehlt uns auch nach heute, wenn Ihr dieser Widmung nicht zustimmt.
Aber wie gesagt, grundsätzlich: Wir werden weiterarbeiten. Wir sind überzeugt davon, dass man an diesem Ort etwas Grossartiges für die Bevölkerung machen kann. Vielen Dank.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Kaspar. Somit kommen wir jetzt zur Abstimmung. Da es keine Änderungsanträge oder ähnliches gibt, können wir direkt über Ziffer 1 und 2, die inhaltlich zusammengehören, abstimmen.
Wer dem Antrag gemäss Stadtrat zustimmen möchte, drückt A. Wer das Gesamte ablehnen möchte, drückt B.
Abstimmungsergebnis: Mit 34:22 Stimmen bei 0 Enthaltungen ist der Antrag des Stadtrats abgelehnt.
Somit ist das Traktandum für heute beendet.

7. Traktandum
Parl.-Nr. 2025.93: Projektierungskredit von Fr. 5.8 Mio. für den Neubau der Sekundarschule «Leonie-Moser» in Oberwinterthur (Projekt-Nr. 5019540)

Parlamentspräsident Ph. Weber: Projektierungskredit von Fr. 5.8 Mio. für den Neubau der Sekundarschule «Leonie-Moser» in Oberwinterthur (Projekt-Nr. 5019540). Das Geschäft wird vorgestellt vom zuständigen SBK-Referenten, Alex Würzer.

A. Würzer (SBK): Ich darf wie gesagt den Projektierungskredit von 5.8 Millionen Franken für den Neubau der Sekundarschule «Leonie-Moser» in Oberwinterthur an der Querung Grüze oder bei der Leonie-Moser-Brücke vorstellen, mit der Projektnummer 5019540.
Zuerst zur Schulraumprognose, um den Bedarf zu klären. Wir haben da einerseits Oberwinterthur. Da sieht man bis ins Jahr 2031 bei den Sekundarschulklassen eine prognostizierte Zunahme von ca. 6 Einheiten. Wenn man weitergeht zu den Sekundarschulklassen Seen/Mattenbach, dann haben wir da ebenfalls bis ins Jahr 2030/31 eine Zunahme von 6 Klassen. Das führt also zur Schulraumprognose, dass man auf Stufe Sekundar einen Zuwachs zu heute bis ins Jahr 2030/31 von ca. 12 Oberstufenklassen hat, respektive ca. 250 Schülerinnen und Schüler. Daraufhin kam dann auch das Raumprogramm zustande, welches bestellt wurde. Man hat konkret 15 Sekundarschulklassen mit allen Zusatzräumen, man hat auch eine Fläche für schulergänzende Betreuung eingestellt, eine Doppelsporthalle oder zwei Einfachhallen, und eine Hartplatzfläche im Aussenraum.
Zur Situation, damit man weiss, wo man ist: Wir sind da sehr direkt beim Bahnhof Grüze. Wenn man noch ein bisschen näher hineinzoomt, sieht man auch die bestehenden Sekundarschulhäuser mit dem Einzugsradius von 1'000 m. Man sieht, man hat da im Osten eine relativ grosse Fläche, welche nicht abgedeckt ist, auch wenn in diesem Bereich natürlich ein beträchtlicher Teil auch Industriegebiet ist.
Wenn man noch ein bisschen näher hineinzoomt, sieht man das städtische Grundstück. Das ist gleich dort, wo die Leonie-Moser-Brücke einmündet in die St. Gallerstrasse. Das ist dort bereits eingezeichnet mit der roten gestrichelten Linie. Wir haben hier ein städtisches Grundstück mit grossem Potenzial, wir haben aber auch Auflagen durch einen Gestaltungsplan für öffentliche Nutzung dort. Und wir haben die Auflage, an die Brücke anzubauen. Die Ausnützungsziffer erlaubt eine dichte und hohe Überbauung. Und stadtinterne Umfragen haben gezeigt, dass DSO und DSS konkrete Bedürfnisse kommuniziert haben. Weiter hat man auch

eine Vereinbarung mit dem Nachbargrundstück von der Tuwag zu einer möglichen neuen Grenzziehung abgeklärt, da gehe ich noch näher darauf ein.
Vielleicht nochmals das Gebiet mit den gelben Punkten (das sind die drei Bahnhöfe in der Region). Und dazwischen ist die Sulzerallee mit all den neuen Bauten, die bereits realisiert wurden oder noch realisiert werden. Und vielleicht speziell da ganz im Osten, beim Bahnhof Hegi, da werden auch viele weitere Gebäude, unter anderem auch mit zusätzlicher Wohnfläche, realisiert, welche natürlich auch einen zusätzlichen Bedarf generieren – nebst dem, was da auch direkt beim Bahnhof Grüze, im Westen, passiert.
Zum Umfeld vom Bahnhof Grüze: Da sieht man als zentrales Element die Querung Grüze oder die Leonie-Moser-Brücke, welche da realisiert wird oder in grossen Teilen bereits so steht. Und wir sprechen jetzt konkret über dieses potenzielle, neue Gebäude da.
Nochmals zum Gestaltungsplan, mit den Auflagen, welche der Gestaltungsplan mit sich bringt. Hier nochmals der Hinweis, dass die Haupterschliessung über die Katharina-Hardy-Strasse erfolgen soll. Und hier haben wir noch eine zusätzliche Erschliessung über die Gelatine-Allee, wenn ich es richtig in Erinnerung habe.
Man hat ein Variantenstudium gemacht mit verschiedenen Möglichkeiten, wie man ein solches neues Sekundarschulhaus realisieren könnte. Man hat eine Nutzungsverteilung geprüft, man hat auch geschaut, wie man die Einfach- oder allenfalls Zweifachturnhallen anordnen kann und man hat sich auch mit der Nachbarschaft über die Grenzmutation unterhalten. Das sieht man hier, die beiden Varianten.
Das angrenzende Areal ist das Gelatine-Areal und dort gibt es ja auch schon ein Siegerprojekt von pool Architekten. Dieses ist auch kompatibel mit dem, was man hier plant mit dem neuen Schulhaus.
Da noch eine andere Ansicht, mit dem neuen Schulhaus, wie es entstehen könnte an dieser Stelle.
Hier ein Blick auf das Erdgeschoss. Hier ist publikumsorientierte Nutzung durch den Gestaltungsplan vorgegeben. Dazu werden wir nachher in der Diskussion sicher noch mehr hören. Es sind Räume angedacht, welche umgesetzt werden könnten, welche eine publikumsorientierte Nutzung so zulassen würden.
Im 1. Obergeschoss sieht man auf der rechten Seite die zwei Turnhallen, wie diese realisiert werden könnten.
Hier noch der Seitenanblick. Da ist noch speziell, das sieht man hier, den Pausenplatz, der zu einem grossen Teil oben auf dem Dach realisiert würde. Und man sieht auch, dass da eine Photovoltaikanlage realisierbar wäre.
Weil man aber relativ beschränkt ist mit dem Aussenraum, hat man aber weitergeprüft, wo weitere Flächen wären, welche man für Sportnutzung einsetzen könnte. Und da ist man zum einen auf die kleine Spielwiese beim Schulhaus Talacker, unmittelbar nördlich der Bahnlinie Richtung Frauenfeld, gestossen; und auch der Sportplatz Deutweg wäre in der weiteren Umgebung relativ gut erreichbar.
Das Fazit der Machbarkeitsstudie hat gezeigt: Man hat eine ausreichende Fläche und Ausnützung für das Volumen, auch für das bestellte Raumprogramm. Ein Teil der Aussenfläche müsste tatsächlich auf dem Dach angeordnet werden. Man hat auch festgestellt, dass man durch eine minimale Parkplatzanzahl auf ein Untergeschoss verzichten könnte (um u.a. auch Kosten einzusparen). Und dass trotz dem kompakten Areal, welches man dort vorfindet, ein breites Spektrum an Varianten möglich ist.
Zu den Kosten: Man rechnet in der Grobkostenschätzung aus der Machbarkeitsstudie mit ca. 66.3 Millionen Franken. Das ist aber mit Vorsicht zu geniessen, denn man hat +/- 25% Kostengenauigkeit.
Beantragt wird jetzt der Projektierungskredit, über den wir heute befinden, in der Höhe von 5.8 Millionen Franken. Ein Architekturwettbewerbskredit in der Höhe von 450'000 Franken wurde bereits durch den Stadtrat bewilligt.
Und vielleicht noch ein kurzer Blick auf die anstehenden Termine: Heute steht der Projektierungskredit bei uns im Parlament an. Anschliessend ginge es dann in die Ausarbeitung eines

konkreten Projekts und nach dessen Behandlung im Parlament dann auch zu einem Ausführungskredit im Rahmen einer Volksabstimmung, welche auf das Jahr 2030 angedacht ist. Bezug wäre wohl erst 2034, einfach damit man da den Horizont mal ein bisschen sieht.
Zur Diskussion in der SBK: Wir hatten zwei Lesungen zu diesem Geschäft. Diskutiert wurde v.a. die publikumsorientierte Nutzung im Erdgeschoss, wie das bei der ursprünglichen Entwicklungsplanung dieses Gebiets und im Rahmen des Gestaltungsplan festgehalten wurde. Man hat sich auch Gedanken darüber gemacht, ob es nicht vielleicht alternative Standorte gäbe, welche man im Rahmen eines Landabtausches realisieren könnte. Und die Platzierung des Aufenthaltsraums auf dem Dach oben und eine potenzielle Fassadenbegrünung wurden eingebracht in die Diskussion in der SBK. Auch schaute man nochmals kritisch hin beim tatsächlichen Bedarf, da man von einer sinkenden Geburtenrate ausgeht. Schlussendlich kam man aber zu einer Zustimmung von 7:1 bei einer Abwesenheit.
Die BSKK hat einen Mitbericht gemacht. Soll ich diesen vorlesen für das Protokoll?

Parlamentspräsident Ph. Weber: Zusammenfassen.

A. Würzer (SBK): Sie findet das Geschäft sehr gut.
Nein, im Ernst: Es hat eine intensive Beratung stattgefunden. Man hat festgestellt, dass die bisherigen Standorte schon voll ausgelastet sind und es definitiv einen Bedarf gibt für einen Neubau, um eine qualitativ gute Schulraumversorgung sicherzustellen. Man war auch zufrieden damit, dass moderne pädagogische Konzepte zur Anwendung kommen sollen (Gruppenräume, offene Lernlandschaften) und auch die schulergänzende Betreuung wurde genannt. Die Kommission anerkennt den dringenden Handlungsbedarf und unterstützt den Projektierungskredit mit 8:1.
Kommen wir also zum konkreten Antrag:
Für die Projektierung des Neubaus der Sekundarschule «Leonie-Moser» in Oberwinterthur (Projekt-Nr. 5019540) wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 5.8 Mio. zu Lasten der Investitionsrechnung des allgemeinen Verwaltungsvermögens bewilligt.
Die Bewilligung erstreckt sich auch auf die durch Teuerung und MWST bedingten Mehr- oder Minderkosten; Stichtag für die Kostenberechnung ist der 1. April 2024.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Alex. Selbstverständlich dürfen die Mitglieder der BSKK nachher selbst noch etwas sagen, wenn sie das wünschen, aber zuerst sind die Mitglieder der SBK an der Reihe. Zuerst gemeldet hat sich für die SP Selim Gfeller.

S. Gfeller (SP): Danke, Alex, für das Präsentieren des Geschäfts. Der Platzbedarf nach Schulraum im Gebiet von Oberi und Seen wächst sehr stark, er ist ausgewiesen. Wir kommen also nicht drum herum, neue Schulanlagen zu bauen. Eine Stadt, die so wächst, wie wir es aktuell machen, muss zwingend in ihre Bildungsinfrastruktur investieren. Und ich sage es immer wieder: Der Return on Investment ist nirgends besser als beim Schulraum.
Der Standort an der Grüze ist verkehrstechnisch hervorragend erschlossen. Für die Sekundarstufe sind die Schulwege absolut zumutbar. Diese Lage ist eigentlich ein Pluspunkt, den man so nutzen sollte.
Trotzdem gibt es auch kritische Punkte. Der erste betrifft sicher die Grün- und Freiflächen. Das Grundstück ist relativ knapp und die Machbarkeitsstudie zeigt, dass wesentliche Aussenraumfunktionen auf das Dach ausgelagert werden müssen. Bei 300 Jugendlichen ist das sehr eng. Wir erwarten, dass im Wettbewerb kreative Lösungen aufgezeigt werden können, wie man dort echte Aufenthaltsqualität schaffen kann. Auch in einer Sekundarschule braucht Raum für Bewegung und Erholung, nicht nur Pflichtflächen.
Was auch diskutiert werden muss, ist sicher die städtebauliche Frage, ob das für diesen Standort wirklich die bestmögliche Nutzung ist. Das Areal Grüze entwickelt sich zu einem verdichteten, urbanen Zentrum. Eine Schulanlage ist dort gut möglich, aber sie konkurriert auch mit anderen Nutzungen, die für ein lebendiges Zentrum ebenfalls wichtig oder wertvoll wären. Aber wenn man verdichtet, kommt man an solchen Zielkonflikten nicht vorbei, da muss man

eine Abwägung machen. Und wir sind der Meinung, ein Schulhaus ist an diesem Ort richtig, da der Nutzen überwiegt. Die Stadt braucht diese Schulräume dringend. Aber wie gesagt, wir erwarten, dass die Themen Freiraum und Aufenthaltsqualität im Wettbewerb ernst genommen werden. Wir stimmen dem Kredit zu.

R. Heuberger (FDP): Alex, danke vielmals für die gute Vorstellung dieser Vorlage. Es gibt ja wie zwei Komponenten in der Vorlage: Brauchen wir den zusätzlichen Schulraum? Das ist das eine. Das ist der Teil, den eigentlich die BSKK beurteilt hat. Und das zweite ist: Ist es am richtigen Ort, dort ein Schulhaus zu bauen? Und das ist der Teil, den wir angeschaut haben in unserer Kommission.
Genügend Schulraum zur Verfügung zu stellen ist und bleibt eine grosse Herausforderung in unserer Stadt und gleichzeitig eine der zentralen Aufgaben.
Und auch wenn die Bevölkerungszahlen im Moment nicht steigen – ja sogar eher zurückgehen, so hat die Schule trotzdem einen deutlich höheren Bedarf an Schulraum, als er heute zur Verfügung steht. Dort, wo zusätzlicher Schulraum nur kurzfristig gebraucht wird, sind Container-Zubauten oder gar das kurzfristige Mieten von Räumen durchaus eine gangbare Lösung, die aus unserer Sicht geprüft werden soll.
Weitere Lösungsansätze hat die FDP im Postulat «Optimierte Schulraumnutzung» eingebracht. Und wir sind erfreut, dass der Stadtrat dies schon aufgenommen hat. Mehrfachnutzungen und Umnutzungen des bestehenden Schulraums, die Nutzung erweiterter Lernräume und die Anpassung der Stundenpläne sind nur einige Themen daraus. Diese Massnahmen müssen aber bereits heute ergriffen werden, um den Schulraum, den man nicht mehr rechtzeitig genug zur Verfügung stellen kann, zu ersetzen. Das zeigt, wie angespannt die Situation ist.
Und trotz all diesen Massnahmen weicht der zur Verfügung stehende Schulraum immer noch stark vom tatsächlich benötigten Schulraum ab. Es herrscht ein deutliches Unterangebot. Während die Schüler in der Primarschule stagnieren, nimmt aber die Anzahl Schüler in der Sekundarschule markant zu. Wir müssen also einen Weg finden, um die Schulhäuser in Zukunft nicht mehr als Primar- oder Sekundarschulhaus zu bauen, sondern wir müssen Schulhäuser bauen, welche je nach Bedarf so oder anders genutzt werden können.
Alleine zwischen 2024 und 2030, Alex hat es aufgezeigt, brauchen wir 15 zusätzliche Klassenzimmer. Das hat nicht nur unserer Schulpflege berechnet; sondern auch die Firma Eckhaus, welche das für viele Gemeinden macht, kam auf die genau gleiche Zahl.
Aus unserer Sicht ist das Schulhaus an der Leonie-Moser-Brücke dafür gut gelegen. Es liegt nämlich auf der Achse zwischen Stadt, Töss und Oberwinterthur. Und genau dort haben wir zu wenig Schulraum und brauchen wir deutlich mehr Schulraum. Und gerade weil, wie Du es gesagt hast, Selim, es sich um ein Entwicklungsgebiet handelt, wo in Zukunft deutlich mehr Wohnraum geschaffen wird, ist es auch klar, dass wir dort Schulraum haben müssen. Und ja, vielleicht ist es dann einmal Primarschulraum, in naher Zukunft – wir wissen es nicht. Wir brauchen diese Flexibilität. Im Moment brauchen wir an diesem Ort, zentral gelegen, dringend in Sekundarschulhaus.
Und man muss auch sehen, dass das Sekundarschulhaus dort super erschlossen ist. Es wurde gesagt wegen den Grünflächen. Ja, auf dem eigenen Land sind diese relativ knapp. Und da sind wir sehr gespannt auf den Wettbewerb, welche Lösungen da kommen. Man muss aber auch sehen, dass daneben das Gelatine-Areal ist, wo es dann durchaus attraktiv Freiräume hat.
Und jetzt möchte ich noch generell etwas sagen zu den Schulhäusern.
Wir haben im Moment das Problem, dass wir jetzt eigentlich zu einem Kostenrahmen von 50 - 83 Millionen einen Planungsauftrag aufgeben sollen. Ehrlich gesagt: Das ist etwas schwer zu verdauen. Und mit dem Baukredit kommen dann nochmals 20% Reserven obendrauf, was bedeutet, dass wir beim aktuellen Projektierungsstand eigentlich zu Kosten zwischen 50 bis 100 Millionen eine Zusage machen. Und die Erfahrungen aus den letzten Jahren bei der Schulraumplanung zeigen leider, dass wir dann am Schluss meistens bei den 100 Millionen landen und nicht bei den 50 Millionen.

Wir reden also konkret darüber, ob wir zum gleichen Preis jetzt 1 oder doch 2 Schulhäuser bauen können. So sind die Kosten für das Parlament praktisch unkontrollierbar. Als Option haben wir eigentlich nur, ein Kostendach zu fixieren und damit «Design to cost» zu verlangen. Im Moment haben wir aber schlicht zu wenig Informationen, um bereits jetzt sinnvoll zu sagen, was denn ein Maximalbetrag sein dürfte, welcher der Bau dort kosten dürfte. Das Parlament hat das in den letzten Jahren 2 x versucht. Einmal beim Schulhaus Wallrüti, wo wir ehrlicherweise sagen müssen, der fixierte Betrag war vermutlich ein bisschen knapp. Und das zweite Mal beim Polizeigebäude, wo dann der Betrag allerdings wieder ein bisschen hoch war.
Wir müssen deshalb dringend einen besseren prozessualen Weg finden in der Zusammenarbeit zwischen Stadtrat und Parlament, um die Kosten wirklich in den Griff zu bekommen. Wir als FDP erwarten, dass dieses Projekt so geplant wird, dass der BKP2, welchen wir ja schon einmal verlangt haben in einer Vorlage, bei 725 Fr./m3 liegt. Wir werden das Projekt daran messen. Vor allem aber erwarten wir, dass die entsprechende Fachkommission das Projekt nach dem Wettbewerb nochmals sieht – und nicht erst, wenn alles fixfertig geplant und der Schulraum eigentlich schon lange zur Verfügung stehen sollte und wir deshalb eigentlich gar nichts mehr dazu zu sagen haben.
Der Stadtrat muss sich bewusst sein, dass alles, was wir hier jetzt zu viel ausgeben, für andere wichtige Infrastrukturprojekte (wie z.B. die Freizeitanlagen, welche wir heute schon diskutiert haben) nicht mehr zur Verfügung steht. Wir wollen gute Bauten. Aber sie müssen so gebaut sein, dass wir sie auch finanzieren können. Und es kann nicht sein, dass die Stadt immer viel teurer baut als private Bauherren. Wir müssen das in den Griff bekommen – und das schaffen wir nur miteinander.
Wir werden dem Antrag heute zustimmen und sind gespannt, was bei diesem Projekt herauskommt. Danke für die Aufmerksamkeit.

M. Nater (GLP): Merci, Alex, für die gute Vorstellung aus zwei Kommissionen. Anhand der steigenden Anzahl der Primarschüler, der hohen Bautätigkeiten in Oberwinterthur und dem entsprechenden Bevölkerungswachstum ist klar, dass es zusätzlichen Schulraum braucht. Jetzt schon ist der Schulraum knapp für die bestehende Anzahl von Sekundarschülern. Dabei muss man aber beachten, dass die Anzahl der Schüler schwanken kann. So kommen nächsten Mittwoch die nächsten Wachstumsprognosen des Kantons Zürich heraus, bei denen der Anstieg nicht mehr so stark wie früher vorausgesagt wird. Daher soll beim neuem Schulraum auf eine flexible Nutzung geachtet werden.
Ganz sicher aber brauchen alle Generationen in der Sportstadt Winterthur die entsprechend geplanten Sporthallen. Diese werden immer benutzt, von Jung und Alt. Dort werden wir nie genügend haben.
Zum Standort selbst: Gerade ein Standort an einem ÖV-Knotenpunkt ist ideal, wenn er multifunktional genutzt wird und von älteren Schulkindern und Erwachsenen besucht wird. Durch diese Schule geht jedoch ein sehr attraktiver Standort für andere Nutzungen verloren. Das hängt auch mit der Verdichtung zusammen und das kann man leider nicht verhindern. Einige Bedenken sind wegen der Sicherheit vorhanden, da es bei einem Industriegebiet und den Bahngleisen ist. Wegen der Sicherheit machen wir von der GLP uns jedoch weniger Sorgen, da inzwischen so viele Normen und Vorgaben bestehen, dass hier ein hoher Standard umgesetzt wird.
Was uns von der GLP mehr Sorgen macht, sind die Kosten des Gebäudes. Es wird bei dem Projektierungskredit des Schulhauses von 66.6 Millionen Franken ausgegangen. Dies mit einer Kostengenauigkeit von, wie schon gesagt wurde, plus/minus 25 Prozent – und das ohne Teuerung. Was heisst das? Das kann man auch positiv sehen. Bei diesem Schulhaus «Leonie-Moser» wäre auch ein Schulhaus unter 66 Millionen inklusive Reserven möglich. Wir sehen daher diese Kostengenauigkeit nicht als Freipass für die Stadt, nachher bis zu 25 Prozent höhere Kosten einzuplanen. Sondern wir erwarten auch einmal ein Projekt, bei dem die Ausgaben auch mal nach unten ausschlagen.

Bezüglich Ökologie: Es ist jetzt schon klar, dass auf Materialien gesetzt werden muss, welche nicht viel graue Energie haben. Beim Verpflichtungskredit erwarten wir hier konkrete Informationen, wie das Gebäude Netto-Null 2040 kompatibel ist.
Wir von der GLP wollen Lösungen und Aufbruch und stimmen daher dem Projektierungskredit zu.

K. Frei-Glowatz (Grüne/AL): Die Grünen/AL stimmen diesem Kredit auch zu. Ich muss, glaube ich, nicht mehr so wahnsinnig viel sagen, ich stimme in grossen Zügen Selim und auch Markus zu in ihren Ausführungen.
Vielleicht einen Punkt noch, auch zu den Grünflächen: Die Idee, die Sportfläche auf dem Dach zu nutzen, ist sicher kreativ und da kann man jetzt schon von einer optimalen Flächennutzung sprechen, aber sie bringt auch Herausforderungen. Und wir Grünen sind sehr gespannt, wie die Architekten und die Stadt diese angehen werden und trotz dieser grossen Dichte genügend Grün und auch Schwammstadt umsetzen können.
Und dann auch noch ein Aspekt, den Markus auch schon angesprochen hat, aber ich möchte ihn nochmals betonen: In der Weisung wird beschrieben, über welche Aspekte der Wettbewerb Auskunft geben wird, z.B. betriebliche und pädagogische Aspekte, städtebauliche Aspekte usw. Und natürlich über die Kosten. Und ganz am Schluss kommen die Begriffe Nachhaltigkeit und Bauökologie. Und da möchte ich auch noch einen Pflock einschlagen, denn das haben wir jetzt schon bei mehreren Schulhausprojekten gesehen, dass das in diesem Wettbewerbskatalog offenbar nicht so richtig drin war, beziehungsweise man war immer noch auf dem Gebäudestandard 2019. Und da erwarten wir jetzt einfach wirklich, dass die Stadt den Gebäudestandard 2050 anwendet, denn der ist jetzt ja draussen, beziehungsweise dass sie die neue SIA-Norm 390/1, den Klimapfad, anwendet, bei der es um die Treibhausgasbilanz über den ganzen Lebenszyklus geht. Und das ist ganz wichtig, dass man das jetzt von Anfang an in der Planung und im Wettbewerb schon mitdenkt.
Und sonst glauben wir, dass die Brücke schon ein grosser Mehrwert für die Stadt wird. Und so wird auch das «Leonie-Moser»-Schulhaus, das ja an dieser Brücke angebaut sein wird, diese Brückenbauer-Wirkung dieser Brücke (man kann es nur so sagen) noch toppen.
Wir freuen uns auf ein differenziertes und innovatives Projekt.

M. Graf (SVP): Winterthur wächst, das ist uns ja allen klar. Und dass der Schulraum knapp ist, das ist auch jedem von uns bewusst. Trotzdem ist es für uns eigentlich noch wichtig, dass dieses Projekt kostenbewusst geplant wird. 5.8 Millionen für Planung und Projektierung ist viel Geld und man kann auch sehr viel damit machen. Aber wenn wir nachher auf 85 Millionen sind, dann ist das eigentlich einfach zu viel. Und deshalb sind wir der Meinung, dass man dort ein bisschen schauen muss, dass das bei der Planung berücksichtigt wird. Danke.

A. Würzer (EVP): Ich halte mein Votum kurz. Wir werden den vorliegenden Projektierungskredit so unterstützen. Der Bedarf nach zusätzlichem Schulraum in diesem Gebiet ist klar ausgewiesen. Und mit diesem Projektierungskredit können wir die Chance packen, künftig ein zusätzliches Sekundarschulhaus in Winterthur zu realisieren, was ja auch keine alltägliche Möglichkeit ist.
Klar, schöner wäre gewesen, auf der grünen Wiese mit grosszügigem Aussenraum und Sportfläche zu bauen, aber das ist ja offensichtlich Wunschdenken – ansonsten, davon bin ich überzeugt, hätte die Stadt solche Optionen natürlich auch priorisiert.
Gerade auch mit den anhaltenden Bautätigkeiten an der Sulzerallee Richtung Hegi werden künftig noch viel mehr Familien mit Kindern und damit verbunden der Nachfrage nach Schulraum zuziehen. Da ist es natürlich nicht optimal, dass ihr künftiges Schulhaus möglicherweise ziemlich ähnlich daherkommt wie ihre Wohnquartiere, zumindest was den Aussenraum betrifft, der ja ebenfalls eher knapp ist.
Und ja, mit Blick auf die massiven Veränderungen gegenüber der bisherigen Investitionsplanung ist es schade, können wir die Bauklötze, bei denen wir alle über die Bauteuerung und

die Mehrkosten staunen, nicht direkt weiterverwenden für den Schulhausbau; aber auch da müssen wir wohl einfach den Realitäten in die Augen schauen.
Nichtsdestotrotz hat dieses Projekt, wie es zum jetzigen Zeitpunkt daherkommt, auch seinen gewissen Reiz. Ein Pausenplatz auf dem Dach, beste ÖV-Anbindungen in Zukunft und von der Lage her optimal für die künftig im Bereich von Schulraum auf Sekundarstufe unterversorgten Stadtteile. Auf jeden Fall sind wir von der EVP sehr gespannt (und wir haben das jetzt auch schon von verschiedenen Seiten gehört), was denn da für Projekte mit diesen durchaus herausfordernden Rahmenbedingungen eingehen werden. Und wir danken den zuständigen Stellen der Stadt für ihre bisherige und künftige Arbeit.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Ich halte das Votum für Kaspar Vogel, der heute leider nicht hier sein kann.
Es ist unbestritten, dass es ein neues Sekschulhaus in Oberwinterthur oder genauer gesagt in Hegi braucht. Es ist deshalb fast nicht möglich, gegen diesen Projektierungskredit zu sein. Und trotzdem lehnt die Mitte/EDU-Fraktion diesen ab. Deshalb wollen wir erklären, was uns dazu bewogen hat.
Der geplante Standort ist ganz einfach völlig ungeeignet für ein Sekundarschulhaus. Der Platz zwischen der stark befahrenen St. Gallerstrasse und den Geleisen ist viel zu klein. Es gibt zu wenig Möglichkeiten, die Pausen im Freien verbringen zu können. Ein Draussen-Unterrichten, wie es vielerorts in Schulprogrammen aus pädagogischer Sicht bereits einfliesst und künftig auch wichtiger werden wird, ist an diesem Standort nicht zu denken, weil es neben dem fehlenden Raum auch viel zu viel Lärm gibt.
Es ist zwar schon so, dass es in der Stadt Zürich an ähnlichen Standorten Schulhäuser gibt. Zum Beispiel die Erweiterung zum Schulhaus Kappeli in Altstetten ist so ein Fall. In einem Bürogebäude sind im 3. und 4. Stock aus der Not heraus Schulräumlichkeiten eingerichtet worden. Dort fehlt es dann eben an breiten Gängen und an einem Pausenplatz im Freien. Die Erfahrungen, welche da gemacht werden, sind sehr negativ. Junge Menschen brauchen genügend Raum, um sich bewegen zu können.
Das wird am engen Platz bei der Leonie-Moser-Brücke, neben der verkehrsreichen Strasse und dem Geleise nicht möglich sein.
Ich habe schon einmal das Argument gehört, dass das «Leonie-Moser»-Schulhaus durch den öffentlichen Anschluss gut gelegen sei, um Schülerinnen und Schüler aus der ganzen Stadt, also auch von Töss, dorthin einteilen zu können. Sinnvoller wäre es aber, die Schulen dort zu bauen, wo die Leute wohnen. Beim Rosenau könnte man ja zusätzliche Holzmodulbauten auf die Wiese stellen.
Warum wird eigentlich nicht in Hegi selbst, beispielsweise beim Schulhaus Neuhegi, erweitert? Die Schulwege würden sich verkürzen und das Schulhaus dort gebaut, wo es auch gebraucht würde.
Und zu guter Letzt wäre der Leonie-Moser-Standort gerade durch die neue Brücke und den Bahnhof bestens geeignet, um ein Hochhaus bzw. ein Bürogebäude für Arbeitsplätze anzusiedeln. Diese Arbeitsplätze wären sehr gut erschlossen und deshalb äusserst attraktiv.
Abschliessend: Der teure Boden wird so für ein am falschen Ort stehendes Schulhaus verschwendet. Leider sehen das alle anderen Fraktionen anders.
Die Mitte/EDU-Fraktion lehnt den Projektierungskredit, auch wenn wir alleine sind, trotzdem ab. Danke.

Stadträtin M. Blum: Danke vielmals für die Voten. Danke sehr auch für die überwiegende Zustimmung zu unserem Plan für ein neues Sekschulhaus. Wir haben das priorisiert; seit zwei Jahren treiben wir das prioritär voran. Ein Sekschulhaus ist dringend nötig, das ist auch Teil der halben Milliarde, welche der Stadtrat in Schulbauten stecken will in den nächsten 10 Jahren. Es ist also durchaus da berücksichtigt.
Wir haben eine lange Durststrecke bis 2031 und da gehören verschiedene Massnahmen dazu. Wir haben im nächsten Traktandum die Holzmodulbauten im Rychenberg. Rosenau, das vorhin genannt wurde, ist bereits in Planung. Was wir aber brauchen, ist definitiv ein

neues Schulhaus. Denn das starke Schülerinnen- und Schülerwachstum der vergangenen Jahre kommt jetzt verzögert an in der Sek. Egal, wie sich die Schülerzahlen sich jetzt noch entwickeln. Bei den Eintritten in den Kindergarten sind es weniger; aber die Schülerinnen und Schüler, die dann in dieses Schulhaus gehen, die sind bereits da.
Wir haben lange gesucht nach einem Standort. Der Standort hat Herausforderungen, das wurde auch angesprochen in den Voten. Ich nehme das gerne mit, auch in den Wettbewerb; bezüglich Grünfläche, bezüglich Aussenraum. Aber es ist ein ideales Grundstück. Es ist ausreichend für ein Sekschulhaus und es ist super erschlossen, wie wir gehört haben, vom ÖV. Wir haben städtisches Land, in einer Grössenordnung, die es braucht, um ein Schulhaus zu bauen. Das gibt es nirgends sonst in dieser Stadt. Und das auch noch in dieser Schnittmenge zwischen Hegi, Oberi und Stadt, mit dem etwas grösseren Einzugsgebiet, das Sekschulhäuser haben können.
Wir sprechen aber nicht nur vom Schulraum Sek. Es wurde auch angesprochen für die Zukunft: Wir müssen das flexibel bauen. Wir werden es auf jeden Fall brauchen. Was wir vor allem auch brauchen, ist Betreuungskapazität. Das wurde gar nicht angesprochen heute, aber das ist auch ein wesentlicher Teil, wo wir das grosse Wachstum sehen. Und auch die Sportkapazitäten, die zwei Turnhallen, diese wurden erwähnt.
Ich nehme das gerne mit. Ich habe mir auch noch aufgeschrieben: Wenig graue Energie, Netto-Null (das ist selbstverständlich auch von mir ein grosses Anliegen); es braucht einen Wettbewerb, bei dem wir versuchen, aus dem Grundstück das herauszuholen, was möglich ist. Aber es braucht das Grundstück und wir haben das Grundstück an einer idealen Lage und auf städtischem Grund, das sehr gut erschlossen ist. Danke vielmals für die Zustimmung.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Martina. Wir kommen somit zur Abstimmung.
Die Abstimmung ist simpel: Sie können dem Kredit zustimmen mit A oder ihn ablehnen mit B.
Abstimmungsergebnis: Mit 52:4 Stimmen bei 0 Enthaltungen ist der Verpflichtungskredit angenommen worden.

Mit Blick auf die Uhr und weil ich von verschiedenen Seiten gehört habe, dass es gut wäre, wenn wir das Traktandum 10, das Alterszentrum Oberi, heute behandeln und abschliessen könnten, würde ich den Antrag stellen, dass wir das Traktandum 10 dem Verpflichtungskredit für das Schulhaus Rychenberg vorziehen.

Stadträtin M. Blum: Das Traktandum 9 brauchen wir aber auch dringend, das ist auf das neue Schuljahr.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Dann höre ich, dass es da Einwände dagegen gibt, die ich akzeptiere. Es liegt an Euch, was wir alles schaffen heute.

9. Traktandum
Parl.-Nr. 2025.96: Verpflichtungskredit von Fr. 7’370’000 für das Projekt «Schulhaus Rychenberg, Holzmodulbau» (Projekt-Nr. 5020190)

Parlamentspräsident Ph. Weber: Verpflichtungskredit von Fr. 7’370’000 für das Projekt «Schulhaus Rychenberg, Holzmodulbau» (Projekt-Nr. 5020190). Vorgestellt wird das von Alex Würzer, dem Sprecher der Stadtbaukommission.

A. Würzer (SBK): Ich gehe direkt wieder in die Prognose, die habt Ihr ja bereits gesehen. Das ist jetzt nur noch für Oberwinterthur. Auch da geht es um Oberstufenklassen. Dieses Mal ein bisschen grösser dargestellt, damit es alle lesen können. Wir haben da ein Szenario mittel mit einem Zuwachs von 6 Oberstufenklassen, plus 110 Schülerinnen und Schüler.

Bei der Schulanlage Rychenberg soll eine zusätzliche Kapazität geschaffen werden. Konkret soll das zwei zusätzliche Klassen geben und ungefähr 40 Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe zusätzlich beherbergen können. Schulbetreuungsfläche und Sporthallenkapazitäten werden nicht verändert.
Zum Situationsplan: Wir haben da zum einen das Sekundarschulhaus Rychenberg und darunter das Schulhaus Römerstrasse, eine Primarschule. Und jetzt sehen wir da auch, wo der geplante Holzmodulbau hinsoll. Warum der neue Holzmodulbau? Die Condecta-Container stehen seit 2010 da und genügen den energetischen Anforderungen nicht mehr, auch die betrieblichen Anforderungen sind nicht mehr gewährleistet und die Bewilligung ist nur noch bis 2027 ausgestellt.
Zum Holzmodulbau-Raumprogramm: Wir haben 5 neue Klassenzimmer und Gruppenräume, ein Therapiezimmer, ein Zimmer für Textiles Gestalten, Schulsozialarbeitsteam, Sitzungszimmer und Nebenräume.
Was ist auch noch enthalten im Projekt? Der Rückbau der Container, es soll einen gedeckten Pausenraum geben und natürlich die Anpassungen der Umgebung.
Zu den Terminen: Da sind wir jetzt Ende 2025 beim Beschluss des Parlaments über diesen Verpflichtungskredit.
Vielleicht nochmals kurz zur Situation, was wir da vorfinden: Ihr seht, wo der geplante Holzmodulbau hinkommen soll. Da haben wir die Condecta-Container, hier das Schulhaus Rychenberg und da unten das Schulhaus Römerstrasse. Und da hat es noch eine zusätzliche Parzelle, die man ebenfalls noch mitberücksichtigt hat.
Hier ist noch der lange Arm von ISOS, der aber kein Problem darstellen soll für einen Holzmodulbau, wie er jetzt realisiert werden soll.
Man hat neun Standorte geprüft, um den Holzmodulbau anbringen zu können, und sich für den Standort 2 entschieden, der hier unten ist. Dieser Standort ist auf dem heutigen Pausenraum bzw. auf einem der Pausenräume des Primarschulhauses.
Das sind noch die diversen Stellen, die auch miteinbezogen wurden in der Standortevaluation; man sieht, das sind doch einige. Zwei Standorte konnten oder mussten ausgeschlossen werden, entweder aufgrund der Grundstücksgrösse oder wegen dem Brandschutzabstand zum Bestandesgebäude. Man hat sich dann, wie gesagt, für den Standort 2 entschieden.
Da gehe ich noch etwas genauer darauf ein. Man sieht hier das Erdgeschoss mit Textilem Gestalten, dann die Klassenzimmer, dann Therapie und Schulsozialarbeit. Im 1. Obergeschoss sind dann weitere Klassenzimmer, Lehrpersonenzimmer. Und da noch einen Blick von Nordfassade und von Westfassade.
Dann kommen wir bereits zum Kostenvoranschlag, dazu muss ich wohl auch nicht allzu viel zusätzlich sagen. Kurz die Kennwerte, damit man sieht, wo das ungefähr einzuordnen ist, auch im Vergleich mit anderen, vergleichbaren Projekten, die im Holzmodulbau realisiert wurden. Da sieht man jeweils an erster Stelle den Modulbau des Rychenbergs.
Zur Diskussion in der SBK: Es gab drei Lesungen. Vor allem diskutiert wurde die Standortfrage, es gab auch unterschiedliche Einschätzungen von verschiedenen Stellen aus der Verwaltung. Diese hat man eingehend beraten. Man hat auch über die räumliche Trennung von Primar- und Sekundarschulkindern diskutiert, weil der Standort 2 natürlich auf einen wesentlichen Anteil der Pausenfläche für Primarschulkinder zu liegen kommt und es durch das automatisch eine zusätzliche Durchmischung von Primar- und Sekundarschulkindern geben wird; also die Stufendurchmischung war ein Thema. Man hat auch darüber diskutiert, ob man die Spielwiese so aufgeben will und man hat auch überlegt, ob man die sehr viel grössere, zusammenhängende Fläche, welche beim Sekundarschulhaus ist, anfassen und sie teilweise verbauen will. Das hat man dann aber so nicht weiterverfolgt. Eine weitere Frage waren die Projekts- und Stadtratsreserven, da ging es darum, dass man da nochmals genauere Angaben erhalten hat, um ein besseres Verständnis dafür zu bekommen. Dann war die Nutzbarkeit der Holzmodulbauten für beide Stufen ein Thema, damit man da auch reagieren könnte, falls der Bedarf künftig anders wäre, wenn der Bedarf dann mehr Richtung Primarschulklassen wäre, ob es dann möglich wäre, das künftig umzunutzen. Das wurde so bejaht.
Schlussendlich kam die Kommission bei einem Entscheid mit 8:1 an.

Es gab wieder einen Mitbericht der BSKK. Sie haben sich wieder eingehend mit der Frage des zusätzlichen Schulraums befasst und sind auch zum Schluss gekommen, dass das so eine stimmige Lösung ist. Und neben der quantitativen Versorgung mit Schulraum waren natürlich vor allem auch die pädagogischen Fragen ein zentrales Thema, dass die räumliche Nähe von Sekundarschulstufe und Primarschulstufe eine gewisse Herausforderung mit sich bringt; aber dass das auch eine Chance sein kann für die Schulentwicklung. Und man kam zum Schluss, dass es entscheidend ist, dass man die Konstellation aktiv gestaltet und das pädagogisch begleitet wird, anstatt es nur als ein Problem zu betrachten. Und deshalb ist die Kommission auch mit 8:1 Stimmen dem Antrag des Stadtrats gefolgt.
Der Antrag lautet:
Für das Projekt «Schulhaus Rychenberg, Holzmodulbau» (Projekt-Nr. 5020190) wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 7’370’000 zu Lasten der Investitionsrechnung des allgemeinen Verwaltungsvermögens bewilligt.
Die Bewilligung erstreckt sich auch auf die durch Teuerung und MWST bedingten Mehr- oder Minderkosten; Stichtag für die Kostenberechnung ist der Bau-Indexstand Oktober 2024.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Alex. Dann sind auch hier zuerst die Mitglieder der SBK an der Reihe. Zuerst gemeldet hat sich Katharina Frei-Glowatz (Grüne/AL).

K. Frei-Glowatz (Grüne/AL): Die Grünen/AL sagen Ja zum Verpflichtungskredit von 7.37 Millionen für den Holzmodulbau beim Schulhaus Rychenberg. Zuerst danke ich aber noch Alex für die gute Vorstellung des Geschäfts.
Um den steigenden Schulraumbedarf rasch zu decken, ist der Modulbau die richtige Antwort. Und es ist auch höchste Zeit, weil damit das bestehende unselige Condecta-Container-Provisorium Ende 2027 endlich ein Ende finden kann. Der gewählte Standort auf dem Bolzwiese des Primarschulhaus Römertor, es wurde schon angesprochen, war nicht ganz unser Wunschstandort, aber wir haben gemerkt, dass der Erhalt der grossen Sportwiese oben entlang der Rychenbergstrasse, der so gesichert werden kann, doch ein grosser Mehrwert ist, den man nicht unterschätzen darf. Dort können so weiterhin grosse Klassen Schulsport machen und an den Abenden Vereine trainieren. Dass der Spielplatzersatz unten, für die jüngeren Schülerinnen und Schüler, schon fester Bestandteil der Projektierung ist, macht uns zuversichtlich, dass dieser an Spielwert und Aufenthaltsqualität den Verlust der heutigen Wiese durch den Holzmodulbau mindestens aufwiegen wird.
Zum Schluss sind wir froh, dass die Verwaltung den Energiestandard Minergie-P-Eco schon in die Weisung geschrieben hat. Seine Einhaltung ist, unserer Ansicht nach, mehr als das Gebot der Stunde. Vielen Dank.

M. Nater (GLP): Auf die Schulraumplanung gehe ich nicht mehr gross ein, das wurde schon alles gesagt. Merci, Alex, für die Vorstellung dieses Bauprojekts.
Bezüglich dem Standort war es immer klar, dass es auf dem Gelände des Rychenberg gebaut werden soll. Es gab nie gross Fragen zur Flexibilität oder den schulischen Ansprüchen, sondern es ging von Anfang an sehr stark um den Standort. Wir von der GLP sehen den Standort auch nicht als ideal an, aber wir sehen keinen Standort, der sich besser eignet. Der Standort auf dem Areal wurde gemeinsam mit den relevanten städtischen Stellen, der Leitung Bildung sowie der Bereichsleitung Familie und Betreuung abgestimmt und orientiert sich an der bestehenden städtebaulichen Struktur. Diese Standortwahl ist jedoch nur bedingt eine politische Frage und wir vertrauen da auf alle eingesetzten Beteiligten und Fachexperten.
Was aber schon noch zu erwähnenswert ist, dass so ein Holzmodulbau einfach auch aus preislicher Sicht und ökologisch viele Vorteile hat. Durch die Normbauweise können Kosten und Bauzeit gespart werden und auch die Risiken sind kleiner, sowie eine grössere Flexibilität für die Zukunft ist vorhanden. Die GLP sieht im Holzmodulbau eine gute Alternative zu teuren, neuen Schulhäusern in Winterthur.
Zusammenfassend: Der neue Holzmodulbau ist unbestritten, der Standort ist breit abgestimmt – von daher stimmt die GLP dem Ausführungskredit zu.

S. Gfeller (SP): In der jetzigen Lage ergibt sich kaum eine Alternative, die realistisch gesehen schneller oder kostengünstiger wäre.
Trotzdem ist klar: Der Standort ist eng und führt zu einer Durchmischung der verschiedenen Schulstufen, was Konflikte erzeugen kann. Pausenflächen und Spielflächen müssen neu organisiert werden. Und der Verlust des bisherigen Spielplatzes zeigt, dass es sich hier um einen Kompromiss handelt. Aber daraus können sich durchaus Chancen ergeben.
Wir würden uns auch wünschen, dass solche Projekte in Zukunft vielleicht ein bisschen früher in der Kommission behandelt werden, denn mit mehr Vorlauf wäre vielleicht auch standorttechnisch mehr möglich gewesen. Die späte Planung bringt uns jetzt unter Zugzwang.
Aber trotz dieser kleinen Kritik: Die Situation ist, wie sie ist. Und der Bedarf ist real und die Zeit drängt. Der Holzmodulbau ist die beste verfügbare Lösung auf diesem Grundstück, um die nächsten Jahre zu überbrücken, bis die Sekundarschule «Leonie-Moser» bereitsteht. Deshalb unterstützen wir den Kredit.

A. Würzer (EVP): Wir bedanken uns auch beim Stadtrat für die Vorlage. Und wenn man die Condecta-Container anschaut, ist eigentlich sofort klar, dass es eine neue Lösung braucht – und die haben wir jetzt auch auf dem Tisch. Wir haben das von der EVP aus durchaus kritisch angeschaut mit dieser Standortwahl, sind aber zum Schluss gekommen, dass es wohl tatsächlich die beste sein dürfte. Gründe für unsere Zurückhaltung waren vor allem, dass es eine Durchmischung von Primar- und Sekundarschulkindern auf dem Pausenplatz geben wird, da der Holzmodulbau auf dem aktuellen Pausenplatz und Spielplatz der Primarschulkinder ist und dieser neu natürlich Richtung Norden verdrängt oder verlegt wird und deshalb räumlich nicht mehr von der Sekundarschule getrennt sein wird. Das kann gerade auch für die Pausenaufsicht (die auch heute schon herausfordernd genug ist) eine zusätzliche Belastung geben; gerade auch die stufenübergreifende Absprache bei Vorfällen auf dem Pausenareal.
Es gibt aber auch Beispiele in der Stadt, wo das offenbar gut funktioniert, und wir hoffen deshalb, dass die neue räumliche Aufteilung und Durchmischung nicht zu Mehrbelastungen (gerade auch des Lehrpersonals) führt. Wir sind auch zum Schluss gekommen, dass es schade wäre, eine der wenigen grösseren Rasenflächen auf Schularealen in der Stadt durch einen Holzmodulbau zu verbauen, gerade wenn man alternative Standorte hat.
Und deshalb unterstützen wir den Verpflichtungskredit so, wie er vorliegt. Vielen Dank.

Ph. Angele (SVP): Ich könnte jetzt die kurze Version machen: Blablabla und wir stimmen dem zu. Oder ich mache eine etwas ausführlichere Version – aber ich versuche trotzdem, das ein bisschen komprimiert zu machen.
Im Osten von Winterthur besteht ein deutliches Schulraumproblem – insbesondere auf der Sekundarstufe, das haben wir vorher gehört, das ist ein grosses Thema. Und diese Vorlage ist die Antwort auf dieses Problem.
Der geplante Holzmodulbau bietet eine pragmatische, rasche und realisierbare Lösung. Und vor allem sind wir viel schneller als mit dem konventionellen Schulhausbau. Deshalb ist das eigentlich gut. Das Ökologie-Thema, das von der GLP kam, ist auch ein Element, aber wir finden, das wichtigste Element ist jetzt einfach der Faktor Zeit, der viel schneller ist. Deshalb ist das okay.
Das andere: Man hat verschiedene Standorte evaluiert, neun Standorte im Perimeter. Das war auch noch Diskussion. Der Standort 2 macht durchaus Sinn. Warum? Weil man auf eine solide Fundation zurückgreifen kann, das sind im Bauprojekt wesentliche Kosten, die man einsparen kann. Darunter ist ein Luftschutzkeller und dieser bietet quasi schon die Fundation für den Hochbau, der darüber kommt.
Kosten von 7.37 Millionen Franken ist als Betrag absolut hoch, wenn man das anschaut, für ein solches Providurium. Aber nichtsdestotrotz muss man auch sagen, wenn man es vergleicht mit Benchmarks u.ä.: Man ist völlig dabei, es ist nicht übertrieben, es ist für modulare Schulbauten durchaus okay.

Von unserer Seite aus gibt es da nicht mehr viel zu sagen. Wir stimmen diesem Verpflichtungskredit zu, trotz der angespannten finanziellen Lage. Und wichtig ist natürlich, dass man immer schaut, dass man die Reserven nicht unbedingt anzapfen muss. Danke.

R. Heuberger (FDP): Für einmal gaben nicht das Bauprojekt selbst oder die Kosten für das Bauprojekt zu reden, sondern tatsächlich der Standort dieses Schulhauses. Es wurde diverse Male gesagt: Es ist vielleicht nicht ein optimaler Standort, aber es ist ein guter Standort.
Es gab zwei Sachen. Das eine war die Diskussion darüber, wie dieser Standort überhaupt evaluiert worden ist. Offenbar hat da eine Diskussion mit sehr vielen Stellen in der Stadt und auch im Schulhaus stattgefunden. Die Menschen sind einbezogen worden, und diesen Dialog begrüssen wir ausdrücklich. Es scheint aber bezüglich Erwartungsmanagement einigen unklar gewesen zu sein, dass man einfach nicht alle Anliegen, die man gerne berücksichtigen würde, immer unter einen Hut bringt. Und dass man Prioritäten setzen muss und dass es eine Interessensabwägung gibt. Und diese Interessensabwägung hat dazu geführt, dass es am Schluss dieser Standort ist, der es heute ist.
Der eigentlich zentrale Punkt ist, ob es zumutbar ist, dass Primarschüler:innen und Oberstufenjugendliche gemeinsam einen Pausenplatz nutzen. Solche gemeinsamen Nutzungen haben wir aber auch, es wurde schon gesagt, in anderen Schulhäusern. Mit guten pädagogischen Konzepten kann eine solche Durchmischung auch eine Chance sein. Wenn die Grossen auf die Kleinen aufpassen, z.B. zu Mentoren werden etc., kann sich ein spannendes Miteinander ergeben. Die neue Schulleitung und die Leitung Bildung machen sich zusammen intensiv Gedanken darüber, wie die bevorstehende Durchmischung für alle Beteiligten gut gestaltet werden kann. Und sie sind auch im Austausch mit anderen Schulhäusern, welche diese Durchmischung schon haben.
Wir sind überzeugt davon, das wird gelingen. Und wir sind überzeugt davon, dass der Standort zwar nicht der ist, welchen wir uns wünschen würden, aber dass er gut ist. Und in diesem Sinne werden wir zustimmen. Danke vielmals.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Romana. Jetzt gehen wir noch kurz zur BSKK. Da hat das Wort für Die Mitte/EDU André Zuraikat.

A. Zuraikat (Die Mitte/EDU): Danke vielmals, Alex, für das Vorstellen des Geschäfts. Und dass Du bei unserem BSKK-Mitbericht dieses Mal mit Deinem Enthusiasmus ein bisschen zurückhaltender warst und auf unsere kritischen Punkte auch ein bisschen eingegangen bist.
In Oberwinterthur, das wurde schon aufgezeigt, besteht ein grosser Bedarf nach mehr Schulraum. In den nächsten 5 Jahren für etwa sechs Sekundarklassen mehr. Alle Räumlichkeiten in den beiden Sekundarschulanlagen Rychenberg und Wallrüti sind belegt. Auch im Condecta-Container des Sekundarschulhauses Rychenberg, welches noch bis Ende 2027 zur Verfügung steht, sind die Räume belegt, wie es auch Alex schon vorgestellt hat.
Mit dem Holzmodulbau ist die Nachfrage nach mehr Schulraum allerdings nicht gedeckt. Der Schulraumbedarf steigt zurzeit stark und schnell an. Dazu kommt, dass auch ein langfristiges Projekt für eine weitere Schulanlage in Oberwinterthur vorhanden ist, dem wir gerade vorhin zugestimmt haben, mit der Schulanlage «Leonie-Moser». Wenn die beiden Projekte umgesetzt sind, ist der Schulraum in Oberwinterthur gemäss aktueller Prognose für die nächsten 15 Jahre gedeckt. Deshalb ist es wichtig, dass wir diesem Kredit zustimmen, damit wir das Wachstum der Schülerinnen und Schüler auffangen können.
Wir sind allerdings kritisch gegenüber der Standortauswahl, das wurde heute Abend mehrfach betont, des Holzmodulbaus. Wir sind nicht der Meinung, dass die Bedürfnisse vor Ort und die kritische Haltung seitens der Schulleitung, der schulergänzenden Betreuung und der Hauswartung genug Rechnung getragen worden ist. Die vorgesehene Standortauswahl wirft einige pädagogische Bedenken seitens unserer Fraktion auf.
Für die Primarschülerinnen und -schüler fällt eine wichtige Spielwiese und der Spielplatz weg. Der Ersatzstandort ist völlig ungünstig gelegen, weil er zu weit weg ist und die kleinen Schü-

lerinnen und Schüler ausserdem an den grossen Sekschülerinnen und -schülern vorbei dorthin gehen müssen. Das wird ihnen Angst machen und es ist zu befürchten, dass sie deshalb den weit weg gelegenen Platz gar nicht nutzen werden. Zudem ist auch die Pausenaufsicht dort kaum zu bewerkstelligen.
Auch im Bereich der Lernqualität und des Wohlbefindens der Schülerinnen und Schüler wird es spürbare Nachteile geben. Die Nähe zu den zu bestehenden Gebäuden und die Verdichtung führen zu einer erhöhten Lärmbelastung, die sich negativ auf die Lernatmosphäre auswirkt. Ausserdem sorgen der Wegfall von Freiflächen und Sportwiesen für reduzierte Bewegungs- und Erholungsmöglichkeiten und dass keine Sportlektionen durchgeführt werden können. Da wären die anderen Standorte, unserer Meinung nach, welche zur Verfügung gestanden wären, deutlich besser geeignet gewesen.
Wir wollen allerdings die Ausführung dieses Projekts nicht verzögern und gewichten den Bedarf nach mehr und schnell zur Verfügung stehenden Schulraum höher als die Standortauswahl. Wir hätten uns gewünscht, dass die Haltung der Schulleitung, der schulergänzenden Betreuung und der Hauswartung von der Sekundarschulanlage Rychenberg ernster genommen worden wäre, und regen das DSS deshalb an, bei der Ausführung des Projekts die Anspruchsgruppen vor Ort mitzunehmen, um Verbesserungen anstreben zu können.
Alle unsere Bedenken könnten natürlich in den Wind geschlagen werden, wenn die Sekschülerinnen und -schüler aus dem Rychi wieder ins Limpi gezügelt würden und die Limpi-Primarschülerinnen und -schüler wieder ins Rychi ziehen würden. Dann wäre der Standort des Holzmodulbaus sogar ideal. Und auch allfällig geplante bauliche Massnahmen im Limpi, damit aus dem Sekschulhaus mit Physikzimmer, Küchen usw. ein Primarschulgebäude zu machen, könnten alle gespart werden. Wir regen deshalb mit Nachdruck an, dass ein solcher Umzug oder Wechsel rasch und im genannten Sinn von der Schulpflege angedacht und umgesetzt wird.
Wir von der Mitte/EDU-Fraktion stimmen dem Verpflichtungskredit zähneknirschend zu. Danke vielmals.

Stadträtin M. Blum: Danke vielmals für die kritischen Voten. Danke, Alex, für das Vorstellen. Danke auch für die unterstützenden Voten. Ich möchte nur ganz kurz auf einige eingehen.
Ich habe es gesagt, es wird eine lange Durststrecke, bis 2033/34, bis das «Leonie-Moser»-Schulhaus hoffentlich dann steht. Wir haben strategisch drei Etappen: Wir haben verschiedene Verschiebungen, Mietlösungen, Mehrfachnutzungen als 1. Etappe. Wir haben Modulbauten (Rychenberg, Rosenau und weitere). Und dann eben das Schulhaus.
Wir haben wirklich eine sehr knappe Situation. Auf das Schuljahr 2027/28 tritt ein kleinerer Sekjahrgang aus und es fehlen dann 5 Klassenzimmer. Dazu kommt, dass wir das Container-Provisorium abbauen müssen. Wir brauchen also dringend eine rasche Lösung. Danke, dass Sie das auch so gesehen haben.
Vielleicht kurz zum Standort: Es kommt mir ein bisschen vor wie die Diskussion beim «Leonie-Moser». Ja, wir hätten alle lieber Freiraum in dieser Stadt. Aber ich glaube, das ist einfach der Preis, den wir für die Verdichtung zahlen. Und irgendwo müssen das Schulhaus und der Holzmodulbau hin. Und das ist der bestmögliche Ort. Und wir haben die Zustimmung und die volle Unterstützung von der Leitung Bildung, von der Betreuung und von der Schulpflege. Und auch die Schulleitung sieht durchaus, dass es jetzt viel wichtiger ist, den dringenden Raum zu haben als noch länger über den Standort zu diskutieren. Es wird keinen idealen Standort geben, das ist der bestmögliche Standort für alle. Darauf haben sich alle geeinigt und es hat ein Dialog stattgefunden, wie auch erwähnt wurde. Sie sind sehr wohl alle sehr eng einbezogen in den ganzen Prozess.
Und bezüglich Durchmischung: Wir bauen langfristig, wir müssen flexibel bauen. Wir wissen nicht, bleibt das ein Sekschulhaus oder wird das zu einem Primarschulhaus. Das wird auf 30 Jahre oder mehr dort stehen, da wird es sicher einmal eine Durchmischung geben. Und da gibt es sehr gute Beispiele, das haben wir auch gehört, im Mattenbach, im Büelwiesen, im Rosenau.

Ich danke auch für die Voten zu den Kosten und zu den ökologischen Kriterien, die wir sehr wohl berücksichtigen wollen. Wie gesagt, der Spielplatz wird ersetzt, das ist direkt im Projekt drin. Und die grosse Sportwiese zu erhalten ist absolut dringend und auch sehr wichtig für die Vereine.
Danke vielmals für das Zustimmen zu einer raschen Lösung.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Martina. Somit kommen wir auch hier zur Abstimmung, die einfach ist.
Entweder dem Kredit von 7.37 Millionen zustimmen mit A oder diesen ablehnen mit B.
Abstimmungsergebnis: Mit 56:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen habt Ihr dem Kredit einstimmig zugestimmt.

Somit haben wir dieses Traktandum ebenfalls abgeschlossen. Und da ich an das Gute im Menschen glaube, gehen wir jetzt noch zum Traktandum 10.

10. Traktandum
Parl.-Nr. 2025.85: Projektierungskredit von Fr. 6,975 Mio. für den Ersatzneubau des Alterszentrums Oberi (Projekt-Nr. 5013620_21019)

Parlamentspräsident Ph. Weber: Projektierungskredit von Fr. 6,975 Mio. für den Ersatzneubau des Alterszentrums Oberi (Projekt-Nr. 5013620_21019). Das Geschäft wird vorgestellt vom zuständigen Referenten der Stadtbaukommission, Andreas Geering.

A. Geering (SBK): Es ist nicht das erste Mal, wo wir von den Schulen, von den Kleinsten, direkt an das andere Ende der Generationenskala gehen, zu den Seniorinnen und Senioren. Ich darf Euch den Projektierungskredit für einen Ersatzneubau des Alterszentrums Oberi vorstellen. Der Antrag lautet: «Für den Ersatzneubau Alterszentrum Oberi wird ein Projektierungskredit von Fr. 6,975 Mio. zu Lasten der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens Eigenwirtschaftsbetriebe bewilligt (Projekt-Nr. 5013620_21019).
Die Bewilligung erstreckt sich auch auf die durch Teuerung und MWST bedingten Mehr- oder Minderkosten; Stichtag für die Kostenberechnung ist der 01.04.2024.»
Ich möchte zuerst kurz allgemein auf den Kontext von Alter und Pflege und seinen Bauten in Winterthur eingehen. Früher war es so, dass man auch schon ohne Pflegebedarf in ein Altersheim eintrat. Und ich kann mich erinnern an den Anfang meiner Zeit im Parlament, damals hat man auch noch von den Verantwortlichen gehört, die Leute kämen tendenziell zu spät, wenn sie schon pflegebedürftig sind; es wäre besser, wenn sie schon früher kämen, damit sie sich besser an das Leben im Altersheim gewöhnen können.
Heute ist das total anders. Heute möchte man, dass die Leute möglichst lange zuhause autonom leben können. Man stellt dazu auch Spitex zur Verfügung. Man hat bei Alter und Pflege sogenannte Tageszentren, so dass man pflegende Angehörige entlasten kann durch einen Tagesaufenthalt oder durch einen Wochenaufenthalt. Man hat auch Zentren oder Plätze, so dass man nach einem Unfall in einem Alterszentrum wohnen kann, temporär befristet, bis zuhause die Situation so angepasst ist, dass man wieder zuhause leben kann oder bis man eine andere Wohnlösung gefunden hat.
Entsprechend spricht man heute nicht mehr von Altersheimen und Pflegheimen, sondern von Alterszentren, da doch alles unter einem Dach sein soll.
Trotz dieser Entwicklung hin zu ambulant, mehr ambulant und weniger lang wohnen im Alterszentrum, wird man künftig Alterszentren brauchen in Winterthur. Heute haben wir ca. 20'000 Personen in Winterthur, die über 65 Jahre alt sind. Im Jahr 2040 gehen die Schätzungen davon aus, dass wir 28'000 Menschen über 65 Jahre haben werden. In Winterthur bedeutet das gemäss Prognose einen zusätzlichen Bettenbedarf von ca 130 Betten bis dahin. Auf dem Gebiet der Stadt Winterthur gibt es aktuell 1'134 Pflegebetten oder Pflegeplätze. 600

davon werden von Alter und Pflege der Stadt Winterthur zur Verfügung gestellt; die anderen werden von privaten Anbietern zur Verfügung gestellt. Beim Zuwachs von diesen 124 Pflegeplätzen ist das Ziel, dass das durch private Institutionen abgedeckt wird. Das Ziel der Sanierungen und Ersatzneubauten bei Alter und Pflege Winterthur ist, den aktuellen Bestand von 600 Plätzen stabil zu halten und so weiterzuführen.
Entsprechend hat Alter und Pflege Winterthur eine Immobilienstrategie entwickelt, bei der man Rochadefläche hat im Alterszentrum Adlergarten. Vielleicht als Klammerbemerkung: Die Sanierung des Alterszentrum Oberwinterthur ist ja eigentlich schon sehr lange Thema, mindestens schon 10 Jahre. Der temporäre Bau im Adlergarten war einmal als Rochadefläche gedacht auch für Oberwinterthur. Das kann man jetzt nicht mehr machen, weil man diesen zurückbauen muss. Entsprechend hat man jetzt einen Erweiterungsneubau beim Adlergarten in Planung, damit man dann dort eine Rochadenfläche hat, um eines nach dem anderen alle Alterszentren zu sanieren: Oberwinterthur, Brühlgut und Rosental. Eines nach dem anderen sollen diese Zentren saniert werden und der Betrieb dieser Zentren wird jeweils für diese temporären Bauzeiten im Adlergarten sein. So die Immobilienstrategie.
Ich möchte zum Ersatzneubau Oberi kommen. Das Alterszentrum Oberi mit Personalhaus wurde 1982 gebaut. Heute hat man im Zentrum 92 Betten in 4 Wohngruppen und 21 Betten in der Demenz-Wohngruppe. Im ehemaligen Personalhaus gibt es weitere Wohngruppen mit 9 Betten für betreutes Wohnen, zusätzlich 53 1- und 2-Zimmer-Wohnungen, die Alters- und Sozialwohnungen sind. Und die Spitex ist dort.
Das Alterszentrum Oberi hat einen erheblichen Erneuerungsbedarf, ich habe das schon kurz erwähnt vorher, der schon lange bekannt ist. Dieser Erneuerungsbedarf betrifft die Baustruktur, aber ist auch wichtig für ein bedarfsgerechtes Angebot. Geplant sind im neuen Alterszentrum Oberi 48 Betten in zwei Wohngruppen mit 1er-Zimmern und 48 weitere Plätze in zwei Wohngruppen für Demenzplätze. Weiter sind 67 1.5- bis 2-Zimmer-Wohnungen geplant für Wohnen mit Service. Und es soll Verwaltungsflächen für die Spitex geben.
Die Attraktivität des Standorts soll gesteigert werden, für die Bewohnenden wie auch für die Mitarbeitenden. Die Dienstleistungen sollen ausgebaut werden und die Zivilschutzplätze, die es dort gibt, sollen erhalten bleiben.
Es gab eine Machbarkeitsstudie zum Alterszentrum und man kam zum Schluss, dass man eigentlich, um einen optimalen Betrieb sicherzustellen, einen Ersatzneubau vorschlägt. Damit wäre es dann möglich, dass man die Wohngruppen mit 24 Plätzen pro Etage machen könnte, was einen optimalen Betrieb zulässt. Der Park mit seinem alten, schönen Baumbestand soll erhalten bleiben.
Man hat dann überlegt, ob man allenfalls einen Teil der Bestandesgebäude erhalten könnte. Und man hat eine zweite Variante angedacht, bei der man das Wohnen mit Service im jetzigen Zentrum einbauen und dieses erhalten würde; und nur für den Pflegeplatzteil des Alterszentrums einen Neubau machen würde. Aktuell sind immer noch die beiden Varianten, welche aus dieser Machbarkeitsstudie kamen, offen. Und man möchte in diesem Sinn einen zweistufigen Wettbewerb machen, bei dem man zuerst als Aufgabe des Wettbewerbs abklärt, welches das richtige Vorgehen ist: Ein Ersatzneubau für das Gesamte oder ein Ersatzneubau für die Pflegeplätze und eine Sanierung im Bestand für das Wohnen mit Service.
Die nächsten Meilensteine, wenn man dann dem Planungskredit zustimmt, wären dann die folgenden: Man würde dann also in die Projektierung gehen für das Alterszentrum Oberwinterthur. Man geht von einer Kostenschätzung mit 85 Millionen Franken mit der üblichen Kostengenauigkeit von +/- 25% aus. Für die Projektierung sind wie schon gesagt 6.975 Millionen Franken beantragt. Der Zuschlag an das Planungsteam soll im Sommer 2027 erfolgen. Und dann, wenn man den Ausführungskredit hat nach einer Behandlung im Stadtparlament, wäre eine Volksabstimmung anfangs 2030 geplant, mit anschliessender Bauphase, so dass man das Gebäude 2034 in Betrieb nehmen könnte.
Die Stadtbaukommission hat dieses Geschäft in drei Lesungen behandelt. Die erste Lesung war gemeinsam mit der SSK. Die Fragen wurden zufriedenstellend beantwortet. Ein wesentlicher Punkt der Diskussion waren die angestrebten Pflegeplätze pro Etage, welche ja letzt-

endlich der Grund sind, weshalb es einen Ersatzneubau braucht. Es wurde uns aber nachvollziehbar dargelegt, dass das die optimale Grösse für den Betrieb ist. Ebenfalls diskutiert wurde die Frage, ob in der Wettbewerbsausschreibung schon eine Obergrenze bezüglich Treibhausgasemissionen pro Jahr für die Erstellung und den Betrieb des Baus hineingenommen werden soll. Ein entsprechender Antrag wurde in der Kommission aber abgelehnt. Die Stadtbaukommission hat diesem Planungskredit am 29. September in der 3. Lesung mit 9:0 zugestimmt. Die SSK hat ebenfalls mit 9:0 zugestimmt. Falls die SSK ihren Mitbericht weiter ausführen möchte, würde sie das selbst machen.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Andreas, für das Vorstellen. Jetzt wurde uns zu diesem Geschäft noch ein Änderungsantrag gemeldet, den wir am besten gleich jetzt stellen und begründen, damit nachher die Diskussion auch über diesen Antrag mitstattfinden kann. Der Antrag wird von Markus Nater (GLP) gestellt und begründet.

M. Nater (GLP): Der Antrag ist vorne eingeblendet: «Beim Alterszentrum Oberwinterthur ist als Richtwert eine Obergrenze von jährlich 10 kg/m^2 Treibhausgasemissionen für die Erstellung und den Betrieb gemäss SIA 390/1 einzuhalten oder zu unterschreiten. Dieser Wert gilt für den Neubau und den Umbau und soll ein bewerteter Aspekt beim Architekturwettbewerb sein.»
Merci, Andreas, für die umfangreiche Vorstellung dieses Projektierungskredits. Gerade Senioren sind vom Klimawandel besonders stark betroffen, und von daher ist es auch wichtig, das Thema aufzunehmen. Und das ist ein weiterer Grund für diesen Antrag.
Wir von der GLP stellen den Antrag, dass die graue Energie bei der Bewertung beim Architekturwettbewerb Alterszentrum Oberwinterthur aufgenommen wird. Sobald die Beheizung eines Gebäudes mit erneuerbarer Energie durchgeführt wird, macht der Anteil der Treibhausgase aus der Erstellung den grössten Teil der CO_2-Emissionen aus. Darum ist der CO_2-Anteil durch das Bauen ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu Netto-Null.
Aussage Wüst und Partner zur Norm 390/1, von der auch die Kennwerte kommen: Der SIA Klimapfad setzt wegweisende Standards für mehr Klimatransparenz und macht den Schweizer Gebäudepark fit für das Netto-Null-Ziel. Insbesondere die klaren Vorgaben zur Treibhausgas-Bilanzierung erhöhen die Verbindlichkeit und stärken den Anreiz zu echter Emissionsvermeidung.
Auch vergleicht sich die Stadt Winterthur besonders bei den Kosten immer mit der Stadt Zürich und dann kommt die Aussage, dass man gleich teuer ist. Leider werden oft nur die Kosten verglichen und nicht die Leistungen. So hat die Stadt Zürich auch das Netto-Null-Ziel bis 2040, nimmt aber bei ihren Bauprojekten die graue Energie konsequent in die Bewertung der Projekte hinein. Bei der Stadt Winterthur ist Netto-Null 2040 nicht mal in der Weisung Alterszentrum Oberwinterthur erwähnt worden.
Es ist daher völlig unverständlich, dass die Stadt Winterthur so baut, als ob es kein Netto-Null 2040 Ziel gibt. Daher geben wir von der GLP den absolut moderaten Grenzwert von 10kg/m^2 als Vorgabe für den Architekturwettbewerb ein, damit Verbindlichkeit und Anreiz zur Emissionsvermeidung geschaffen wird.
Daher, wenn Netto-Null 2040 im Baubereich der Stadt Winterthur nicht nur eine leere Hülle bleiben soll, baue ich auf eine breite Unterstützung aus der Klimaallianz.

K. Frei-Glowatz (Grüne/AL): Zum Verpflichtungskredit sage ich nur: Wir nehmen ihn an. Die Begründung muss ich wohl nicht ausführen, das lasse ich angesichts der Uhrzeit weg.
Aber ich begründe ganz kurz, weshalb wir den Klimapfad 390/1 auch unterstützen, also den Antrag der GLP. Wir glauben, dass Winterthur das kann. Zum Beispiel hat die Stadt zuletzt vor zwei Jahren, im Herbst 2023, schon das 5. Mal in Folge das Energiestadt-Label Gold erhalten. Und schliesslich ist es erst vier Jahre her, dass die Bevölkerung mit ihrem klaren Ja zum Netto-Null-Ziel 2040 den ehrgeizigen Pflock eingeschlagen hat. Diesen darf man nicht aus den Augen verlieren.

Die entsprechenden Berechnungstools sind vorhanden. Und auch wenn es bei einem Alterszentrum ganz offensichtlich noch ein bisschen schwieriger ist, denn man hat einen erhöhten Wasserbedarf, man hat ständige Heizung, Beleuchtung und die technische Infrastruktur für medizinische Services können das natürlich alles noch verkomplizieren. Trotzdem glauben wir, dass das mit der frühzeitigen Planung und frühzeitigen Verpflichtung erreicht werden kann. Zum Beispiel durch Holzbauweise, Recycling-Beton, weiteren Low-Carbon-Materialien wie Sekundarstahl oder carbonarmen Zement etc. Und natürlich Wärmepumpe mit PV, Lüftung mit Wärmerückgewinnung und intelligenter Steuerung und LED-Beleuchtung. Mobilität spielt ohnehin keine Rolle beim Alterszentrum, die ÖV-Anbindung für das Personal ist gegeben am Standort und von daher fällt das auch nicht ins Gewicht. Und es hilft eigentlich, um das Treibausgasemissionsziel zu erreichen. Vielen Dank.

M. Graf (SVP): Die SVP unterstützt den Projektierungskredit für den Ersatzneubau des Alterszentrum Oberi und nimmt die Vorlage zustimmend zur Kenntnis. Das bestehende Gebäude ist in die Jahre gekommen und erfüllt die heutigen Anforderungen nicht mehr. Es ist richtig, jetzt eine saubere planerische Grundlage für die Zukunft zu schaffen. Wichtig ist uns aber: Die Stadt muss die Kosten im Griff behalten. Das Angebot darf nicht über den realen Bedarf hinausgehen. Und bei der Planung sollen Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit Vorrang haben. Lieber 65 Millionen anstatt 107 Millionen.
Dann wäre noch eine Frage an Markus Nater: Weisst Du, wie viele Mehrkosten Dein Antrag verursachen würde?
Danke.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Seit 2020 begleite ich die Produktegruppe Alter und Pflege sehr eng. Zuerst als Produktegruppenverantwortlicher in der SSK und seit 2022 als Referent für die Sozialbauten in der SBK. Alter und Pflege hat mit der Pflegestrategie und der Immobilienstrategie eine solide Planungsarbeit geleistet und Überzeugungsarbeit gemacht, so dass sie wissen, wann sie welches Zentrum in welcher Abfolge brauchen. Das ist wichtig, damit man nicht «ins Blaue» plant.
Beim Alterszentrum Oberi überzeugt das Nutzungskonzept mit dem Ersatzneubau und wir sind gespannt, welche Realisierung für das Wohnen mit Service gewählt werden wird – ein Ersatzneubau oder ein Bau im Bestand. Für uns ist dabei entscheidend, dass bei diesem Entscheid nicht nur die ökologischen Aspekte gewichtet werden, sondern auch die betrieblichen und die Kosten. Häufig ist es ja so, dass ein Bau im Bestand teurer ist und betrieblich schwieriger als ein Ersatzneubau. Wir teilen die ökologischen Anliegen, bei welchen ein Bau im Bestand Vorteile hätte, wir möchten aber, dass es wirklich ergebnisoffen angeschaut wird.
Dem Projektierungskredit stimmen wir zu.
Dem Ergänzungsantrag der GLP stimmen wir nicht zu. Wir sind der Meinung, dass Alter und Pflege, die Verantwortlichen dort für den Bau, und auch die Verantwortlichen im Baudepartement wissen, dass wir auf dem Weg zu Netto-Null 2040 sind. Und sie wissen auch, wie sie das in Bauten umsetzen müssen – und sie werden das auch machen. Es ist für uns auch nicht ganz nachvollziehbar und erscheint ein bisschen willkürlich, wieso man diesen Antrag stellt bei einem Planungskredit für eine Sozialbaute, aber nicht bei einem Antrag für eine Schulbaute. Es ist irgendwie nicht ganz konsistent.
Gleichzeitig muss man auch sagen: Auch wir hätten noch Wünsche. Wir verzichten aber z.B. auf einen Antrag auf ein Kostendach, obwohl wir hoffen, dass man dann nicht plus 25% braucht.
In dem Sinn, wie gesagt: Die Mitte/EDU-Fraktion unterstützt den Projektierungskredit, nicht aber den Änderungsantrag.

R. Heuberger (FDP): Vielen Dank, Andreas, für die Präsentation dieser Vorlage. Für uns ist wichtig, dass die Angebotsstrategie vor ungefähr vier Jahren deutlich überarbeitet wurde. Man hat auch den Bedarf an Betten deutlich nach unten korrigiert. Und das war wichtig, weil

man jetzt auf einer Basis ist, auf der man sagen kann: Das wird so funktionieren, die Berechnungen haben Hand und Fuss. Und aus diesen Berechnungen heraus ist eine Strategie erstellt worden, bei der jetzt eine Vorlage nach der anderen – sprich: ein Alterszentrum nach dem anderen – saniert wird. Und diese Sanierungen sind optimal aufeinander abgestimmt. Und deshalb werden wir den Antrag so, wie er jetzt vorliegt, auch unterstützen.
Bezüglich Kosten verzichte ich darauf, nochmals die gleichen Ausführungen zu machen wie beim Schulhausbau. Ich habe es dort schon gesagt. Wir haben hier die genau gleichen Anforderungen, um diese Kosten im Griff zu halten, wie im Schulhausbau auch.
Ich möchte aber doch noch auf den Antrag der GLP eingehen. Wir haben intensiv diskutiert, wie denn die Materialisierung eines solchen Alterszentrums aussehen soll. Insbesondere wurde auch der Einsatz von Holz intensiv diskutiert. Fakt ist, man sagte, die alten Leute haben vor allem ein Problem: Es darf nicht zu heiss sein. Sie müssen gut und effizient betreut werden können. Sie müssen eine angenehme Lebensumgebung haben, weil sie sehr viel Zeit in diesen Räumen verbringen, welche wir hier bauen. Und die Funktionalität und auch die Härte des Baus (er muss einiges vertragen, wenn man da mit Betten und Material herumfährt und in Zukunft vielleicht auch mit Robotern) – das muss einiges aushalten. Und deshalb ist für uns wirklich wichtig, dass man da einen guten, soliden Bau hinstellt.
Die Frage, die Du gestellt hast, Marco, konnte man uns ja nicht beantworten in der Kommission; wie viel das mehr kosten würde, wenn man das, was jetzt die GLP beantragt, unterstützen würde. Und ich bin froh, dass Kathrin Frei-Glowatz in ihrem Votum sagte, dass es klar sei, bei einem Alterszentrum wäre es noch schwieriger, diese Anforderungen umzusetzen. Und deshalb bin ich schon ein bisschen erstaunt, dass dieser Antrag jetzt beim Alterszentrum kommt, aber bei der Schule, wo es vermutlich einfacher gewesen wäre, das umzusetzen, nicht kommt. Und genau beim Alterszentrum, wo es schwieriger ist, genau bedarfsgerecht für die alten Leute zu bauen, da kommt er – bei den anderen nicht.
Und ich erlaube mir noch eine Bemerkung, Kathrin: Du hast gesagt, die Mitarbeitenden, für diese sei die Anbindung gut und das habe keinen Einfluss auf diese Zahl. Ich hoffe aber doch sehr, dass im Alterszentrum auch noch ganz viele Besuchende kommen. Und gerade diese Besuchenden sind oft nicht sehr gut zu Fuss und sind sehr oft auch ältere Menschen. Und auch diese werden CO2 produzieren, welches dann auch noch hineinspielen würde hier.
Der langen Rede kurzer Sinn: Wir werden den GLP-Antrag nicht unterstützen.
Wir finden, wenn wir ein solches Experiment machen, dann bitte bei einem Bau, bei dem es einfacher ist – und nicht hier. Danke vielmals.

L. Merz (SP): Die SP-Fraktion stimmt dem Projektierungskredit für den Ersatzneubau des Alterszentrums Oberi zu. Wir begrüssen explizit, dass dieser Wettbewerb zweistufig geplant ist und zwei Varianten in den Wettbewerb geschickt werden. Wir haben es gehört, entweder ein kompletter Ersatzneubau oder ein Ersatzneubau kombiniert mit einem Teilerhalt des Bestandesgebäude für das Wohnen mit Service.
Wichtig finden wir, dass bei der Ausarbeitung des Projekts auch Wert daraufgelegt wird, Infrastruktur zu fördern, die das Quartier mitdenkt – sei dies mit Gemeinschaftsräumen oder weiteren halböffentlichen Räumen, die auch dem Quartier zugutekommen können. Wir möchten ausserdem den Stadtrat ermutigen, Möglichkeiten zu prüfen, wie der Altbau – sollte er denn stehen bleiben – neben den Alterswohnungen auch genossenschaftlich genutzt werden könnte. Dies wäre gerade aus Sicht von generationenübergreifender Durchmischung sicher eine attraktive Option.
Den GLP-Antrag lehnen wir ab. Und zwar nicht, weil wir gegen den strengeren Gebäudestandard sind, sondern weil wir der Meinung sind, dass wir dies nicht bei einem einzelnen Projekt – und dann gerade noch einem Spezialbau wie einem Alterszentrum – einführen wollen. Der Wettbewerb soll ausserdem unserer Meinung nach zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu fest eingeschränkt werden. Vielen Dank.

M. Nater (GLP): Oups. Ich sehe, die Nachhaltigkeit ist ein Thema – und deshalb muss sie auch entsprechend thematisiert werden.

Ich sage Merci an das Projektteam vom Alterszentrum Oberi, für das Eingehen auf unsere Fragen und Argumente. Bei den Bauten für die Alterszentren war es eine gute Zusammenarbeit, bei der unsere kritischen Fragen in der Kommission gut aufgenommen und ausführlich beantwortet wurden. Von daher war das eine sehr offene Zusammenarbeit.
Natürlich waren die Antworten nicht immer in dem Sinne der politischen Ausrichtung, aber es ist sicher auch ein gutes Zeichen, dass alles mit 9:0 durch die Kommissionen gegangen ist. Dazu muss man aber auch sagen, dass man bei den meisten Projekten nur die Möglichkeit hat, Ja oder Nein zu sagen. Daher auch jetzt noch einige kritischen Punkte und Benedikt Oeschger wird anschliessend auch noch kurz etwas zu den Schutzräumen und der Anzahl Pflegeplätzen sagen.
Was uns auch hier beschäftigt, sind die Kosten. Die veranschlagten Kosten für die 165 Pflegeplätze sind sehr hoch und der Vergleich der Kosten wurde nur mit Bauten aus Zürich aufgezeigt. Wir von der GLP haben auch vergleichbare Kosten für ausserhalb von Zürich angefordert, welche aber scheinbar so nicht vorhanden sind. Wir erwarten bei diesem Projekt, dass der Zielwert mit Reserven von 83.3 Millionen als Obergrenze gesetzt wird, was im Rahmen des Architekturwettbewerbes möglich ist.
Durch den Architekturwettbewerb wird auch abgeklärt, ob und in welchem Umfang zusätzliche Flächen für quartierbezogene Nutzungen vorgesehen werden können. Dies begrüssen wir ausdrücklich von der GLP, damit das Alterszentrum in das Quartier integriert ist und damit in Zukunft im Alterszentrum flexible Nutzungen möglich sind.
Jetzt nochmals zur Ökologie: Das laufende Wettbewerbsverfahren ist so ausgestaltet, dass sowohl Ersatzneubauten als auch eine Mischform mit Weiterbestand geprüft werden können. Das Vorgehen mit einem zweistufigen Architekturwettbewerb hat Vorteile, da dadurch geklärt werden kann, ob ein neueres Gebäude, ein Gebäude aus den 80er-Jahren, mit einer guten Bausubstanz ersetzt werden soll, oder ob da noch mehr möglich ist, dass man vielleicht auf der bestehenden Struktur noch etwas machen kann. Gerade für diese Fragestellung wäre es aber immens wichtig zu klären, wie die Bilanz bezüglich grauer Energie aussieht. Und von daher ist es unverständlich, dass man in dem Projekt keine konkreten Treibhausgas-Ziele einsetzt. Das wird in wenigen Jahren zum Standard werden.
Zur Frage von Marco und Romana wegen den Kosten: Eine solche Transparenz bei einem solchen Gebäude, da würde ich sagen, das ist ein höherer 5stelliger Betrag, so wie ich es aus meiner Erfahrung kenne. Es geht einfach um Transparenz. Und ich stelle die Gegenfrage: Wie hoch sind die Kosten der Klimakatastrophe? Könnt Ihr mir das sagen?
Im Weiteren die Frage von Andreas: Bei den Schulbauten haben wir natürlich die gleiche Erwartung. Und an Romana: Auch mit einem Gebäude, das wenig graue Energie hat, kann man sehr stabil bauen. Und man hört jetzt immer wieder überall: Nachhaltigkeit ja, aber nur nicht bei uns; wir wollen keinen Versuch machen; Netto-Null 2040 ist ein Ziel, wir machen es überall, aber wir wollen nicht anfangen… Es ist sehr, sehr zurückhaltend, was ich hier bisher gehört habe.
Ich muss aber sagen: Dass die Bürgerlichen unseren GLP-Antrag zur Transparenz bei den Treibhausgasen wahrscheinlich nicht unterstützen, habe ich angenommen. Das ist konsequent, da die Bürgerlichen das Erreichen der Netto-Null Ziele nicht hoch priorisieren. Bei der SP hoffte ich darauf, weil sie normalerweise Massnahmen gegen den Klimawandel im Rahmen der Klimaallianz unterstützen.
Die GLP unterstützt den Projektierungskredit, damit die Bevölkerung von Winterthur sich auf eine moderne Pflegeversorgung verlassen kann.

A. Würzer (EVP): Damit unser Ratspräsident weiterhin an das Gute im Menschen glauben kann, versuche ich, mich kurz zu halten.
Der Stadtrat zeigt verständlich auf, dass die bestehende Infrastruktur vom AZO weder baulich noch betrieblich den heutigen Anforderungen entspricht und deshalb auch ein Neubau angezeigt ist. Es in dem Sinne bedauerlich, dass das bei einem Gebäude, das erst in den 80er-Jahren gebaut wurde, bereits schon so der Fall ist.

Wir begrüssen auch explizit, wie es auch Livia Merz schon gesagt hat, den zweistufigen Architekturwettbewerb, bei dem auch die Frage geklärt werden soll, ob man mit dem Bestandesgebäude doch noch etwas anfangen kann.
Gegenüber der bisherigen Investitionsplanung ergeben sich jetzt Mehrkosten von immerhin ca. 23 Millionen Franken. Viel mehr als zur Kenntnis zu nehmen ist zum aktuellen Zeitpunkt wohl kaum möglich, aber die Zahlen sind natürlich schon bemerkenswert.
Was wir definitiv begrüssen, ist, dass künftig verstärkt auch das Angebot für Wohnen mit Service berücksichtigt wird, was definitiv den heutigen Bedürfnissen entspricht. Uns ist es ein grosses Anliegen, dass Menschen in unserer Stadt, welche in die Situation kommen, in der sie auf solche Angebote angewiesen sind, bestmöglich versorgt werden. Auf das zielt auch das vorliegende Projekt mit dem entsprechenden Projektierungskredit ab. Das möchten wir deshalb auch so unterstützen und dieser Vorlage zustimmen.
Ebenfalls unterstützen wir den Antrag der GLP, wie wir das auch schon in der Kommission gemacht haben. Wir können aber auch die kritischen Voten, gerade auch zum Zeitpunkt der Einführung, nachvollziehen. Vielen Dank.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Alex. Wie es aussieht mit meinem Glauben, das kommt jetzt aus, wenn uns Benedikt Oeschger etwas über Schutzräume erzählt. Er hat das Wort.

B. Oeschger (GLP): Lieber Alex, ich möchte nicht allzu weit ausschweifen, denn am Anlass des Alterszentrum Oberi habe ich nämlich gelernt, dass zum gesunden Altern auch genügend Schlaf gehört. Und es ist ja doch schon ein bisschen spät.
Ich ergänze die Positionen der Grünliberalen aus der Perspektive aus der SSK, die dazu einen Mitbericht verfasst hat.
Die Stadt Winterthur hat rund 8’000 Schutzplätze zu wenig. Deswegen ist die Stadt Winterthur gesetzlich verpflichtet, neben der normalen Schutzraumbautätigkeit weitere öffentliche Schutzräume zu erstellen. Oberwinterthur ist eines der 9 Gebieten in Winterthur, das als Ausgleichsgebiet mit Defizit klassiert ist. Von dem genannten Schutzraumdefizit von 8’000 Plätzen entfallen 1’500 auf Oberi. Also Oberi hat nicht nur ein Schulraumdefizit, sondern auch ein Schutzraumdefizit. Deswegen hätten es die Grünliberalen nach Punkt 4 der sogenannten «Winterthurer Regel» aus dem Stadtratsbeschluss SR.24.722-1 vom 30. Oktober 2024 strategisch wichtig gefunden, dass zusätzliche öffentliche Schutzräume in die Projektierung dieses Grossprojekts aufgenommen worden wären.
Im Vordergrund des Projekts stehen allerdings die Pflegeplätze. Die Unsicherheit in der Prognose über die Anzahl von den in Zukunft benötigten Pflegeplätzen anerkennen wir. Wichtig ist uns deshalb anzumerken, dass das Projekt Alterszentrum Oberi keine direkte Schlussfolgerung aus der Pflegeprognose ist. Wie es in der Vorstellung richtigerweise gesagt wurde, soll die Anzahl der Pflegeplätze stabil gehalten werden. Die Anzahl Pflegeplätze wird nämlich mit diesem Projekt nur leicht, um 2 Plätze erhöht, von heute 163 auf zukünftig 165. Und weil die Prognose eben eine Prognose ist, ist für die GLP die flexible Bauweise auch so wichtig, damit man dann auf die zukünftigen Entwicklungen reagieren kann.
In dem Sinne bedanke ich mich beim Stadtrat Nicolas Galladé und den Mitarbeitenden des DSO für die Arbeit, die hinter der Umsetzung des Masterplans Pflegeversorgung steht.

Stadtrat N. Galladé: Besten Dank für die sehr breite Debatte. Eigentlich wäre es um ein Alterszentrum gegangen, aber es ging irgendwie von die Welt mit Schutzräumen retten über das Klima retten zu… Es wurde noch relativ viel hineingepackt.
Es ist keine triviale Sache, das kann man sagen.
Ich möchte dem Referenten Andreas Geering danken für die Präsentation, die sehr vieles umfasst. Es sind noch sehr viele Aspekte dazugekommen, welche alle für sich nachvollziehbare Gründe sind. Letztlich geht es aber mehr darum, dass wir wahrscheinlich nicht die eierlegende Wollmilchsau dann auch noch zu einem guten Preis hier drinnen beschliessen können.

Ich glaube, mit diesem Vorgehen tragen wir Rechnung. Wir haben es gehört: Dem ausgewiesenen Pflegebettenbedarf, dem ausgewiesenen Erneuerungsbedarf des konkreten Alterszentrum Oberi. Es ist in line mit der Alters- und Immobilienstrategie von Alter und Pflege. Und mit dem zweistufigen Vorgehen verbauen und vergeben wir uns nichts. Es ist im Wettbewerb dann noch alles drin.
Ich möchte im Namen des Stadtrats aber darum bitten, dass man hier nicht nochmals einen daraufpackt. Ich kann den Antrag der GLP nachvollziehen. Ich kann es auch gut nachvollziehen, wenn eine Parlamentsmehrheit diesem – bei allem Respekt – nicht stattgeben wird und die Vorlage unterstützt.
Und ich möchte es bei dem bewenden lassen, damit der Glaube an das Gute im Menschen nicht überstrapaziert wird. Ich danke für die Debatte und Unterstützung.
Einen schönen Abend schon von meiner Seite.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Nicolas. Somit kommen wir noch zur Abstimmung. Bei der Abstimmung 1 geht es um den Antrag der GLP.
Wenn Sie den Antrag annehmen möchten und somit mit in die Stadtratsweisung hineinnehmen möchten, dann drücken Sie A. Wer das nicht möchte, drückt B.
Abstimmungsergebnis: Mit 34:22 Stimmen bei 0 Enthaltungen ist dieser Antrag abgelehnt.

Somit kommen wir jetzt zur zweiten Abstimmung, welche einfach die unveränderte Vorlage ist.
Wer dem Kredit über 6.975 Millionen so, wie er ist, zustimmen möchte, drückt A. Wer den Kredit ablehnen möchte, drückt B.
Abstimmungsergebnis: Der Kredit wurde mit 56:0 bei 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Somit ist dieses Traktandum beendet und somit ist auch die heutige Sitzung beendet. Vielen Dank für das etwas länger Hierbleiben.
Wir sehen uns am 1. Dezember zur Budgetdebatte, dann werden wir sehen, wie das genau aussieht mit diesen Allianzen.
Einen schönen Abend miteinander.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:	Der 1. Vizepräsident:	Der 2. Vizepräsident:
Ph. Weber (SP)	S. Kocher (GLP)	Ph. Angele (SVP)

Beilagen:
- Abstimmungsprotokolle

Abstimmungstitel **1. Dringliche Interpellation betr. Priorisierung Verkehrsinfrastrukturprojekte**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	10.November.2025 16:31:28
Abstimmungsfrage	Dringlickkeit

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	52
B: Ablehnung	2
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
. .	Nicht anwesend
. .	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	B: Ablehnung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Nicht anwesend
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	Nicht anwesend

Name	*Ergebnis*
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	Nicht anwesend
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Vogel Kaspar	Nicht anwesend
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel **4. Verpflichtungskredit House of Winterthur 2026-2029 (2025.58)**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	10.November.2025 17:26:01
Abstimmungsfrage	Gegenüberstellung Anträge Stadtrat und AK

Ergebnis

Stimmberechtigt	56
A: Fassung Stadtrat	0
B: Fassung AK	55
Enthaltung	0
Abgestimmt	55
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
. .	Nicht anwesend
. .	Nicht anwesend
Angele Philipp	B: Fassung AK
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	B: Fassung AK
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Fassung AK
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	B: Fassung AK
Della Sega Christian	B: Fassung AK
Diener Reto	B: Fassung AK
Ehrbar Jan	B: Fassung AK
Ernst Nora	B: Fassung AK
Fehr Jan	B: Fassung AK
Frei Glowatz Katharina	B: Fassung AK
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	B: Fassung AK
Gfeller Selim	B: Fassung AK
Gisler-Burri Gabriella	B: Fassung AK
Gnesa Marilena	B: Fassung AK
Gonçalves Simon	B: Fassung AK
Graf Marco	B: Fassung AK
Gross Michael	B: Fassung AK
Gschwind Thomi	B: Fassung AK
Gubler Stefan	B: Fassung AK
Guddal Jan	B: Fassung AK
Hager Katja	B: Fassung AK
Hartmann Christian	B: Fassung AK
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Fassung AK
Helg Felix	B: Fassung AK
Hertli-Wanner Corinne	B: Fassung AK
Heuberger Romana	B: Fassung AK
Holderegger Nicole	B: Fassung AK
Hugentobler Roman	B: Fassung AK
Jacot-Descombes Lea	B: Fassung AK

Name	*Ergebnis*
Keller Regula	B: Fassung AK
Kellerhals Vogel Benjamin	B: Fassung AK
Kocher Samuel	B: Fassung AK
Kramer-Schwob Franziska	B: Fassung AK
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuster Iris	B: Fassung AK
Lischer Maria	B: Fassung AK
Maier Christian	B: Fassung AK
Mancuso Cristina	B: Fassung AK
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Fassung AK
Nater Markus	B: Fassung AK
Oeschger Benedikt	B: Fassung AK
Perroulaz Raphael	B: Fassung AK
Praetorius Julius	B: Fassung AK
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	B: Fassung AK
Romay Dani	B: Fassung AK
Roth-Nater Daniela	B: Fassung AK
Rupper Lukas	B: Fassung AK
Sorgo Maria	Nicht anwesend
Staub Olivia	B: Fassung AK
Steiner Annetta	B: Fassung AK
Steiner Markus	B: Fassung AK
Stritt Gabriela	B: Fassung AK
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Vogel Kaspar	Nicht anwesend
Wäckerlin Marc	B: Fassung AK
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	B: Fassung AK
Zundel Michael	B: Fassung AK
Zuraikat André	B: Fassung AK
Zwahlen Daniel	B: Fassung AK

Abstimmungstitel **4. Verpflichtungskredit House of Winterthur 2026-2029 (2025.58)**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	10.November.2025 17:26:45
Abstimmungsfrage	Schlussabstimmung Antrag AK

Ergebnis

Stimmberechtigt	56
A: Zustimmung	55
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	55
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
. .	Nicht anwesend
. .	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	*Ergebnis*
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	Nicht anwesend
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Vogel Kaspar	Nicht anwesend
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel **5. Änderung Reglement über Entschädigung Behördenmitglieder**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	10.November.2025 17:40:00
Abstimmungsfrage	Artikel 8a (Essensentschädigung)

Ergebnis

Stimmberechtigt	56
A: Antrag AK (Fr. 40)	8
B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)	46
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	2

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
. .	Nicht anwesend
. .	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Antrag AK (Fr. 40)
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Della Sega Christian	A: Antrag AK (Fr. 40)
Diener Reto	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Ehrbar Jan	A: Antrag AK (Fr. 40)
Ernst Nora	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Fehr Jan	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Frei Glowatz Katharina	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Gfeller Selim	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Gisler-Burri Gabriella	A: Antrag AK (Fr. 40)
Gnesa Marilena	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Gonçalves Simon	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Graf Marco	A: Antrag AK (Fr. 40)
Gross Michael	A: Antrag AK (Fr. 40)
Gschwind Thomi	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Gubler Stefan	A: Antrag AK (Fr. 40)
Guddal Jan	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Hager Katja	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Hartmann Christian	Nicht abgestimmt
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Helg Felix	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Hertli-Wanner Corinne	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Heuberger Romana	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Holderegger Nicole	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Hugentobler Roman	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Jacot-Descombes Lea	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)

Name	*Ergebnis*
Keller Regula	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Kellerhals Vogel Benjamin	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Kocher Samuel	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Kramer-Schwob Franziska	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuster Iris	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Lischer Maria	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Maier Christian	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Mancuso Cristina	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Nater Markus	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Oeschger Benedikt	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Perroulaz Raphael	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Praetorius Julius	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Romay Dani	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Roth-Nater Daniela	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Rupper Lukas	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Sorgo Maria	Nicht anwesend
Staub Olivia	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Steiner Annetta	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Steiner Markus	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Stritt Gabriela	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Vogel Kaspar	Nicht anwesend
Wäckerlin Marc	A: Antrag AK (Fr. 40)
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Zundel Michael	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Zuraikat André	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)
Zwahlen Daniel	B: Antrag Grüne/AL (Fr. 35)

Abstimmungstitel **5. Änderung Reglement über Entschädigung Behördenmitglieder**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	10.November.2025 17:41:08
Abstimmungsfrage	Übrige Artikel gem. Antrag AK

Ergebnis

Stimmberechtigt	56
A: Zustimmung	54
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	2

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
. .	Nicht anwesend
. .	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	Nicht abgestimmt
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	*Ergebnis*
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	Nicht anwesend
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Vogel Kaspar	Nicht anwesend
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel **5. Änderung Reglement über Entschädigung Behördenmitglieder**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	10.November.2025 17:42:10
Abstimmungsfrage	Schlussabstimmung (Ziff.1 und 2)

Ergebnis

Stimmberechtigt	56
A: Zustimmung	54
B: Ablehnunng	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	2

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
. .	Nicht anwesend
. .	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	Nicht abgestimmt
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	*Ergebnis*
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	Nicht anwesend
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Vogel Kaspar	Nicht anwesend
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel **6. Verpflichtungskredit Quartieranlage Gutschick-Mattenbach**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	10.November.2025 18:15:45
Abstimmungsfrage	Erhöhungsantrag SBK (+ Fr. 130'000)

Ergebnis

Stimmberechtigt	56
A: Zustimmung	38
B: Ablehnung	17
Enthaltung	0
Abgestimmt	55
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
. .	Nicht anwesend
. .	Nicht anwesend
Angele Philipp	B: Ablehnung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	B: Ablehnung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	B: Ablehnung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	B: Ablehnung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Nicht anwesend
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	B: Ablehnung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	B: Ablehnung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	B: Ablehnung
Graf Marco	B: Ablehnung
Gross Michael	B: Ablehnung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	B: Ablehnung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	B: Ablehnung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	B: Ablehnung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	*Ergebnis*
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuster Iris	B: Ablehnung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	Nicht anwesend
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Vogel Kaspar	Nicht anwesend
Wäckerlin Marc	B: Ablehnung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	B: Ablehnung
Zwahlen Daniel	B: Ablehnung

Abstimmungstitel **6. Verpflichtungskredit Quartieranlage Gutschick-Mattenbach**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	10.November.2025 18:16:37
Abstimmungsfrage	Schlussabstimmung Verpflichtungskredit Fr. 2'287'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	56
A: Zustimmung	55
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	55
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
. .	Nicht anwesend
. .	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Nicht anwesend
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	*Ergebnis*
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	Nicht anwesend
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Vogel Kaspar	Nicht anwesend
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel **7. Übertragung Halle 53 ins Verwaltungsvermögen**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	10.November.2025 20:39:36
Abstimmungsfrage	Ziff. 1 und 2 gem. Antrag Stadtrat

Ergebnis

Stimmberechtigt	57
A: Zustimmung	22
B: Ablehnung	34
Enthaltung	0
Abgestimmt	56
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
. .	Nicht anwesend
. .	Nicht anwesend
Angele Philipp	B: Ablehnung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	B: Ablehnung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	B: Ablehnung
Ernst Nora	B: Ablehnung
Fehr Jan	B: Ablehnung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Nicht anwesend
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	B: Ablehnung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	B: Ablehnung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	B: Ablehnung
Graf Marco	B: Ablehnung
Gross Michael	B: Ablehnung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	B: Ablehnung
Guddal Jan	B: Ablehnung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	B: Ablehnung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	B: Ablehnung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	B: Ablehnung
Holderegger Nicole	B: Ablehnung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	*Ergebnis*
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	B: Ablehnung
Kramer-Schwob Franziska	B: Ablehnung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuster Iris	B: Ablehnung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	B: Ablehnung
Oeschger Benedikt	B: Ablehnung
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	B: Ablehnung
Romay Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	B: Ablehnung
Rupper Lukas	B: Ablehnung
Sorgo Maria	Nicht anwesend
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	B: Ablehnung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	B: Ablehnung
Vogel Kaspar	Nicht anwesend
Wäckerlin Marc	B: Ablehnung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	B: Ablehnung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	B: Ablehnung
Zwahlen Daniel	B: Ablehnung

Abstimmungstitel **8. Projektierungskredit Neubau Sekundarschule "Leonie-Moser"**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	10.November.2025 21:15:28
Abstimmungsfrage	Verpflichtungskredit Fr. 5.8 Mio.

Ergebnis

Stimmberechtigt	57
A: Zustimmung	52
B: Ablehnung	4
Enthaltung	0
Abgestimmt	56
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
. .	Nicht anwesend
. .	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Nicht anwesend
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	B: Ablehnung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	B: Ablehnung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	*Ergebnis*
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Nicht anwesend
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuster Iris	B: Ablehnung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	Nicht anwesend
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	Nicht anwesend
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	B: Ablehnung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel **9. Verpflichtungskredit "Schulhaus Rychenberg Holzmodulbau"**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	10.November.2025 21:42:09
Abstimmungsfrage	Verpflichtungskredit Fr. 7'370'000

Ergebnis

Stimmberechtigt	57
A: Zustimmung	56
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	56
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
. .	Nicht anwesend
. .	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Nicht anwesend
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	*Ergebnis*
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Nicht anwesend
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	Nicht anwesend
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	Nicht anwesend
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel **10. Projektierungskredit Ersatzneubau Alterszentrum Oberi**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	10.November.2025 22:18:58
Abstimmungsfrage	Ergänzungsantrag GLP

Ergebnis

Stimmberechtigt	57
A: Zustimmung	22
B: Ablehnung	34
Enthaltung	0
Abgestimmt	56
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
. .	Nicht anwesend
. .	Nicht anwesend
Angele Philipp	B: Ablehnung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Nicht anwesend
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	B: Ablehnung
Della Sega Christian	B: Ablehnung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	B: Ablehnung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	B: Ablehnung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	B: Ablehnung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	B: Ablehnung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	B: Ablehnung
Graf Marco	B: Ablehnung
Gross Michael	B: Ablehnung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	B: Ablehnung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	B: Ablehnung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	B: Ablehnung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	B: Ablehnung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung

Name	*Ergebnis*
Keller Regula	B: Ablehnung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Nicht anwesend
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuster Iris	B: Ablehnung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	Nicht anwesend
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Tobler Raphael	B: Ablehnung
Vogel Kaspar	Nicht anwesend
Wäckerlin Marc	B: Ablehnung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	B: Ablehnung
Zwahlen Daniel	B: Ablehnung

Abstimmungstitel **10. Projektierungskredit Ersatzneubau Alterszentrum Oberi**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	10.November.2025 22:19:42
Abstimmungsfrage	Kredit Fr. 6.975 Mio.

Ergebnis

Stimmberechtigt	57
A: Zustimmung	56
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	56
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
. .	Nicht anwesend
. .	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Nicht anwesend
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung

Name	*Ergebnis*
Keller Regula	A: Zustimmung
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Nicht anwesend
Künzler Fredy	Nicht anwesend
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	Nicht anwesend
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	Nicht anwesend
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung